



Das Programm für Wohlstand, Sicherheit & gute Laune

**Worauf
warten?**

*** JETZT ***

New

denken & ordnen

**Unser
Kapital
sitzt
zwischen
den
Ohren.**



P L A N

FÜR AUSTRIA

Der Inhalt

Arbeit

- 16_Beschäftigungsmaschine an!**
Wie wir Konjunktur und Arbeitsmarkt in Gang bringen.
- 18_Nie mehr hocknstad**
Der Arbeitslosigkeit den Kampf ansagen. So richtig.
- 24_Sind 1.500 Euro zu viel verlangt?**
Über einen Mindestlohn, den wir uns leisten sollten.
- 26_Flexibel arbeiten? Für alle, ja!**
Wie wir die Arbeitszeit ans Heute anpassen können.

Wirtschaft

- 30_Ein Turbo für den Jobmotor**
Ganz große Pläne für unsere KMUs.
- 36_Starbucks und der Würstelstand**
Lohnnebenkosten runter, Abgaben für die Großen rauf.
- 38_Starthilfe!**
Das Startup-Paket kümmert sich um deren Bedürfnisse.
- 44_Absturz? Neustart!**
Ideen für eine zweite Chance dank möglicher Privatinsolvenz.
- 46_Phänomenal digital**
Digitalisierung birgt große Chancen. Nutzen wir sie.
- 50_Schwachgespart?**
Stillstand durch öffentliche Investitionen überwinden.
- 52_Eine gerüstete Industrie**
Maßnahmen für Wachstum im globalen Wettbewerb.

Bildung

- 58_Die Bildung lernt dazu**
Neue Ansätze für Kindergarten und Volksschule.
- 62_Gleich große Chance**
Mittel nach Bedarf verteilen dank Chancenindex.
- 66_Schule Vier Punkt Null**
Machen wir unsere SchülerInnen zukunftsfit.
- 68_Lehre machen und gut lachen**
Zeigen wir den Lehrlingen, wie sehr wir sie schätzen.
- 70_MINT braucht Plus**
Wie wir Technik und Naturwissenschaft stärken.
- 72_Luftige Höhen erklimmen**
Forschung und Entwicklung machen uns attraktiver.
- 76_Hohes Gut Hochschulen**
Bringen wir unsere Unis ins internationale Spitzenfeld.

Gesundheit & Pflege

- 84_Falsches Sparen ist ungesund**
Reformen für ein tolles Gesundheitswesen.
- 88_Einfach beruhigt altern**
Pflege muss bedarfsgerecht und leistbar sein.

Frauen

- 92_Der Abschied vom Unterschied**
Warum machen wir nicht ernst mit Lohntransparenz?
- 96_Frauenquote? Das macht Sinn!**
Ein Bekenntnis zur Quote. Auch in der Privatwirtschaft.

Zusammenleben

- 100_Wohnst du schon?**
Leistbarer Wohnraum darf kein Wohntraum bleiben.
- 102_Zusammenleben möglich machen**
Je schneller Integration beginnt, desto machbarer.
- 108_Nicht von schlechten Eltern**
Beste Kinderbetreuung schafft Chancengerechtigkeit.
- 110_Wir wollen können dürfen**
Egal, wen man liebt – gleiche Rechte für alle.
- 112_Net deppat sein!**
Hass im Netz: 0 % Toleranz, 100 % Prophylaxe.
- 114_Freund und Helfer stärken**
Für unsere Sicherheit und die unserer PolizistInnen.

Ökologie & Umwelt

- 120_Energie mit Strategie**
Chance für Wachstum und eine saubere Zukunft.

Staat & Politik

- 130_Wieder mal entrümpeln**
Eine einfache Verwaltung ist effizienter für alle.
- 132_Den Staat in Form bringen**
Kompetenzen unklar: Wie gehts dann erst den BürgerInnen?
- 138_Gut geschützt**
ArbeitnehmerInnenschutz vereinfachen & optimieren.

04_Editorial

10_140_144_Der Plan A: Denken, Ziele, Nutzen, Kosten

126_Kern in Zahlen

146_Impressum



Intakte Natur? Kultur, die von der Vergangenheit bis in die Gegenwart reicht? Schöne und sichere Städte? Ein Nationalteam, das sich (wieder) sehen lassen kann? Die Skination? Sozialen Frieden und ein Zusammenleben vieler Kulturen und Lebensentwürfe? Eine Geschichte, die uns diese Buntheit immer schon gelehrt hat? Gratisschulbücher? Eine Müllabfuhr, die auch kommt? ÄrztInnen, die für uns immer da sind? LehrerInnen, die Verantwortung tragen und unsere Kids in die Zukunft begleiten? Die ArbeiterInnen, Angestellten und UnternehmerInnen, die jenen Wohlstand für sich und unser Land erarbeiten, von dem letztlich alle profitieren?

Woran denken Sie?

Oder einfach an alle achteinhalb Millionen Menschen, die vieles voneinander unterscheidet, aber eines ganz sicher eint: Das Bedürfnis nach einem Zusammenleben in Ruhe, Frieden und Sicherheit – auch im sozialen Sinne, für diejenigen, die das Leben vorübergehend aus der Bahn geworfen hat?

„Für all diese Menschen ist das gedacht, was Sie hier in Händen halten. Für Sie. Das Produkt hunderter Gespräche mit Ihnen, den Österreicherinnen und Österreichern, die ich seit meiner Entscheidung, dieses Amt für mein Land auszuüben, geführt habe – vom Boden bis zum Neusiedlersee. Und ja: Ich habe die Anliegen und Sorgen der Menschen

verstanden. Von jenen, die bürokratische Hürden satt haben, von jenen, die sich um ihre Pensionen sorgen und jenen, die wissen möchten, was wir mit den Menschen machen, die vor dem Krieg flüchten und es zu uns geschafft haben. Und auch von jenen, die sich fragen: Wie nützen wir die Chancen der Zukunft, welche Perspektiven gibt es für mich?

„Auf diese (und viele andere) Fragen haben wir Antworten gesucht und gefunden. Auf Basis unserer Grundwerte Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Aber auch auf der Basis veränderter Realitäten. Mit dem Ergebnis, dass wir jetzt buchstäblich einen Plan haben: den Plan A.



P L A N

FÜR AUSTRIA

_Dieser Plan folgt dem Ziel einer umfassenden Modernisierung unserer Wirtschaft und er stellt das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit in den Mittelpunkt. Wir starten den Beschäftigungsturbo und schaffen – neben der normalen Beschäftigungsentwicklung – 200.000 zusätzliche neue Arbeitsplätze. Und das, ohne das Ziel solider Staatsfinanzen aus den Augen zu verlieren.

Gemeinschaft entwickeln

_Die Grundüberlegung heißt: Strukturen verändern, um Investitionen in die Zukunft zu ermöglichen und dabei möglichst ohne zusätzliches Steuergeld auszukommen. Es geht darum, dass die Gemeinschaft – der Staat – Rahmenbedingungen schafft, durch Investitionen oder durch gesetzliche Grundlagen, die Unternehmen helfen, neue Geschäftsmodelle zu entwickeln, Arbeitsplätze zu schaffen und das Leben in unserem Land für alle Menschen leistbarer zu machen.

_Die Kraft, mit der Digitalisierung und Globalisierung unsere Welt verändern, mit

der Veränderungen nicht nur in der Arbeitswelt eintreten, erfordert eine Politik, die gestaltet. Eine Politik, die unternehmerisch denkt und einen handlungsfähigen Staat, der dafür sorgt, dass möglichst alle etwas davon haben und niemand zurückgelassen wird.

Spürbar für alle

_Viele Elemente des Plan A folgen genau dieser Überlegung: Wir werden milliardenschwere Investitionen in unsere digitale Infrastruktur und in die nachhaltige Energieinfrastruktur mobilisieren, indem wir die Spielregeln, unter denen investiert wird, verändern und indem wir die Aktivitäten der öffentlichen Hand mit privaten Initiativen vernetzen. Wir werden privates Kapital in die wichtigen Bereiche Wohnbau und Start-Ups umlenken, dort wo neue Arbeitsplätze entstehen können. Auf Basis einer offensiven Open-Data-Strategie und einer konsequenten Umstellung auf E-Governance werden spannende neue Geschäftsmodelle und Unternehmensgründungen ermöglicht, ohne dass die Steuer-

zahlerInnen dafür bezahlen müssen. Wir wollen eine produktive und gerechte Verwendung der Rücklagen der Sozialversicherungsträger im Sinne besserer Gesundheitsversorgung für alle und nicht nur wenige. Das Mietrecht lässt sich adaptieren, um den Kostentreiber Nummer 1, das Wohnen, wieder erschwinglicher zu machen. Die längst überfällige Deregulierung soll das Leben für Klein- und Mittelbetriebe, Industrie und Staatsbürger leichter machen. Einzelpersonnenunternehmen sollen sich auf den Sozialstaat genauso verlassen können wie es Arbeitnehmer ohnehin gewohnt sind. Wir wollen einen Mindestlohn von flächendeckend 1.500 Euro für Vollzeitarbeit umsetzen. Das führt natürlich nicht zur Vernichtung unserer Wettbewerbsfähigkeit, sondern hat Auswirkungen vor allem in Branchen, die so gut wie gar nicht im Export aktiv sind.

_Das alles und noch viel mehr Vorschläge im Plan A lassen sich durch eine intelligente Anpassung politischer Rahmenbedingungen erreichen. Sie machen uns reicher, stärker, gerechter.

Von Presseaussendungen lässt sich die Wirklichkeit wohl kaum beeindrucken. Viel Arbeit wartet auf uns.

Diskutieren & finanzieren

_Der Plan A wird natürlich eine politische Diskussion auslösen. Manche Kommentatoren werden erklären, das geht ja gar nicht, ist viel zu teuer oder ganz schlecht für X oder Y. So wird es sein. Das macht nichts. Denn natürlich geht es nicht darum, ob wir das dürfen oder ob wir das können. Es geht ausschließlich darum, ob wir das wollen: gerechte Lebensverhältnisse, eine zukunftsfähige Wirtschaft, menschengerechte Arbeit.

_Und die Finanzierung haben wir natürlich genau durchgerechnet. Auch die Maßnahmen, die wir brauchen, um die Zukunftsinvestitionen in Gesundheit, Bildung, Universitäten und Innovation an anderer Stelle einzusparen.

_Womit wir bei einer ganz entscheidenden Frage sind: der Durchsetzung dieses Konzeptes. Natürlich möchten wir möglichst viel davon in der bestehenden Regierung durchsetzen. Viele der Maßnahmen weisen aber über die nächste Wahl hinaus. Damit es funktioniert, brauchen wir eine konsequente Exekution unserer

Ideen: Ehrlich gesagt sind der Staatsapparat und ebenso die politischen Strukturen darauf nicht wirklich optimal vorbereitet. Von Presseaussendungen lässt sich die Wirklichkeit wohl kaum beeindrucken. Viel Arbeit wartet auf uns.

_Der Plan A ist ein schlüssiges, aber kein abgeschlossenes Konzept. Ich bin davon überzeugt, dass Sie noch viele Ideen haben, um unsere Arbeit perfekt zu machen. Der Plan A ist kein statisches Dokument, sondern ein Projekt, das wir beständig weiterentwickeln wollen. Alle Probleme dieser Welt auf ein paar dutzend Seiten lösen zu wollen, wäre wohl auch vermessenes. Oder ein Schwindel.

Ein Blick zurück

_Einen Plan werden wir auch brauchen. Für unser Land, für seine Menschen. Denn nur, wer einen Plan hat, wird ans Ziel kommen. Das zeigen uns unsere eigenen erfolgreichen Projekte der Vergangenheit. Es war der Plan engagierter Vorkämpfer und ganz besonders auch Vorkämpferinnen, die im 19. Jahrhundert die gesellschaftlichen Ver-

hältnisse nicht mehr akzeptieren wollten. Dass Arbeiterinnen und Arbeiter Tagelöhner und Bettgänger waren, die vor den Toren der Städte wohnten, wollten sie nicht hinnehmen. Es war das Ziel, den industriellen Fortschritt im Sinne dieser ArbeiterInnen zu gestalten. 8 Stunden Arbeit, 8 Stunden Freizeit, 8 Stunden Schlaf – das war das Ziel und es wurde erreicht. Weil die Menschen positiv und mit Kraft ihr Schicksal in die Hand genommen haben.

_Bruno Kreisky hat Jahrzehnte später den nächsten großen Schritt gewagt: »Leistung. Aufstieg. Sicherheit.« – ein Programm, das auf die Veränderungen der Zeit Antworten geboten hat. Ein Angebot an die Menschen, ein Stück des Weges mit ihm und den Ideen zu gehen. Österreich und die BürgerInnen haben ihr Schicksal in die Hand genommen und ein Land geschaffen, das bis heute zu den erfolgreichsten der Welt gehört.

Erneuerung statt Erstarrung

_An der nächsten Zeitenwende war es an vorderster Front Franz Vranitzky, der den ÖsterreicherInnen eine Entscheidung vor-

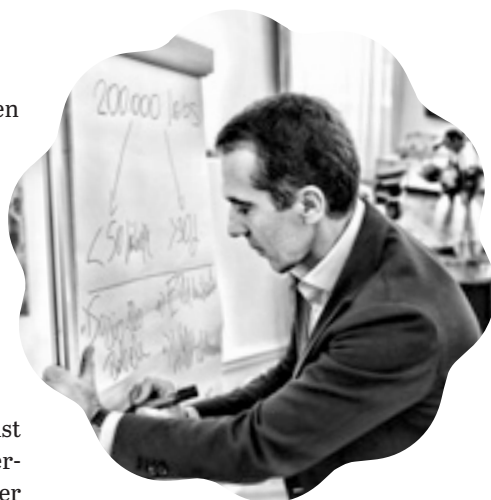
Der Plan A ist ein schlüssiges, aber kein abgeschlossenes Konzept. Ich bin davon überzeugt, dass Sie noch viele Ideen haben, um unsere Arbeit perfekt zu machen.

gelegt hat: Europa gemeinsam gestalten oder in Angst vor der Zukunft erstarren. Und die Menschen haben sehr genau gewusst, wie die Antwort aussieht.

_In einem Lied der ArbeiterInnenbewegung heißt es: »Wir sind der Zukunft getreue Kämpfer«. Ja, das sollen und das wollen wir auch in Zukunft sein. Es sind große Herausforderungen, vor denen wir stehen. Es ist eine technische Revolution, die uns erwartet und die unsere Arbeit und unser Leben fundamental verändern wird. Und damit stehen wir vor der Frage: sich fürchten oder anpacken? Gestalter dieser Zukunft sein oder nur pessimistischer Kommentator des Wandels?

Die Zukunft meistern

_Österreich hat schwierige Zeiten gemeistert: Kriege überstanden, hohe Arbeitslosigkeit, globale Krisen, die auch Menschen in unserem Land betroffen haben. Gemeinsam waren wir immer erfolgreich, wenn wir uns an die Spitze der Veränderung gestellt und diese aktiv gestaltet haben.



_Österreich und seine Menschen haben immer gezeigt, dass ihr Fleiß, Ehrgeiz und Mut sie zu den Gestaltern der Zukunft machen. Einer Zukunft, die sicherer, gerechter und besser sein kann. Einer Zukunft, in der der Staat neue Aufgaben übernehmen wird und alte Aufgaben aufgeben muss. Einer Zukunft, in der es so viel Wohlstand gibt, dass jeder in unserem Land anständig über die Runden kommt und sich auch etwas aufbauen kann. Einer Zukunft, in der es viele Arbeiten nicht mehr geben wird, weil sie von Maschinen erledigt werden. Aber damit auch einer Zukunft, in der Arbeit sicherer, erfüllender und besser sein kann.

Ich bin in die Politik gegangen, um zu gestalten.

_Unser Land und die Möglichkeiten, die wir haben. Meine Zeit in der Politik wird begrenzt sein. Das ist ein Projekt auf zehn Jahre. Und in diesen zehn Jahren habe ich ein Ziel: Österreich besser, erfolgreicher und gerechter zu machen. Zu einem Land der Chancen, einem Land der Potenziale und einem Land, das in wichtigen Bereichen ein Vorzeigeland ist.

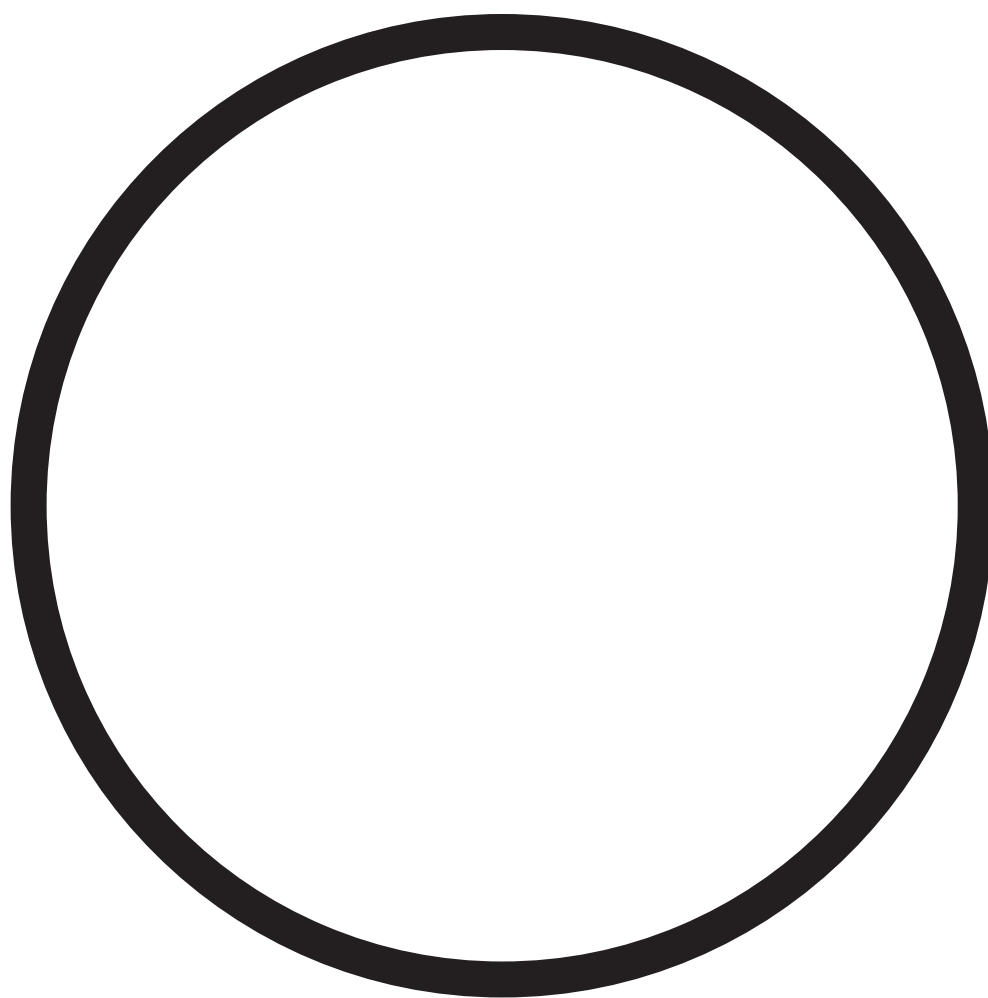
*Packen wir es an. Für unsere Menschen.
Für unsere Heimat. Für Österreich.*

Ihr Christian Kern

Worauf warten wir also noch?



**Zeit, die Dinge
neu zu ordnen.**





A wie Anfang. A wie Anpacken. A wie Austria.

Worum geht es in einer Zeit, die so viele Fragen stellt: um Antworten, ums Anpacken, um Action. Alles für unser »Austria«. Darum, unser Österreich neu zu denken – mit einem konkreten Maßnahmenprogramm. Von Arbeit und Sozialem über Bildung und Zusammenleben bis hin zu Fragen gerechter Verteilung von Vermögen, von Steuern, von Ressourcen. Sorgen wir dafür, dass wieder mehr ÖsterreicherInnen mit Optimismus nach vorne schauen, mit einem Lächeln, das uns in diesem Land immer so ausgezeichnet hat, mit Freundlichkeit und guter Laune.

Denn nur gute Laune schafft gute Stimmung. Und die brauchen wir: im Leben, in der Wirtschaft, für Wohlstand und Sicherheit.

Es können nicht alle Maßnahmen sofort spürbar werden. Einige brauchen Zeit, bis sie wirken. Umso wichtiger ist es, rasch die ersten Schritte zu setzen. Manche Dinge müssen wir sicher noch eingehend diskutieren, manche Dinge hingegen haben wir schon ausreichend diskutiert, andere wiederum zur Genüge und wieder andere sogar darüber hinaus.

Also: Worauf warten?



Warum überhaupt einen Plan?

Es gibt doch Parteiprogramme, Koalitionsübereinkommen. Wozu dann also noch einen Plan? Weil es immer wieder neue Fragen gibt, die uns gestellt werden. Und weil es natürlich auch Dinge gibt, die über die Dauer einer Koalitionsvereinbarung hinausgehen. Weil sie einfach ein bisschen brauchen, um diskutiert zu werden, beschlossen zu werden, wirksam zu werden.

Es ist ein ambitioniertes, modernes, sozialdemokratisches und längerfristiges Programm.

Eines, das uns wieder an unsere Grundsätze erinnern soll und eines, das – vor allem und ganz wesentlich – konkrete Maßnahmen beinhaltet, die es uns ermöglichen, die einzelnen Baustellen, die wir haben, anzupacken und in absehbarer Zeit zu einem funktionierenden Gebäude hochziehen zu können. An anderen Stellen wiederum ist unser Plan A eine logische Fortsetzung bestehender Vereinbarungen.

Ein Angebot an Österreich und die Menschen, zu dem wir Sie ganz herzlich einladen.



Schon wieder

Manche werden berechtigterweise einwenden: Jetzt kommt der Kern mit dem gefühlt 372. Neubeginn.

Und warum soll dieser gerade jetzt wirklich passieren und – noch wichtiger – gelingen? Weil ich davon überzeugt bin, dass er gelingen wird. Weil es der richtige Zeitpunkt ist.

Und weil wir ganz konkrete Maßnahmen und Ideen vorlegen – nicht Schlagworte, nicht philosophische Abhandlungen und Grundsatzdiskussionen. Nein, einen konkreten Plan A, der rund 8,6 Millionen ProfiteurInnen haben soll.

*Und warum ich noch überzeugt bin, dass er gelingen wird:
Weil er gelingen muss, wenn wir das, was unser Land auszeichnet und das, was es noch zu verbessern gilt, nicht den politischen Vereinfachern überlassen wollen. Stellen wir dem eine freundliche, offene und optimistische Politik entgegen.*



Offenes System

Noch was Wichtiges

Es handelt sich beim Plan A – und das gehört schon seit meiner Zeit in der Privatwirtschaft zu meinen unumstößlichen Prinzipien – um ein offenes System. Viele haben das Gefühl, nicht Teil des oft zitierten »Systems«, mehr Objekt als Subjekt zu sein. Die politische Kaste wird als geschlossener und ausschließender Komplex wahrgenommen, abgekoppelt und, ja, abgehoben. Wir und die da oben. Jeder gegen jeden. Keinesfalls für uns.

Ich möchte den Menschen wieder vermitteln, dass wir alle Politik sind. Sie ernsthaft und ehrlich einladen, teilzuhaben, unser Land und den Plan A mitzugestalten.

Mir geht es nicht um Namen, um Seilschaften, um irgendwelche Begehrlichkeiten. Nein. Mir geht es um Leidenschaft, um dieses berühmte Brennen für eine Sache, um Ihr Interesse an einem bestimmten Thema, Ihre Kompetenz, Ihr Fachwissen oder ganz einfach nur die eine oder andere aufmerksame Beobachtung.

Damit nicht ein paar wenige als Establishment & Gewinner wahrgenommen werden, sondern das Land und seine Menschen gewinnen. Als das neue »Öestablishment«.

Die Ressorts



Arbeit – Plan A für Arbeit

Arbeit ist kein Privileg. Arbeit ist ein Recht. Also: volle Unterstützung für jene, die hackeln, jene, die hackeln wollen, jene, die es anderen ermöglichen, aber auch für jene, die nicht hackeln können.

Wirtschaft – Plan A für Anpacken

Wenn wir bei der Wirtschaft nicht an-, können wir einpacken. Ob EPU, kleiner, mittlerer oder Industriebetrieb – die Zielsetzung ist für alle die gleiche: Nur wo etwas wächst, kann unser Land gedeihen.

Bildung – Plan A für Aufstieg

Zeitgemäße und zukunftsgerichtete Bildung beginnt dort, wo die Kinder noch nicht einmal schreiben und lesen können. Sie setzt sich fort in Schule, Lehre und Hochschule. Und sie endet niemals. Der Weg muss nur für alle geebnet sein.

Gesundheit & Pflege – Plan A für Augenmaß

Wir leben in einem der besten Gesundheitssysteme der Welt. Das ist unbestritten. Verständlich ist aber auch, wenn PatientInnen, ÄrztInnen und Pflegepersonal manchmal verchnupft sind. Da haben wir Gegenmittel.

Frauen – Plan A für Aufbruch

Es ist schon viel passiert auf dem langen Weg zur Gleichstellung. Zufrieden dürfen wir aber noch keineswegs sein. Nicht zuletzt sind es die eklatanten Einkommensunterschiede, die dieses Kapitel nach wie vor notwendig machen.

Zusammenleben – Plan A für Achtung

Wieder miteinander rechnen statt auseinanderdividieren. Das muss in unser aller Interesse sein, wenn wir unsere Gesellschaft weiter- und zusammenbringen wollen. Und es ist unsere Verantwortung.

Ökologie & Umwelt – Plan A für Antworten

Der bewusste Umgang mit Ressourcen ist eine Verantwortung von uns »entwickelten« Gesellschaften und gehört gefördert. Da geht es um mehr als ums Licht im Kühlschrank Abschalten. Da geht es ums Ganze.

Staat & Politik – Plan A für Abspecken

Reform? Von mir aus jederzeit. Denn wenn sich 10 streiten, freut sich niemand. Legen wir Kompetenzen in jene Hände, die dafür die Kapazitäten und das Können haben. Und sparen wir auf ehrliche und nachhaltige Weise.



**Wir dürfen
nicht die
Billigeren,
sondern
müssen die
Besseren
werden.**



PLAN
FÜR AUSTRIA

Viele Maßnahmen in allen Bereichen unseres Landes machen den Plan A zu einem Motor für Wachstum & Beschäftigung.

Geringe Arbeitslosigkeit ist die Voraussetzung für eine Zukunft ohne soziale Verwerfungen und gesellschaftliche Spaltungen.

1. Aktive Arbeitsmarktpolitik

- Zweite Ausbildungschance für alle
- Intensivere Betreuung bei Vermittlungsproblemen
- Schutz der österr. ArbeitnehmerInnen vor Lohn- und Sozialdumping
- Beschäftigungsgarantie für alle über 50
- Kommunale Pflegebetreuung (»Community Carers«)

+45.000

2. Mehr Geld für Bildung

- Zusätzliche Arbeits- und Ausbildungsplätze
- Ausbau der MINT-Fächer
- Zusätzliche Mittel für Unis & FHs
- FH-Zugang mit Lehrabschluss
- Verpflichtendes Integrationsjahr

+30.000

3. Konsum stärken

Durch mehr soziale Sicherheit:

- Mindestlohn von 1.500 Euro
- Gleiche Leistung für alle, egal bei welcher Krankenversicherung
- Höhere Studienbeihilfe
- Valorisierung des Pflegegeldes und Abschaffung des Eigenregresses

+15.000

6. KMUs & Industrie als treibende Kraft

- Senkung der Lohnnebenkosten – Arbeit wird günstiger und attraktiver
- Bessere finanzielle Unterstützung bei der Entgeltfortzahlung
- Attraktivere Rahmenbedingungen für Neugründungen
- Weitere Erleichterungen für KMUs wie Reparaturprämie, Reform der Privatin-solvenz und Abschaffung Selbstbehalt beim Arztbesuch
- Erhöhung der Forschungsprämie
- Schutz vor Billigkonkurrenz und unfairem Wettbewerb
- Flexibilisierung der Arbeitszeit

+35.000

DIE POLITIK KANN DAS AUF UNTERSCHIEDLICHE ARTEN FÖRDERN.

Nachfragewirksame Ausgaben erhöhen das BIP. »Zweitrundeneffekte« (wie höhere Konsumausgaben der nun nicht mehr Arbeitslosen) stimulieren das Wachstum. Und Investitionen in Infrastruktur, Bildung oder Forschung machen unser Land zukunftsfit. Im Endeffekt machts die Mischung aus.

5. Innovation und Digitalisierung

- Digitalisierungskompetenzen ab dem Kindergartenalter
- Schaffung und Förderung von fünf regionalen Start-up-Clustern
- Mehr Mittel für Forschung und Innovation
- Exzellenzinitiative für Spitzenuniversitäten
- Digitalisierung der Netze in allen Bereichen (z. B. Energie und Verkehr)
- Systemreform zur effizienteren Forschungsförderung
- Digitale Ausstattung unserer Schulen und unserer SchülerInnen

+10.000

4. Investitionen mobilisieren

- Investitionsoffensive für ein nachhaltiges Energiesystem schafft 30.000 Green Jobs
- Mehr öffentliche Investitionen in wichtige Bereiche wie Kinderbetreuung & den Ausbau der fach- und hausärztlichen Versorgung
- Mobilisierung von privatem Kapital für sozialen Wohnbau

+65.000

Zur Berechnung der Beschäftigungseffekte wurden die Beschäftigungsmultiplikatoren des BMF WFA-Finanzielle-Auswirkungen-Rechners verwendet.

Aufschwung
bedeutet
viel Arbeit!

Für unsere
KMUs

Gas geben

Bildung
Bildung
BILDUNG

Unseren
Start-ups
Flügel
verleihen

30.000
Green
Jobs
im Energiebereich

Aktiv den
Arbeits-
markt
steuern

PLAN

PLUS
200.000

neue Arbeitsplätze
bis 2020

Öffentl. & private
INVESTI-
TIONEN
ankurbeln

Und
156.000

»normales« Arbeits-
platzwachstum

Beschäftigungsmaschine an!

Zielsetzung Vollbeschäftigung.

So können wir
**Arbeits-
losigkeit**
loswerden.

Jene, die glücklicherweise nicht in der Situation sind, können es sich oft gar nicht vorstellen, wie es Menschen ohne Arbeit geht. Und jenen, die in der Situation sind, muss unser vollster Einsatz gelten. Mit dem vorliegenden 5-Punkte-Programm für Vollbeschäftigung, das diesen Namen auch verdient.

Es wären ja durchaus beeindruckende Zahlen, die Österreich, trotz verhaltener wirtschaftlicher Entwicklung, vorweisen kann. Monat für Monat können wir auf neue Beschäftigungsrekorde verweisen, im Zeitraum 2010 bis 2015 ist die Zahl der unselbstständig Beschäftigten um 175.000 bzw. 5 Prozent auf insgesamt 3,53 Millionen Menschen gestiegen. Ein Grund zum Feiern? Keineswegs, weil gleichzeitig die Zahl jener Menschen, die arbeitslos gemeldet sind, für unser Land neue Dimensionen erreicht hat, die wir nicht so einfach hinnehmen können und auch nicht werden.

Gerade als SozialdemokratInnen müssen wir zu mutigen Bekenntnissen zurückkehren, die zwar mit grundlegenden Veränderungen verbunden sind, aber letztlich dazu führen, dass Arbeitslosigkeit wirkungsvoll bekämpft werden kann. Somit darf das Thema Vollbeschäftigung nicht länger nur ein Lippenbekenntnis

sein, sondern muss wieder zurück ins Zentrum politischen Handelns. Auf dem Weg dorthin bedarf es einer teils radikalen Neuausrichtung unserer gewohnten Arbeitswelten. Mit neuen Ideen und den richtigen Impulsen muss man aber auch davor keine Angst haben.

Unser Arbeitsmarkt

Die unerfreuliche Entwicklung auf unserem Arbeitsmarkt hat nicht den einen entscheidenden Grund, sondern ist auf eine Vielzahl von Faktoren zurückzuführen. Vordergründig liegt sie im schwachen Wirtschaftswachstum begründet, mit dem wir uns im gesamten EU-Raum konfrontiert sehen. Dazu kommt der Umstand, dass wir es in Österreich mit einem – im europäischen Vergleich – stark steigenden Arbeitskräfteangebot zu tun haben. Seit 2010 hat dies um 278.000 Personen zugenommen. Die Differenz zum Beschäftigungsanstieg (plus 175.000) erklärt die von 251.000 auf 354.000, also um 103.000 Personen angestiegene Arbeitslosigkeit.

Diese überaus starke Entwicklung ist auf den Anstieg des faktischen Pensionsalters, auf die steigende Erwerbstä-

tigkeit von Frauen und nicht zuletzt auf die Attraktivität des österreichischen Arbeitsmarktes für Personen aus dem Ausland zurückzuführen. Vor allem anhaltend große Lohnunterschiede (insbesondere zu den osteuropäischen Nachbarstaaten) stellen einen großen Anreiz für Zuwanderung dar.

Menschen sind aus unterschiedlichen Gründen arbeitslos. Fünf Hauptgründe lassen sich heute identifizieren und in der Folge gezielt bekämpfen:

- **Schwaches Wachstum, zu wenig Jobs**
- **Ausbildungsmankos**
- **Vermittlungshandicaps**
- **Alter**
- **Zuzug aus dem Ausland**

Bei der Betrachtung des Arbeitsmarktes ist in erster Linie die wirtschaftliche Entwicklung zu berücksichtigen – und die war die letzten Jahre in Österreich äußerst bescheiden und bei Weitem nicht ausreichend, um Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Der Hauptgrund für den Anstieg der Arbeitslosigkeit von 2010 bis jetzt liegt vor allem im schwachen Wirtschaftswachstum in Österreich und der EU. Erfahrungsge-



Nie mehr

Hockp- staid

Christian Kern beim Besuch der Firma Siemens in Wien Simmering.



Es ist an der Zeit, auch jungen Menschen, die älter als 18 sind, hochqualitative Ausbildungen zu ermöglichen und diese auch zu finanzieren.

Seit Jänner:
Gesicherte
**Ausbildungs-
garantie**
bis 25 Jahre

mäß sinkt die Arbeitslosigkeit erst, wenn dieses über 2 Prozent liegt. Seit 2007 ist es nur einmal (2011) über 2 Prozent gelegen und laut aktuellen Prognosen wird Österreich bis 2020 diesen Wert nicht erreichen.

Keine ausreichende Ausbildung zu haben, hat für Jugendliche lebenslange schwere Folgen: Junge Menschen, die keine höhere Ausbildung als die Pflichtschule absolviert haben, haben ein dreifaches Arbeitslosigkeitsrisiko und ein vierfaches Risiko, dauerhaft auf Hilfsarbeit beschränkt zu sein. Mit Digitalisierung und Industrie 4.0 nimmt die Bedeutung hochwertiger Ausbildungen weiter zu. Die Arbeitslosigkeit der wenig Qualifizierten ist in den letzten Jahren stark überdurchschnittlich auf mittlerweile bereits 26 Prozent (2015) angewachsen. Gleichzeitig sehen wir, dass auch immer mehr Ältere neue Ausbildungsangebote benötigen. Etwa weil der Strukturwandel ihre Ausbildung entwertet hat, weil sie ihre erste Ausbildungschance verpasst haben oder auch weil sie sich aus individuellen Gründen einfach neu am Arbeitsmarkt orientieren wollen.

Was unser Land in den letzten Jahren stark beschäftigt, ist die massiv erhöhte Lang-

Wirtschaft ankurbeln und Arbeitslosigkeit in fünf Schritten eindämmen.

zeitbeschäftigungslosigkeit. Diese erklärt mittlerweile schon ca. ein Drittel der gestiegenen Gesamtarbeitslosigkeit. Bei von Langzeitbeschäftigungslosigkeit Betroffenen handelt es sich oft um Personen mit gleich mehreren so genannten »Vermittlungshemmnissen«. Diese Personengruppe ist zu gesund, um Krankengeld zu beziehen oder in Invaliditätspension zu gehen, aber gleichzeitig nicht stark genug, um Chancen am Arbeitsmarkt zu haben. Derzeit befinden sich rund 38.000 Menschen dieser Personengruppe in AMS-Betreuung und unterliegen – trotz weitgehender Chancenlosigkeit des Unterfangens – der Verpflichtung, sich beständig zu bewerben.

Wegen ihrer zunehmend schlechter werdenden Wiederbeschäftigungschancen – oft trotz guter Ausbildung – sind insbesondere

ältere Personen von dauerhafter Ausgrenzung aus dem Erwerbsleben betroffen. Die Zahl der 50+ Langzeitbeschäftigungslosen hat sich von 2012 bis 2016 mehr als verdreifacht und liegt derzeit bei über 40.000. Das ist für die Betroffenen entwürdigend und volkswirtschaftlich ineffizient.

Zuletzt ist, wie bereits vorher angemerkt, das Arbeitskräfteangebot seit 2010 ausgesprochen stark gestiegen und hat um 278.000 Personen zugenommen. Davon sind mehr als 50 Prozent aus den neuen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union zugewandert. Auch die Entsendungen steigen stark an. 2014 waren es 105.000, 2015 133.000 und bis Ende 2016 waren es voraussichtlich 170.000 Beschäftigte, die nach Österreich entsendet werden. Nicht regulierte, freie Märkte führen zu einer Anglei-

Das Lohn- und Sozialniveau der meisten Nachbarländer ist deutlich niedriger als das österreichische. Dies führt zu Lohndruck und gefährdet den Sozialstaat.

chung von Lohn- und Sozialbedingungen auf dem jeweils niedrigsten Niveau. Das Lohn- und Sozialniveau der meisten Nachbarländer ist deutlich niedriger als das österreichische. Diese Lohnunterschiede führen daher zu Lohndruck und gefährden den Sozialstaat.

Mit einem Vollbeschäftigungsprogramm können für die verschiedenen Gruppen jeweils bedarfsgerechte Lösungen gesucht, Wege aus der Arbeitslosigkeit gefunden und Arbeitslosigkeit wirkungsvoll bekämpft werden. Das Ziel: jedem Arbeitslosen eine konkrete und realistische Beschäftigungsperspektive zu bieten.

1. Jobs, Jobs, Jobs

In erster Linie geht es darum, die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen und so für zusätzliche Jobs zu sorgen. Und davon kann es angesichts der hohen Arbeits-



Das Lohnniveau im Vergleich

Im Beitrittsjahr 2004 lag das Lohnniveau der Slowakischen Republik bei 20% des österreichischen Wertes, das von Polen bei 22%, das Tschechiens bei 27%, von Ungarn bei 30% und jenes Sloweniens bei 52%. Bis zur Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009 hat sich das Lohnniveau der Beitrittsländer zwar nur in kleinen Schritten, aber doch relativ konstant auf jenes von Österreich zubewegt. Diese positive Entwicklung ist seit 2010 jedoch größtenteils zum Stillstand gekommen. In einigen der angeführten Länder hat der Abstand zu Österreich sogar wieder zugenommen.

2015 hat Slowenien mit 57% des Lohnniveaus von Österreich noch den höchsten Wert, die Tschechien liegt am unteren Ende der östlichen Nachbarstaaten.

losigkeit nicht genug geben. Zurzeit kommen auf eine offene Stelle etwa 9 Arbeitslose. Dieses Auseinanderklaffen gilt es mit einer Reihe von Maßnahmen zu bekämpfen. Denn während viele Menschen einen Job suchen, gäbe es in vielen Bereichen, etwa bei der Pflege, genug zu tun. Dazu wollen wir ein Konjunkturpaket schnüren, das es sozusagen in sich hat. Durch Investitionen in Bereiche wie nachhaltige Energiepolitik, Wohnbau oder digitale Infrastruktur, aber auch soziale Dienstleistungen werden wir nachhaltig Jobs schaffen. Wie

Nun ist es an der Zeit, auch jungen Menschen, die älter als 18 sind, hochqualitative Ausbildungen zu ermöglichen und diese auch zu finanzieren. Mit der Ausweitung der Ausbildungsgarantie von 18 auf 25 wird jedem arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren, der keine ausreichende Ausbildung hat, eine qualitativ hochwertige Berufsausbildung angeboten und bezahlt. Warum? Weil gute Ausbildung nachhaltig bessere Perspektiven für das gesamte Berufsleben sichert. Die Ausbildungsgarantie bis 25 haben wir bereits beschlossen, ab 01.01.2017

das genau gelingen soll, lesen Sie auf den nächsten Seiten.

2. Bildung, Bildung, Bildung

Ausbildungs-garantie bis 25

Mit der im Juli 2016 beschlossenen Ausbildungspflicht bis 18 wurde bereits der erste Schritt gesetzt.



30.000

zusätzliche
Plätze »Zweite
Ausbildungschance«



schaffen wir dazu 10.000 hochwertige Ausbildungsplätze.

Zweite Ausbildungschance für alle

Wir ermöglichen allen ÖsterreicherInnen eine zweite Ausbildungschance und unterstützen sie auf diesem Weg tatkräftig. Für die Zeit der Ausbildung wird ein Stipendium in Höhe des fiktiven Arbeitslosengeldes bezogen. Eine gut ausgebildete Bevölkerung stellt das Fundament der wirtschaftlichen Entwicklung jedes Landes dar. Mit der zweiten Chance ermöglichen wir es ArbeitnehmerInnen, eine neue, hochwertige Ausbildung zu absolvieren und schließen zu den europäischen Weiterbildungsspitzenreitern Schweiz, Dänemark und Schweden auf. In Summe schaffen wir mit 01.01.2017 30.000 zusätzliche, hochwertige Ausbildungsplätze.

3. Intensivbetreuung bei Vermittlungsproblemen

Es werden eigene spezialisierte Beratungs- und Betreuungseinrichtungen geschaffen,

wo geschulte MitarbeiterInnen Personen mit Vermittlungsproblemen intensiv betreuen und helfen, ihre individuellen Problemlagen zu lösen (z. B. bei Bedarf Vermittlung in eine Suchtklinik oder zur Schuldnerberatung). Sie sollen sich voll und ganz der Neu- und Wiederorientierung widmen können, um möglichst rasch erfolgreich auf den Arbeitsmarkt zurückzukommen.

4. Beschäftigungsgarantie für Ältere

Mit der Beschäftigungsgarantie wollen wir jedem älteren Arbeitslosen spätestens nach einem Jahr Arbeitslosigkeit einen kollektivvertraglich entlohnten Arbeitsplatz anbieten. Eine notwendige, wenn auch sehr ambitionierte Säule des Programms, das wir mit den kompetenten PartnerInnen des AMS jedoch verlässlich zur Umsetzung bringen können und werden. Dazu schaffen wir 40.000 zusätzliche Arbeitsplätze dort, wo sie benötigt werden: in der Pflege, in der Altenbetreuung, beim Ausbau der kommunalen Infrastruktur und in der eigenen Gemeinde. Außerdem fördern wir gezielt Un-

ternehmen, die älteren Langzeitbeschäftigungslosen eine Chance geben. Damit bekämpfen wir Altersarbeitslosigkeit wirkungsvoll und ermöglichen älteren Langzeitarbeitslosen, der Gesellschaft eine sinnvolle Leistung zurückzugeben.

5. Schutzmechanismus für den Arbeitsmarkt

Wir bekennen uns in vollem Umfang zu den Freiheiten in der Europäischen Union. Wir müssen aber gleichzeitig die Lehren aus den aktuellen Entwicklungen ziehen und die ökonomische Realitäten anerkennen. Wir wollen keine Senkung des Lohnniveaus. Unser Motto muss vielmehr lauten: Besser, nicht billiger! Es macht wenig Sinn, an Dogmen festzuhalten, die für die Bürgerinnen und Bürger der EU keinen sichtbaren Vorteil für ihre Lebenswelt bieten. Niemand verliebt sich in einen Binnenmarkt. Die versprochene Annäherung von Wohlstands- und Lohnniveau hat, wie bereits beschrieben, in vielen Fällen nicht stattgefunden. Das starke Lohngefälle führt in vielen Ländern mittlerweile zu einem Brain-Drain



Daher der Plan

Sagen wir der Arbeitslosigkeit den Kampf an und setzen wir rasch wirksame Maßnahmen. Denn für jene Menschen, die davon betroffen sind, ist jeder Tag in der Beschäftigungslosigkeit ein Tag zu viel. Dabei geht es nicht um Kosmetik oder statistische Größen.

Wir sprechen klar und offensiv von der Zielsetzung Vollbeschäftigung. Mit einem 5-Punkte-Programm, das für alle Betroffenen klare Maßnahmen setzt.

Die Beschäftigungsgarantie für Ältere ist eine notwendige, wenn auch sehr ambitionierte Säule des Programms, das wir mit den kompetenten PartnerInnen des AMS verlässlich zur Umsetzung bringen können und werden.

und ganze Regionen – insbesondere in Osteuropa – werden zunehmend entvölkert. Gleichzeitig herrscht in Ländern wie Österreich ein enormer Zuzug, den der Arbeitsmarkt aber niemals absorbieren wird können. Die Folgen: steigende Arbeitslosigkeit, steigende Belastung für die Sozialbudgets und Druck auf das heimische Lohnniveau.

In Österreich ist durch diese Entwicklung das Arbeitskräfteangebot in den letzten

Jahren ausgesprochen stark gestiegen und hat seit 2010 um knapp 278.000 zugenommen. Davon sind mehr als 50 Prozent aus den neuen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union zugewandert. Das hat den Druck am Arbeitsmarkt erhöht. Daher wollen wir in der Europäischen Union durchsetzen, dass in Branchen mit besonders hoher Arbeitslosigkeit das Instrument der Arbeitsmarktprüfung – solange eine angespannte Situation existiert – wieder eingeführt werden kann. Das

gleiche Arbeit am gleichen Arbeitsort muss für alle gelten. Im Bereich der Entsendungen aus dem Ausland müssen ebenso die entsprechenden Kontrollmöglichkeiten rasch ausgebaut werden. Der Abbau von ungerechtfertigten Konkurrenzvorteilen schafft vor allem auch mehr Wertschöpfungschancen für österreichische Unternehmen. Dadurch kommt es wieder zur mehr Beschäftigung und erhöhter Kaufkraft der ArbeitnehmerInnen in Österreich. ■

heißt: Nur wenn sich für eine Stelle kein geeigneter Arbeitsloser im Inland findet, kann sie ohne Einschränkungen an neu Zuziehende vergeben werden.

Zusätzlich haben wir bereits ein scharfes Gesetz gegen Lohn- und Sozialdumping sowie Regeln zu Bekämpfung von Scheinfirmen eingeführt, die mit aller Härte vollzogen werden müssen. Dafür fordern wir die konsequente Aufstockung von Personal. Gleicher Lohn für



Sind 1.500 Euro zu viel verlangt?!

Drunter?
Mindest-
lohn
 Drüber!

Zu viele ArbeitnehmerInnen gehen in unserem Land für weniger als 1.500 Euro Vollzeit arbeiten – vor allem Frauen. Aber wer den ganzen Tag arbeitet, soll auch gut davon leben können, sonst wäre das ganze Konzept von Lohnarbeit ja absurd. Daher muss der unterste Mindestlohn für Vollzeitarbeit in allen Branchen auf mindestens 1.500 Euro angehoben werden. Ein kleiner Schritt für die Politik, ein großer für die Gesellschaft.

Einen Vollzeitjob zu haben, ist für viele Menschen ein Privileg – gerade in Zeiten, wo der Arbeitsmarkt so angespannt ist. Trotzdem gibt es ArbeitnehmerInnen, die monatlich mit weniger als 1.500 Euro nach Hause gehen, obwohl sie Vollzeit arbeiten. Insgesamt sind das in Österreich mehr als 300.000 Beschäftigte. Mit 200.000 Frauen sind diese doppelt so oft betroffen wie Männer.

Mit eine Ursache für diese Benachteiligung ist auch hier der Umstand, dass besonders in frauendominierten Bereichen deutlich unterdurchschnittliche Löhne bezahlt werden. Bereiche, die am häufigsten unterhalb dieser Grenze bleiben, sind etwa

Beherbergung und Reinigung. Allein hier liegt der Frauenanteil bei rund 60 Prozent, mehr als die Hälfte von ihnen verdient weniger als 1.500 Euro.

Grundsätzlich werden in Österreich die Löhne von rund 95 Prozent der ArbeitnehmerInnen über Kollektivverträge (KV) verhandelt. Der Großteil der so geregelten Löhne liegt zwar über den 1.500 Euro, etliche Lohngruppen sind bedauerlicherweise aber noch darunter angesiedelt. Einige ArbeitnehmerInnen unterliegen gar keinem KV oder wissen nicht, welche Mindestlöhne ihnen laut KV zustehen.

Ein einziger Gewinn!

Alle Genannten würden von einem untersten Mindestlohn von 1.500 Euro unmittelbar profitieren. Vor allem die Frauen – auf vielen Ebenen. Beinahe jede achte Frau verdient auf Vollzeitbasis weniger als 1.500 Euro brutto. Und sie verdienen bei gleicher Arbeit im Schnitt immer noch 22,9 Prozent weniger als Männer. Das geht gar nicht! Ein Mindestlohn würde den ungerechten und europaweit negativ herausragenden Gender-Pay-Gap Österreichs endlich verbes-

sern. Und: Durch die Einführung eines höheren Mindestlohns in den untersten Lohngruppen wird Armut effektiv bekämpft. Etwa das Phänomen der »Working Poor«. Der Mindestlohn bietet aber auch Schutz vor Altersarmut – noch so ein Phänomen, von dem vor allem Frauen betroffen sind. Denn Altersarmut geht meist auf langjährige Beschäftigung in Niedriglohnbranchen, oft in Verbindung mit langen Teilzeitphasen und den daraus folgenden niedrigen Pensionsansprüchen, zurück. Beinahe 50 Prozent der Frauen beziehen eine Alterspension von unter 1.000 Euro monatlich.

Ein Mindestlohn hilft aber nicht nur den einzelnen Personen, sondern entlastet gleichzeitig auch den Staatshaushalt, weil weniger Sozialtransfers (z. B. Mindestsicherung, Ausgleichzulagen in der Pension) erforderlich werden. Und: Mit einem Mindestlohn von 1.500 Euro wird auch gleich der Abstand zu arbeitsfreiem Einkommen größer. Das können wir uns leisten und das müssen wir uns leisten. Weil uns Arbeit das wert sein muss und weil sich Arbeit lohnen muss.

REICH

ARM



Was schafft der Mindestlohn?

1. Ein existenzsicherndes Einkommen für alle (auch im Hinblick auf spätere Pensionen)
2. Lohngerechtigkeit v. a. für Frauen
3. Vermeidung von Lohnwettbewerb nach unten
4. Entlastung des Staatshaushalts
5. Anreiz, arbeiten zu gehen
6. Ein weiterer Schritt zur Gleichberechtigung
7. Gerechtigkeit am Arbeitsmarkt durch Ausgleich von Machtungleichgewichten

Das können wir uns leisten, das müssen wir uns leisten.

Einfach umgesetzt

Die Umsetzung eines Mindestlohnes kann rasch über die Kollektivverträge erfolgen. Die Kollektivvertragspartner werden daher aufgefordert, einen Stufenplan zur Erreichung von 1.500 Euro Mindestlohn zu erstellen. In Bereichen, in denen keine Kollektivverträge vorliegen oder keine Lösung erreicht wird, wird es künftig mehr Möglichkeiten geben. Das Instrument der Satzung wird ausgebaut. Dadurch bekommt der Sozialminister mehr Spielraum, wenn sich die Kollektivvertragspartner nicht einigen, einen vergleichbaren Kollektivvertrag, der einen Mindestlohn von zumindest 1.500 Euro enthält, in Geltung zu setzen. Mit dieser gesetzlichen Änderung sorgen wir dafür, dass niemand im Regen stehen bleibt.

DAHER DER PLAN

Setzen wir einen österreichweiten, flächendeckenden Mindestlohn, der Armut bekämpft, Existenzen sichert, Arbeitsanreize schafft und letztlich auch das Sozialbudget des Staates entlastet, schnellstmöglich um 1.500 Euro für Vollzeitarbeit sind wirklich nicht zu viel.

Um gleich vorab einem möglichen Gegenargument zu begegnen: Viele von den betroffenen ArbeitnehmerInnen arbeiten in Bereichen, die nicht dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt sind. Daher kommt es durch einen Mindestlohn auch zu keiner Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit Österreichs.

Unser bewährtes Kollektivvertragssystem ist der Garant dafür, dass die Erhöhung der Mindestlöhne bei gleichzeitigem Erhalt der Wirtschaftlichkeit einer Branche zu bewältigen ist. Auch das Beispiel Deutschland zeigt, dass Mindestlöhne keineswegs Arbeitsplätze kosten. Wir müssen das Rad nicht neu erfinden, sondern es nur wieder ins Rollen bringen. ■

Flexibel arbeiten? Für alle, ja!



»Arbeitszeitflexibilisierung jetzt!« tönt es seit geraumer Zeit aus den Chefetagen mancher Unternehmen und Interessenverbände. Gerne – wenn wir gleichzeitig auch für die ArbeitnehmerInnen für mehr Spielraum sorgen, ihre Arbeitszeit – und damit auch ihr Leben – nach ihren ganz persönlichen Bedürfnissen und Wünschen gestalten zu können.

Hinter dem Ruf nach Flexibilisierung steckt – von Unternehmerseite – oftmals schlicht der Wunsch nach der leichteren Möglichkeit, ArbeitnehmerInnen bis zu 12 Stunden pro Tag zu beschäftigen.

Bei den ArbeitnehmerInnen ist der Ruf nach mehr Flexibilität nicht minder lautstark zu hören – wenn auch aus anderen Gründen. Vollzeitbeschäftigte arbeiten im Schnitt 41,5 Stunden pro Woche. Ginge es nach ihnen, wäre das Arbeitszeitvolumen geringer und anders verteilt. Rund 610.000 ArbeitnehmerInnen würden gerne ihre Arbeitszeit verkürzen.

Weiteres Faktum: Teilzeitbeschäftigung ist durchwegs weiblich – rund 50 Prozent der Frauen und nur 10 Prozent der Männer arbeiten so. Dabei wünscht sich die Hälfte der teilzeitbeschäftigten Frauen (rund 450.000) eine Erhöhung ihrer Arbeitszeit.

Zusammengefasst heißt das: 610.000 Menschen würden ihre Arbeitszeit gerne verringern, 450.000 Frauen in Teilzeit hingegen diese gerne ausweiten. Mehr als

1 Million Menschen sind derzeit also mit ihrer Arbeitszeit nicht glücklich.

Somit ist klar: Wir brauchen Modelle, die auf beiden Seiten Flexibilität ermöglichen. Für ArbeitnehmerInnen, deren private Situation sich ändert, und für Unternehmen, die ihre ArbeitnehmerInnen flexibler ein-

menhängende Freizeitblöcke genommen werden können.

2. ArbeitnehmerInnen sollen das Recht auf Änderung des Arbeitszeitausmaßes (Wechsel von Vollzeit zu Teilzeit und umgekehrt, Änderung des Teilzeitausmaßes etc.) erhalten. Damit soll ein Recht auf eine »selbstbestimmte Erwerbsbiographie« verwirklicht und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessert werden. Unterschiede in Lebensalter, Gesundheit und hinsichtlich wirtschaftlicher Bedürfnisse können so berücksichtigt werden.

Eine bessere Angleichung der Erwerbsbiographien von Frauen und Männern soll dadurch möglich werden. Dieses Modell schafft zusätzlich ein Recht der Menschen auf folgende unterschiedlich ausgestaltete Teilzeitmodelle: Elternteilzeit/-karenz, Pfltegeteilzeit/-karenz, Bildungsteilzeit/-karenz und Wiedereingliederungsteilzeit. Es bringt für ArbeitnehmerInnen mehr Flexibilität und für Unternehmen zufriedene MitarbeiterInnen. Nebenbei kommt es zu einer Vereinfachung der Regeln. Das Wahlarbeitszeitmodell soll ab einer bestimmten Betriebsgröße und einer bestimmten Beschäftigungsdauer gelten.

Je besser ein betriebliches Arbeitszeitkonzept ausgestaltet ist, in dem die umfassenden Interessen der Belegschaft und des Betriebes aufeinander abgestimmt sind, desto weniger wird es zu Streitigkeiten zwischen

Es kommt zu einer Vereinfachung der Regeln.

setzen möchten. Mittelfristig werden wir über Maßnahmen zu generellen Arbeitszeitverkürzungen nachdenken müssen.

Zwei Maßnahmen schaffen gemeinsam diese Flexibilität

1. Bei Gleitzeit sollen zwölf Stunden tägliche Arbeitszeit möglich werden, jedoch nur, wenn als Ausgleich längere zusam-



Mehr oder weniger.

DAHER DER PLAN

Flexible Arbeitszeiten sind von allen Seiten gewünscht und willkommen, von Arbeitgeber- ebenso wie von ArbeitnehmerInnenseite. Schaffen wir Möglichkeiten zu echter Flexibilisierung, die beiden Seiten offensteht – von der Verkürzung über die Verlagerung bis hin zur Verlängerung der Arbeitszeit. Und das immer nach Wahl und Wunsch.

MitarbeiterInnen und Unternehmen kommen. Das wiederum macht das Modell für Unternehmen vorherseh- und planbar.

Zwei Beispiele: Eine Drogerie-Verkäuferin möchte sich um ihre plötzlich erkrankte Mutter kümmern, solange sie noch keinen Heimplatz hat. Ein Mitarbeiter einer Druckerei möchte in Bildungsteilzeit gehen, um eine Fortbildung zu absolvieren, die ihn für die neuesten Anforderungen seiner Branche fit macht. Beide könnten dank des Rechts auf Änderung ihrer Arbeitszeit ihre aktuelle Lebenssituation optimal meistern.

Arbeitszeitmonster zähmen

Moderne Technologien verschieben die Grenzen von Arbeit und Privatleben. Ständige Erreichbarkeit ist für viele zur Selbstverständlichkeit geworden. Sie bedeutet jedoch auch: Arbeit in der Frei-

zeit. Rechtlich gesehen wären diese Zeiten Arbeitszeiten, werden jedoch in der Praxis kaum als solche angegeben und entsprechend bewertet. Um den ArbeitnehmerInnen ungestörte Freizeit und Erholung zu sichern, ist im Arbeitszeitrecht ein grundsätzlicher Anspruch auf Nichterreichbarkeit festzulegen.

Klare Regeln im Arbeitszeitrecht und die Zulässigkeit von All-in-Vereinbarungen

Ein weiteres Arbeitsphänomen unserer heutigen Zeit sind All-in-Verträge. Waren diese ursprünglich für besser Verdienende gedacht, um flexibel mit Überstunden umgehen zu können, so sind sie heute immer öfter auch im Niedriglohnbereich anzutreffen. Sogar in der niedrigsten Einkommensgruppe bis 1.300 Euro brutto haben fast 20 Prozent der Beschäftigten eine All-in-Regelung oder eine Überstundenpau-

schale. Niedrigeinkommensbezieher haben zudem im Unterschied zu besser Verdienenden kaum Einfluss darauf, wie viel und wann gearbeitet wird. So landet man in der Gesamtrechnung schnell bei einem viel niedrigeren Stundensatz als dem kollektivvertraglichen Mindestlohn.

Zukünftig sollen All-in-Vereinbarungen nur mehr ab einem Bruttolohn von mindestens 5.000 Euro zulässig sein, um schwächere Einkommensgruppen weitgehend davor zu schützen

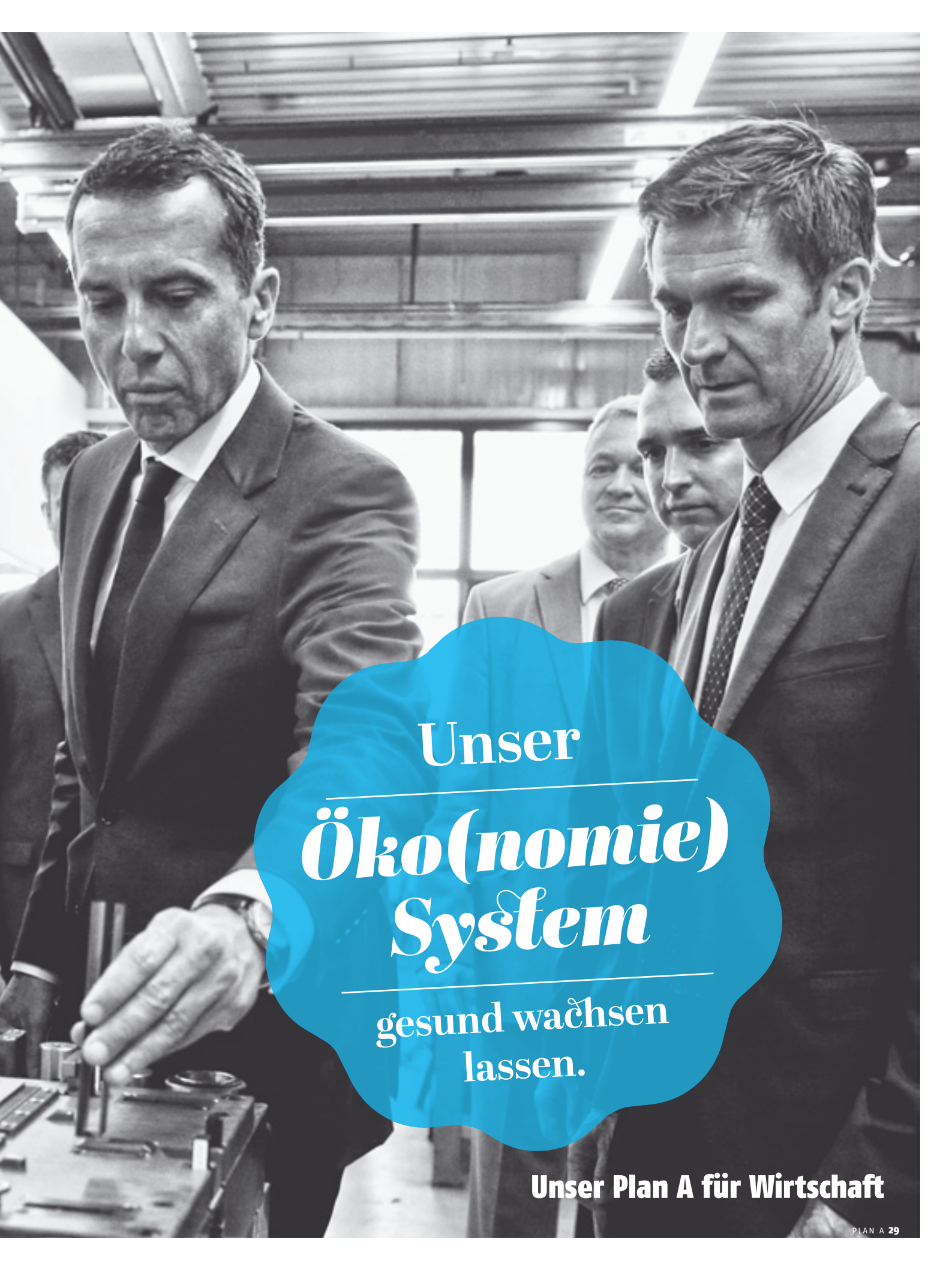
Im Gegenzug dazu stellen wir uns klarere Regelungen vor, wann das Arbeitszeitgesetz jetzt tatsächlich zur Anwendung kommt und wann nicht. Wer Verantwortung trägt, sich die Arbeit selbst einteilen kann und über 7.000 Euro verdient, soll ganz aus dem Arbeitszeitregime ausgenommen werden. Mit Einführung einer Einkommensgrenze soll dies nun eindeutig feststellbar sein. ■



Die
Unternehmen

Österreichs
Stärken

**KMUs und Industrie
sitzen im selben Boot
und stehen am selben
»Bandl«.** Ohne sie
kein Wohlstand, keine
Sicherheit und keine
Zukunftsfähigkeit für
unser Land. Machen
wir es ihnen leichter,
erfolgreich zu sein.



Unser

Öko(nomie)
System

gesund wachsen
lassen.

Unser Plan A für Wirtschaft

Fördern. Absichern. Erleichtern.



Was wäre ein Land ohne seine Klein- und Mittelbetriebe? Ganz schön leer. Immerhin sind 99,7 Prozent der Unternehmen in Österreich KMUs und damit das Rückgrat der heimischen Wirtschaft. Und auch ein gutlaufender Jobmotor, denn KMUs schaffen und bringen neue Arbeitsplätze.

Österreich ist ein Land der Klein- und Mittelbetriebe. Zwei Drittel aller ArbeitnehmerInnen sind in einem KMU beschäftigt. Vom Handwerksbetrieb über den Zulieferer bis hin zum High-Tech-Unternehmen. Was verbindet diese Klein- und Mittelbetriebe? Die Klammer ist ihre Leistungsbeurteilung sowie ihre Innovationsfähigkeit. Dank ihrer Flexibilität können KMUs rasch auf geänderte Rahmenbedingungen reagieren. Ihre gut ausgebildeten und qualifizierten Fachkräfte sind unerlässlicher Garant für den Erfolg der österreichischen Wirtschaft.

Vertrauen aufbauen, Vertrauen stärken. Im Land und bei den Menschen.

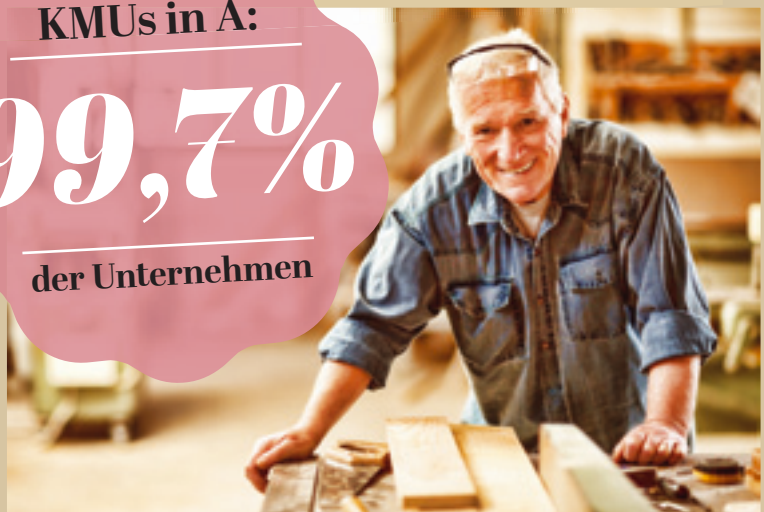
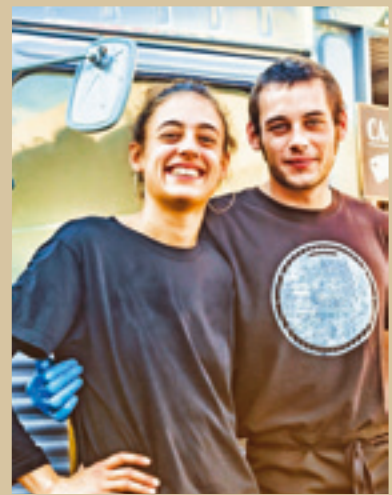
Passender Rahmen

Damit das so bleibt, müssen die Rahmenbedingungen für KMUs passen – und was noch nicht passt, neu abgesteckt werden. Einzelne Verbesserungen wurden in den vergangenen Jahren bereits erreicht. Mehr über diese Reformen finden Sie in der Infobox zu diesem Artikel.

Doch zurück zu den noch ausstehenden Verbesserungen. Der Tenor österreichischer Unternehmen ist nach wie vor einstimmig: Manch bürokratische Hürden scheinen schier unüberwindbar oder werden – im wahrsten Sinne des Wortes – zu

Stolpersteinen für unsere UnternehmerInnen. Ebenso wird von unfairen Wettbewerbsnachteilen im Vergleich zu manchen internationalen Großkonzernen gesprochen. Inklusiv der Möglichkeit, die Steuern in (europäische) Steueroasen zu verschieben.

Was bleibt, ist ein Gefühl der unfairen Behandlung. Ein Gefühl, dass die Politik eher die Interessen der großen Konzerne vertrete als jene der kleinen und mittleren Betriebe. Das soll nicht so bleiben. Wir sind bereit.



Ein Turbo für den Jobmotor

KMUs in A:
99,7%
der Unternehmen



**Ein eigener
Fördertopf für
Reparaturen!**

Die Zeit ist reif für Veränderungen

Vertrauen aufbauen, Vertrauen stärken. Im Land und bei den Menschen. Das ist unser Ziel. Die Interessen der ArbeitnehmerInnen und UnternehmerInnen von Klein- und Mittelbetrieben zu vertreten und uns für ihre Anliegen stark zu machen, um gleichzeitig diese KMUs zu stärken – das sehen wir als unsere primäre Aufgabe.

Vielleicht erinnern Sie sich noch an die Aussage »Jedes Wiener Kaffeehaus, jeder Würstelstand zahlt in Österreich mehr Steuern als ein globaler Konzern.« Ein Zitat, das um die Welt ging. Wir arbeiten daran, für leistungsgerechte Steuern zu sorgen und bürokratische Hindernisse auf ein Notwendiges zu reduzieren. Mit weiteren Maßnahmen wollen wir Österreichs KMUs gezielt unterstützen. Neugierig geworden, wie es weitergeht? Mehr zu diesem Thema finden Sie im Kapitel »Deregulierung« ab Seite 130.

Was müsste geschehen, um der Wegwerfgesellschaft einen konkreten Strich durch die Rechnung zu machen? Wie wäre es mit einer Prämie für Reparaturen?

1 Reparieren lassen statt wegwerfen: und das mit Prämie.

Kennen Sie das? Die Waschmaschine ist wieder mal kaputt, beim Toaster lässt sich die Temperatur nicht mehr regeln und beim erst zwei Jahre alten Kinderrad funktionieren die Bremsen nicht mehr. Und wer bringt heute noch Schuhe für neue Absätze zum Schuster?

Stichwort Wegwerfmentalität

Wir neigen immer mehr dazu, Reparaturbedürftiges einfach wegzuschmeißen. Anstatt etwas wieder instand zu setzen, kau-

fen wir neu. Das liegt mitunter auch daran, dass ein Neukauf oft günstiger ist als die Reparatur an sich. Welche Probleme sich daraus ergeben, lässt sich in drei Sätzen auf den Punkt bringen.

- Zum einen bedeutet ein Neukauf gleichzeitig wirtschaftliche Nachteile für Handwerksbetriebe.
- Zweitens hat schnelles Konsumieren einen verschwenderischen Umgang mit Ressourcen zur Folge.

JA ZU A IM VERGABERECHT

Wir wollen alle Spielräume des EU-Rechts nützen, um österreichische Unternehmen durch die Vergabe von öffentlichen Aufträgen zu stärken:

1. Bund muss so ausschreiben, dass sich möglichst auch Kleinbetriebe beteiligen können (besondere Beachtung auf örtliche Nahversorgungsstrukturen)
2. Ausbau des »Bestbieterprinzips« statt der verpflichtenden Auswahl des billigsten Bieters
3. Unsere Priorität: Berücksichtigung von sozialen Kriterien bei der Vergabe (wie z. B. der Anteil älterer ArbeitnehmerInnen)
4. Verpflichtung zur qualitätvollen Beschaffung bei Gesundheits-, Sozialdienstleistungen & Lebensmitteln
5. Verschärfte Subunternehmerregelungen zur Eliminierung »schwarzer Schafe«
6. Generalunternehmer müssen für Gehaltsansprüche der ArbeitnehmerInnen der Subunternehmer haften
7. Meldepflicht von Auftragnehmern an die »Baustellen-datenbank« zur Verbesserung der Kontrollen gegen Lohn- und Sozialdumping
8. Verpflichtende Berücksichtigung sozialer Aspekte bei Ausschreibungen von Buslinien
9. »Schwellenwerteverordnung«: Direktvergabe bis 100.000 und nicht-offene Verfahren ohne Bekanntmachung bis 1 Mio. Euro

Das Ziel:
*Unternehmens-
gründung*

soll wieder
Spaß machen





Bei jedem Arztbesuch werden für Selbstständige 20 Prozent Selbstbehalt fällig. Warum eigentlich?

• Und drittens können Neukäufe einen erhöhten Anteil ausländischer Wertschöpfung bedeuten. Die neue Waschmaschine wird rasch über das Internet bestellt und war gerade in Deutschland im Angebot. Die Reparatur der Waschmaschine jedoch wäre wahrscheinlich in Österreich erfolgt.

Was müsste also geschehen, um der Wegwerfgesellschaft einen konkreten Strich durch die Rechnung zu machen? Wie wäre es mit einer Prämie für Reparaturen? Eine Prämie, die Anreiz schafft, die alte Stereoanlage doch zum Elektrobetrieb ums Eck zu bringen.

Geht nicht? Geht doch!

Die Rechnung einfach bei der zuständigen Förderstelle einreichen und eine Prämie von 50 Prozent und maximal 600 Euro pro Person und pro Jahr kassieren. Gefördert wird insbesondere die Reparatur von Fahrrädern, Schuhen, Kleidung, Lederwaren und Elektrohaushaltsgeräten (Kühlschränke, Waschmaschinen, Öfen, Handy, Stereoanlage, Computer etc.). Die Förderung gilt ausschließlich für Privatpersonen und bezieht sich auf die Arbeits- und Anfahrtskosten, nicht aber auf die Materialkosten. Ausgenommen sind Bauleistungen und KFZ-Reparaturen.

2. Für ein gesundes System: Entgeltfortzahlung NEU

Wenn der grippale Infekt wieder mal zuschlägt und MitarbeiterInnen krank werden, dann bezahlt der Arbeitgeber das Gehalt der Mitarbeiter weiter. Diese Regelung gilt auch bei Arbeitsunfällen. MitarbeiterInnen haben also im Fall von Krankheit Anspruch auf Entgeltfortzahlungen. Ab dem 43. Tag zahlt die Krankenversicherung in der Regel das Krankengeld. Für kleine Betriebe mit weniger als 50 MitarbeiterInnen gibt es einen Zuschuss: 50 Prozent des Entgeltes werden dann von der AUVA bezahlt.



Klein- und Mittelbetriebe prägen Österreichs UnternehmerInnenlandschaft. Sie sind das Rückgrat der heimischen Wirtschaft und gutlaufender Jobmotor. Wir rücken sie nun dahin, wo sie hingehören – ins Zentrum unseres politischen Handelns. Wir unterstützen sie durch Reparaturprämien, wir kümmern uns um ihre Sorgen bei Krankheit und Arbeitsunfällen von Mitarbeitern und streichen den Selbstbehalt in der SVA.

AUVA-Zuschuss zur Entgeltfortzahlung:

- bei Erkrankungen ab dem elften Tag der Entgeltfortzahlung, max. 6 Wochen im Jahr
- bei Arbeitsunfällen ab dem ersten Tag der Entgeltfortzahlung, max. 6 Wochen im Jahr

Fit gedacht, fit gemacht

Gerade für Kleinstbetriebe kann eine Erkrankung oder ein Arbeitsunfall eines Mitarbeiters oft existenzbedrohend sein. Trotz Zuschüssen. Das muss sich ändern. Wir wollen die Zuschüsse für Kleinstunternehmen und EPUs erhöhen. Damit wird es für Kleinstbetriebe und insbesondere für EPUs leichter, Arbeit zu schaffen. Die Maßnahme soll auch prekären Beschäftigungsverhältnissen, Stichwort Scheinselbstständigkeit, entgegenwirken, wo es keinen Anspruch auf Entgeltfortzahlung gibt.

Lassen Sie es uns an einem Beispiel erklären:

Marlene ist Jungunternehmerin und führt eine kleine Eventagentur mit zwei Mitarbeitern. Plötzlich erkrankt einer der beiden

Mitarbeiter und fällt auf Grund eines akuten Bandscheibenvorfalles für die nächsten drei Monate aus. Schmerzhaft nicht nur für den Betroffenen. Die Krankenkasse zahlt in diesem Fall erst ab Tag 43. Trotz der 50 Prozent AUVA-Zuschuss kostet die Erkrankung der Unternehmerin über 3.000 Euro Entgeltfortzahlung. Das ist ein Drittel von ihrem steuerpflichtigen Jahresgewinn.

Was wir planen, ist, den Zuschuss für Kleinstbetriebe (weniger als 5 MitarbeiterInnen) auf 100 Prozent und für Betriebe bis 10 MitarbeiterInnen auf 75 Prozent zu erhöhen. Davon profitieren (direkt oder indirekt) rund 290.000 KMUs und EPUs, also fast 90 Prozent aller Betriebe in Österreich.

3 • Selbst und ständig: Abschaffung des Selbstbehalts für Selbstständige

Bei jedem Arztbesuch sind für Selbstständige 20 Prozent Selbstbehalt fällig. Warum eigentlich? Selbstständige zahlen den glei-

chen Krankenversicherungsbeitrag wie Unselbstständige (7,65 Prozent). Was, wenn Selbstständige mit geringem Einkommen, EPUs z. B. am Beginn ihrer Laufbahn, trotz Krankheit nicht zum Arzt gehen? Was und wer unter diesem System wirklich leidet, sind Gesundheit und Selbstständige. Aber auch das Gesundheitssystem, zumal auf übergangene und nicht behandelte Krankheiten oft hohe Kosten für Therapien etc. folgen.

Daher streichen wir den Selbstbehalt ersatzlos. Der Selbstbehalt in der SVA bringt derzeit jährlich Mehreinnahmen von 54 Mio. Euro (2015). Das impliziert bei 565.717 Versicherten (Anspruchsberechtigte exkl. Kinder) Pro-Kopf-Einnahmen von 95 Euro pro Jahr. Da nicht alle Versicherten zum Arzt gehen, liegt die Belastung der tatsächlich Kranken natürlich höher.

50 Prozent der Selbstständigen verdienen netto weniger als 11.000 Euro im Jahr. Das sind nicht ganz 1.000 Euro pro Monat. 95 Euro mehr oder weniger machen hier sehr wohl einen Unterschied.

Starbucks & der Würstelstand.

Der Einfachheit halber

Wie können wir unsere kleinen und mittleren Unternehmen, die Schlagader unserer Wirtschaft, gegenüber den »Großen« in Stellung bringen? Indem wir für Gerechtigkeit sorgen, die KMUs entlasten und die Konzerne, die in unserem Land Profite erwirtschaften, in die Pflicht nehmen.

Nehmen wir einen österreichischen Gastronomiebetrieb. 6 MitarbeiterInnen erwirtschaften 600.000 Euro Umsatz. Ausgehend von einer branchenüblichen, durchschnittlichen Umsatzrentabilität zahlt der Wirt 3.150 Euro Körperschaftsteuer. Der Weltkonzern Starbucks zahlte in Österreich 2014 (laut Wiener Zeitung vom 13.8.2016) nur 814 Euro Steuer.

Aber wie geht das?

Und noch viel wichtiger die Frage: Wie lässt sich das ändern? Starbucks ist nur eines von vielen Beispielen für einen multinationalen Konzern, der seine Gewinne nicht dort versteuert, wo sie erwirtschaftet werden – wie es unser Wirt tut. Sie sind nicht auf einen Standort konzentriert und regional verwurzelt, sondern Gebilde, die überall und nirgends aktiv sind und ihre Gewinne so lange hin und her schieben, bis die Besteuerung kleiner ist als die unseres Wirtshauses.

Unzählige KMUs stehen oft im direkten Wettbewerb mit solchen Konzernen, die sich über Steuerdumping enorme Wettbe-

werbsvorteile verschaffen. So entsteht eine Schieflage und Ungerechtigkeit, die unbedingt korrigiert werden muss. Steuerdumping verhindern und KMUs unterstützen – das steht auf dem Plan ganz weit oben. Mit substantziellen Senkungen der Lohnnebenkosten, zum Teil gegenfinanziert durch höhere Steuern von ebenjenen Konzernen, die es sich bisher richten konnten.

Die Maßnahmen konkret

Eine Senkung des Dienstgeberbeitrags für den Familienlastenausgleichsfonds um eine Milliarde Euro wird gerade umgesetzt. Senken wir den verbleibenden Teil noch einmal auf die Hälfte, sinkt die Lohnnebenkostenbelastung pro Beschäftigtem um rund 7 Prozent. Durch diese Senkung schließen wir punkto Lohnnebenkosten von Platz 22 ins EU-Mittelfeld auf. Das kostet zwar bis zu 3 Milliarden Euro, bringt letztlich aber tausende neue Jobs. Klar ist, dass sich das nicht in Leistungskürzungen zu Lasten der Familien bemerkbar machen darf. Vielmehr brauchen wir eine gerechte Gegenfinanzierung. Die Hälfte kommt aus einer höheren Besteuerung der internatio-

nen Konzerne, einer Effizienzsteigerung bei allen Gebietskörperschaften und Sozialversicherungsträgern sowie Mehreinnahmen durch höhere Beschäftigung.

Die zweite Hälfte wird durch eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage z. B. auf fossile Energieträger oder andere Wertschöpfungskomponenten getragen, nicht jedoch auf Abschreibungen und Investitionen. Wir wollen ein wachstums- und leistungsfreundliches Steuersystem. Derzeit lasten alle Lohnnebenkosten auf dem Faktor Arbeit. Das benachteiligt v. a. personalintensive Betriebe, also genau jene, die Jobs schaffen, und schafft den zusätzlichen Anreiz, nach Möglichkeit zu automatisieren, um Mitarbeiter und Sozialabgaben zu sparen. Unterstützen und belohnen wir besser Betriebe, die für Beschäftigung sorgen.

Steuergerechtigkeit: Es geht ums Wollen!

Darüber hinaus stehen wir vor der Herausforderung, wo die Frage der Steuergerechtigkeit grundsätzlich gelöst werden kann oder soll. Österreich engagiert sich in dieser Frage seit Jahren auf internationaler Ebene. Aber auch national gibt es genug Möglichkeiten, sich wirkungsvoll dieses Themas anzunehmen. So zum Beispiel mit:

• Werbeabgabe auf Online-Medien:

Österreichische Tageszeitungen zahlen für ihre Werbeeinnahmen 5 Prozent Werbeab-

Unsere Davids zu Goliaths machen



Zeigen wir unseren KMUs, wie sehr wir sie schätzen. Schließlich sind wir auf sie angewiesen.

Also: flott runter mit Lohnnebenkosten, Vereinfachung des Systems und Herstellung von Gerechtigkeit, indem wir die ganz Großen endlich ihren Beitrag leisten lassen.



gabe, Google, Youtube und andere Online-Konzerne nicht. Diese Ungleichbehandlung ist ein Wettbewerbsvorteil für Internet-Konzerne, der abgeschafft werden muss. Nicht nur weil er unsere Betriebe schädigt, sondern auch weil dadurch Steuersubstrat un-
versteuert ins Ausland abfließen kann.

• **Meldepflichten für Banken:**

Die Panama-Papers haben gezeigt, dass Banken eine zentrale Rolle bei der Vermittlung von Briefkastenfirmen spielen. Deutschland hat daher den Banken eine Meldepflicht für jede signifikante neue Firmenbeteiligung außerhalb der EU auferlegt. Dadurch werden Auslandsbeteiligungen nicht eingeschränkt, aber die Finanz weiß genau über sie Bescheid. Damit soll die anonyme Briefkastenfirma in der Steueroase der Vergangenheit angehören. Diese Meldepflichten sollten künftig auch für österreichische Banken gelten.

• **Sondersteuer für verschobene Gewinne:**

Wenn Thalia ein eBook an österreichische KundInnen verkauft, zahlt das Unternehmen Körperschaftssteuer in Österreich, Amazon tut das nicht. Amazon hat keine

Betriebsstätte in Österreich. Und ohne Betriebsstätte (der das eBook zugerechnet werden kann) ist Amazon nach geltendem Recht auch nicht gewinnsteuerpflichtig. Mit billigen Tricks wie diesem verschieben Konzerne ihre Gewinne ins Ausland und schaden unserer Wirtschaft. Damit muss Schluss sein: Künftig unterliegen verschobene Gewinne einer Strafsteuer von mehr als 25 Prozent. Vorbild sind die zuletzt eingeführten Strafsteuern in Großbritannien, Frankreich und Australien.

• **Umsatzsteuer auf Geschäfte mit Daten:**

Online-Konzerne machen gute Gewinne mit der Verwendung personenbezogener Daten – damit »zahlen« die Nutzer für scheinbar kostenlose elektronische Dienstleistungen wie Google Maps. Diese »tauschähnlichen Umsätze« sollten der Umsatzsteuerpflicht unterworfen werden. Warum soll das Geschäftsmodell eines Tischlers steuerpflichtig sein, nicht aber jenes von Google?

• **Mehr Personal für die Großbetriebsprüfung:**

Die Großbetriebsprüfung setzt die Interessen der österreichischen Steuerzahler-

Innen gegenüber den Großkonzernen durch. Derzeit gibt es rund 350 Großbetriebsprüfer, Tendenz sinkend. Die im Rahmen der Steuerreform 2015/16 zugesagte Aufstockung um 30 Prüfer soll auf 60 verdoppelt werden. Ein Großbetriebsprüfer bringt einen durchschnittlichen steuerlichen Mehrertrag von 2,25 Millionen Euro bei Kosten von 74.000 Euro.

• **Strengere Betriebsprüfungen:**

Italien beispielsweise hat durch strenge Prüfung Apple eine Nachzahlung von 318 Millionen Euro aufgezwungen. Großbritannien hat dasselbe bei Google gemacht, Ergebnis 130 Millionen Pfund. Daher: strenge und intensive Betriebsprüfungen bei den Österreich-Töchtern ausländischer Großkonzerne. Denn Gewinne, die in Österreich erwirtschaftet werden, müssen auch in Österreich versteuert werden.

Es geht nicht nur um Gerechtigkeit. Es geht auch darum, unsere kleinen und mittleren Unternehmen dafür zu belohnen, was sie tagtäglich durch ihre Leistungen für unser Land tun. ■

Leicht in die Gänge kommen.



Start-ups und Neugründungen haben sich längst vom »Phänomen« zur fixen Größe der österreichischen Wirtschaft gemausert und sind für – ja, die Zahl stimmt – mehr als 40 Prozent (!) aller neu geschaffenen Arbeitsplätze verantwortlich. Ausreichend Gründe also, auf die Bedürfnisse dieser Unternehmen besonders einzugehen.

Start-up-Unternehmen sind in zweifacher Hinsicht wichtige Wachstumsmotoren für die Wirtschaft. Erstens sind sie treibende Kräfte für bahnbrechende oder sogenannte »disruptive« Innovation – also jene Dinge, die sich im Laufe der Zeit gegen »alte« Technologien durchsetzen. Im Gegensatz zu großen, etablierten Firmen, die sich in der Regel auf die Verbesserung und Weiterentwicklung ihrer bestehenden Produkte konzentrieren, entstehen Start-ups durch völlig neue Ideen für Produkte oder Geschäftsmodelle. Selbst hochinnovative Großkon-

zerne wie Google oder Apple kommen an bahnbrechende Innovationen oft durch den Kauf von bereits erfolgreichen Start-

für 42 Prozent aller hierzulande neu geschaffenen Arbeitsplätze verantwortlich sind.

Selbst Google oder Apple kommen an bahnbrechende Innovationen oft durch den Kauf von bereits erfolgreichen Start-ups.

ups oder über konzerneigene sogenannte »Inkubatoren«, wo sie selbst Start-ups von Anfang an fördern.

Zweitens schaffen Start-ups (und junge Unternehmen generell) in den ersten fünf Jahren ihres Bestehens überdurchschnittlich viele Arbeitsplätze im Verhältnis zu ihrer Größe. In Österreich sind 19 Prozent aller Beschäftigten in solchen Unternehmen beschäftigt, die wiederum

Gründungswelle

Derzeit gibt es in Österreich jährlich, je nach Zählweise, rund 500 bis 1.000 Gründungen von hochinnovativen und wachstumsorientierten Unternehmen. Im internationalen Vergleich finden sie in Österreich ein Umfeld mit einer hoch dotierten und gut organisierten Förderlandschaft vor, allerdings ist wenig privates (Risiko-)Kapital verfügbar. In Österreich

Starthilfe!





42%

aller neuen Arbeitsplätze werden von Start-ups und Neugründungen geschaffen

werden in diesem Bereich jedes Jahr nur 0,03 Prozent des BIP von privater Seite investiert, um 90 Prozent weniger als im EU-Durchschnitt (0,3 %). Dementsprechend liegt Österreich nur auf Platz 20 im EU-Vergleich.

Auch die bürokratischen Rahmenbedingungen waren hier bis vor Kurzem im internationalen Vergleich nicht gerade von Vorteil für einen lebendigen Start-up-Standort. So dauert die durchschnittliche Unternehmensgründung in Österreich mehr als 20 Tage, während sie im EU-Durchschnitt ganze drei Tage benötigt.

Schließlich spielt für die innovationsgetriebenen Start-ups natürlich auch das Umfeld an Universitäten und Fachhochschulen eine große Rolle. Österreich liegt hier sowohl bei der Qualität der Forschung als auch bei der Anzahl und der Qualität der AbsolventInnen im internationalen Mittelfeld. Führende Start-up-Regionen (wie das Silicon Valley) verfügen jedoch über Universitäten von Weltrang, die sowohl einen Wissens-

transfer von der Forschung ermöglichen als auch höchst qualifizierte Fachkräfte und GründerInnen ausbilden.

Ehrgeizige Ziele

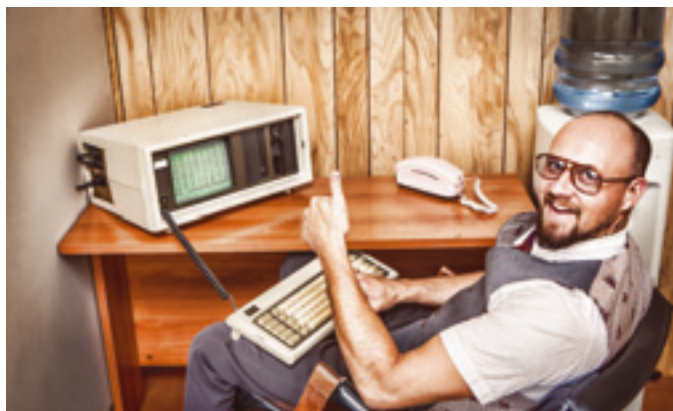
Wir wollen Österreich zum führenden Start-up-Hub Europas machen. Dazu bedarf es zu allererst einmal optimaler Rahmenbedingungen in allen Bereichen, um ein perfektes »Ökosystem« für die Entwicklung und das Wachstum dieser innovativen Gründungen zu schaffen.

Wir wollen regionale, auf Österreich verteilte Cluster in jenen Bereichen, wo Österreich stark ist, entwickeln. Das um-

Wir wollen Österreich zum führenden Start-up-Hub Europas machen, es mit Start-up-Clustern überziehen und so hochwertige Arbeitsplätze in den Regionen schaffen.

fasst insbesondere Bereiche wie den Automotive-Sektor, Umwelt- und Energietechnologie, Mikroelektronik, Bahntechnik, Mechatronics oder Bioökonomie. Ziel ist es, dass die Cluster von der Grundlagenforschung bis zur Produktion jeweils in einem Stärkefeld der österreichischen Industrie die gesamte Innovationskette abdecken und zu einem weltweiten Anziehungspunkt für Start-ups werden.

Verkürzt gesagt: Wir überziehen Österreich mit Start-up-Clustern und schaffen damit hochwertige Arbeitsplätze in den Regionen – gerade auch für die junge Generation.



Und so geht's!

Wir haben einen konkreten Plan in drei Schritten – gemeinsam mit allen Stakeholdern, von den etablierten Industrieunternehmen über die Start-up-Community bis hin zur Forschung. Wir gestalten mit ihnen in vier Monaten einen Prozess, an dessen Ende ein gemeinsamer Plan steht, um:

- unter die Top 3 der Welt mit den besten Rahmenbedingungen für Start-ups zu kommen
- fünf über Österreich verteilte Start-up-Cluster zu schaffen

Schritt 1 – Analyse:

In welchen Bereichen ist Österreich erfolgreich? Worin liegen unsere Stärken, die bereits über hundert Weltmarktführer hervorbringen? Auf diesen Stärken bauen wir auf. Sektor für Sektor, Region für Region, gemeinsam mit den Unternehmen.

Schritt 2 – Auswahl:

In welchen dieser Bereiche hat Österreich einen spezifischen Wettbewerbsvorteil ge-

genüber anderen Ländern? Welche Bereiche lassen sich groß ausbauen, sind, in der Fachsprache, »skalierbar«? Gemeinsam mit allen Beteiligten wählen wir fünf Regionen mit jeweils einem starken Wirtschaftssektor aus.

Schritt 3- Gründung von fünf Start-up-Clustern:

Wirtschaft und Staat gemeinsam, als Partner, gründen und finanzieren fünf regionale Start-up Cluster. Jeder dieser Cluster ist einem Fachbereich gewidmet und bietet Start-ups in diesem Fachbereich weltweit einmalige Bedingungen. Mit unserer Hilfe wird sich das herumsprechen. So wie ein Gründer z. B. aus den USA oder Asien derzeit für die Gründung seines Start-ups im Banken- und Finanzbereich automatisch nach London sieht, muss in Zukunft ein Gründer in der Energie- und Umwelttechnologie automatisch nach Österreich sehen.

Jeder Start-up-Cluster bekommt optimale Forschungsanbindung, weltweit einzigartige Industriepartnerschaften, eine attrak-



tive Infrastruktur (von Räumlichkeiten bis Datenanbindung), internationale Kooperationen und Finanzierungsmöglichkeiten für die Gründungs- und für die Wachstumsphase.

Dazu kommen neu geschaffene und auf Start-ups zugeschnittene staatliche Rahmenbedingungen – vom Bürokratieabbau über steuerliche Begünstigungen bis hin zur Förderung von spezifischen Projekten. Die Attraktivität dieser staatlichen Rahmenbedingungen muss sich an der Weltspitze orientieren.

In den letzten Monaten ist dazu bereits ein erster Anfang gelungen, der gerade in die Praxis umgesetzt wird. Aber das ist natürlich erst der Anfang. Was die Rahmenbedingungen betrifft, muss noch viel mehr gemacht werden, um unter die Top-3 der Welt zu kommen. Hier unser Plan ...

1. Bürokratieabbau

Bereits ab heuer kann die Gründung einer »Ein-Personen-GmbH« rein elektronisch

und ohne Beiziehung eines Notars erfolgen. Durch diese Maßnahme wird der Gründungsprozess deutlich beschleunigt und verbilligt. In Zukunft sollen so gut wie alle Gründungen voll elektronisch und über einen »One-Stop-Shop« erfolgen. Derzeitige Veröffentlichungspflichten sollen teilweise zur Gänze entfallen und zum anderen Teil nur mehr auf kostenlose Veröffentlichung im Internet beschränkt sein.

2. Steuern und Abgaben

Start-ups erhalten ab 2017 eine Förderung der Lohnnebenkosten für die ersten drei MitarbeiterInnen (für die ersten drei Jahre). Weiters können bis zu 250.000 Euro steuerbegünstigt investiert werden.

3. Finanzierung

Um mehr Risikokapital zu mobilisieren, startet ab 2017 eine Reihe von Programmen und Maßnahmen. Zum Beispiel bekommen Business-Angels durch die »Risikokapitalprämie« 20 Prozent ihres eingesetzten Investments (maximal

50.000 Euro) rückerstattet. Ein Wachstumsfonds für Start-ups und schnell wachsende Unternehmen wird mit einer öffentlichen Anschubfinanzierung von 30 Millionen Euro geschaffen und soll 300 Millionen privates Kapital hebeln. Dadurch soll verhindert werden, dass wie bisher viele erfolgreiche Start-ups ihre »Wachstumsphase« in Österreich nicht finanzieren können und daher ins Ausland abwandern. Aber auch in diesem Bereich wollen wir noch viel weiter gehen. Die liquiden Mittel von Banken, Versicherungen, Stiftungen etc. sollen in höherem Maß als bisher produktiv eingesetzt werden. Daher werden die Veranlagungsrichtlinien überarbeitet und eine Mischung aus finanziellen Anreizen und Verpflichtungen geschaffen, damit 1 Prozent der Veranlagungen in Start-ups und junge Unternehmen investiert wird.

4. Forschung & Innovation

Hochinnovative Start-ups profitieren von der unmittelbaren Nähe zu bzw. dem direkten Austausch mit exzellenten For-



WAS BISHER GESCHAH

Start-up-Paket 2016

- Lohnnebenkostenförderungen
- steuerliche Anreize für private Investoren zur Mobilisierung von Risikokapital
- Ausbau bestehender Förderprogramme

Steuerreform 2015/16

- Senkung der SVA-Mindestbeitragsgrundlage
- Halbierung SVA-Verzugszinsen
- Senkung der Lohnnebenkosten

KMU-Paket 2016

- Investitionszuwachsprämie
- Weiterentwicklung Rot-Weiß-Rot-Karte
- zusätzliche Investitionen in die Ausbildung zur Bekämpfung des Fachkräftemangels

Reform Gewerbeordnung

- 19 Teilgewerbe werden zu freien Gewerben
- Wegfall der Gebühren bei der Gründung
- Entbürokratisierung des Betriebsanlagenrechts

schungseinrichtungen. Ziel ist es daher, mindestens drei österreichische Universitäten unter die Top-100 der Welt zu bringen (zur Umsetzung dieses Ziels siehe Artikel zu den Universitäten ab Seite 76). Diese Universitäten sollen unmittelbar mit den geplanten Start-up-Clustern verbunden werden. Mit der Initiative »Silicon Austria« wird ein High-Tech-Cluster zur Kooperation von Forschung und Industrie geschaffen. Neben der Gründung eines neuen Forschungszentrums, diversen Fördermöglichkeiten für Start-ups, Forschung in Unternehmen, Produktentwicklung und Ähnliches wird auch gezielt in die Grundlagenforschung und Ausbildung investiert. Gesamtbudget 220 Millionen Euro (50% öffentlich, 50% privat).

5. Ausbildung

Um ein perfektes »Ökosystem« für die Entwicklung von Start-ups bereitzustellen, müssen auch ausreichend hochqualifizierte Fachkräfte zur Verfügung stehen. Aus diesem Grund ist eine großflächige Ausbildungsinitiative mit

Jeder Start-up-Cluster bekommt optimale Forschungsanbindung, weltweit einzigartige Industriepartnerschaften, eine attraktive Infrastruktur, internationale Kooperationen & Finanzierungsmöglichkeiten für die Gründungs- und für die Wachstumsphase.

dem Schwerpunkt im technisch/naturwissenschaftlichen Bereich vorgesehen (siehe MINT-Initiative). Zusätzlich wird es eine staatliche Finanzierungsschiene für die spezifischen Anfordererfordernisse für die MitarbeiterInnen der jungen Firmen in den Start-up-Clustern geben.

6. Internationalisierung

Ein eigener Schwerpunkt soll auf die internationale Vernetzung der Start-up-

Cluster gesetzt werden. Diese Vernetzung wird sich insbesondere auch auf thematisch ähnliche gelagerte, erfolgreiche Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Cluster konzentrieren. Maßnahmen umfassen zum Beispiel Joint Ventures von Unternehmen oder Austauschprogramme für Studierende, Lehrpersonal oder MitarbeiterInnen.

Setzen wir sie also in Richtung Zukunft – die großen Schritte für (zumindest zu Beginn) kleine Unternehmen. ■

Absturz?



Das Instrument des Privatkonkurses ist Ausdruck einer Kultur des Scheiterns statt gesellschaftlicher Ächtung. Wie umgehen mit einer Möglichkeit, die noch mit vielen Tabus behaftet ist und zu der viele keinen Zugang haben? Konkrete Ideen für die »Zweite Chance«.

In ihrer Grundüberlegung als sozialpolitisch und volkswirtschaftlich sinnvolle Maßnahme gedacht, steht Privatinsolvenz vielen Personen erst gar nicht offen. Sie scheitern oft schon an der gesetzlichen Vorgabe, die Mindestquote zu erfüllen. Das bedeutet, sie würden es nicht schaffen, zumindest 10 Prozent der angehäuften Schulden aus eigener Kraft zu tilgen. Besonders betroffen sind Personen mit geringem oder gar keinem Einkommen (wie zum Beispiel Arbeitslose oder MindestpensionistInnen). Auch Personen mit verhältnismäßig hohen Schulden (insbesondere ehemalige UnternehmerInnen) scheitern oft an dieser Vorgabe. Das führt dazu, dass – nach Schätzungen der Schuldenberatung – derzeit mehr als 110.000 Personen überschuldet und vom Privatkonkurs grundsätzlich ausgeschlossen sind. Tendenz steigend. Der Anteil nicht erwerbstätiger KlientInnen in den Schuldenberatungen hat 2016 erstmals jenen der Erwerbstätigen überschritten.

Was sind die Gründe für Überschuldung? In der Regel können zwei »klassische« Ursachen identifiziert werden: Arbeitslosigkeit (35 Prozent) und gescheiterte Selbstständigkeit (rund 20 Prozent der Fälle). Bei letzterer sind Haftungen und Bürgschaften – zum Beispiel innerhalb der eigenen Familie oder die Übernahme einer persönlichen

beitsplatzes führen. Was bei dauerhafter Verschuldung folgt, sind nachweisbar physische und psychische Erkrankungen.

Somit wird Entschuldung zu einer Maßnahme, die nicht nur dem Individuum den Weg zurück ins geregelte Leben ermöglicht, sondern ebenso zum volkswirt-

Ein möglicher »Bauchfleck« soll als Etappe auf dem Weg zur erfolgreichen Gründung gesehen werden.

Haftung eines Geschäftsführers für Schulden einer GmbH – noch gar nicht mit eingerechnet. Die Höhe der Schulden liegt bei ehemaligen Selbstständigen (Privatkonkurs nach Unternehmensinsolvenz) laut KSV durchschnittlich bei fast 300.000, bei »echten« Privaten bei rund 65.000 Euro. Die mit einer Verschuldung einhergehende Lohnpfändung und Arbeitslosigkeit korrelieren, die Spirale beginnt sich zu drehen: Lohnpfändungen sind ein Einstellungshindernis oder können sogar zum Verlust des Ar-

schaftlich notwendigen und sinnvollen Instrument, das das Sozialsystem entlastet und als Effekt gleichzeitig durch wiedergewonnene Kaufkraft die Steuereinnahmen erhöht.

Internationale Vorbilder

Im internationalen Vergleich ist ein Trend in Richtung sicherer Entschuldung nach einer überschaubaren Frist klar erkennbar: Die Verfahrensdauer liegt im europäischen



Neustart!

Schnitt zwischen drei und fünf Jahren, Österreich liegt mit sieben Jahren weit darüber. Eine Mindestquote wie in Österreich ist nur in Tschechien vorgesehen.

So hat etwa Deutschland in seiner Privatkonkursregelung keine Mindestquote vorgesehen. Mit der deutschen Reform 2015 wurde die Frist von sechs Jahren, in denen bis auf das Existenzminimum zugegriffen wird, auf 5 Jahre verkürzt. Bei einer Zahlungsquote von 35 Prozent ist eine Entschuldung bereits nach 3 Jahren möglich.

Risiko verringern, Gründungen forcieren

Menschen sollen Mut zur Unternehmensgründung entwickeln. Das Scheitern wird von Beginn an mitgedacht, das Risiko minimiert und im Fall der Fälle die Chance auf einen wirtschaftlichen Neubeginn gewahrt. Im angloamerikanischen Raum ist diese »Kultur des Scheiterns« selbstverständlich und es führt auch zu höherem Wachstum. In Großbritannien ist man nach einem Jahr entschuldet, in den USA noch schneller. Das geht sogar so weit, dass Banken und Risikokapitalgeber gezielt in neue Projekte von bereits gescheiterten GründerInnen investieren, da sie die Lernkurve honorieren. Darüber hinaus hat es zur Folge, dass Start-ups in den angloamerikanischen Raum gelockt werden. In Österreich müssen wir ebenso dorthin kommen: Ein »Bauch-

DAHER DER PLAN

Wirtschaftliches Scheitern ist vielfach eine Folge alltäglicher Risiken wie Arbeitslosigkeit, gescheiterte Selbständigkeit, Krankheit oder Scheidung bzw. Trennung. Opfer dieser »modernen biographischen Risiken« sollen nicht stigmatisiert werden, sondern eine Chance auf einen raschen Neustart erhalten. Die Verkürzung der Maximalfrist und der Entfall der Quote sind möglichst rasch umzusetzen, kombiniert mit einem Anreizsystem, das bei besonderen Anstrengungen des Schuldners eine vorzeitige Entschuldung ermöglicht.

fleck« soll als Etappe auf dem Weg zur erfolgreichen Gründung gesehen werden und nicht als gesellschaftliches Stigma. Rasches Wiederaufstehen nach unternehmerischem Scheitern ist daher auch ein wesentlicher Motor aller Gründeroffensiven.

Unter dem Gesichtspunkt, dass mit jeder unternehmerischen Tätigkeit auch dementsprechende Risiken verbunden sind und nur durch die Sicherstellung einer »zweiten Chance« im Fall des Scheiterns Unternehmensgründungen forciert werden können, soll eine Entschuldungsfrist von drei Jahren, und das ganz ohne Mindestquote, geschaffen werden.

Chance durch Neubeginn

Eine Streichung der Mindestquote und eine Verkürzung des Verfahrens würden allen redlichen und bemühten SchuldnerInnen einen wirtschaftlichen Neubeginn ermöglichen. Dabei gilt der Grundsatz: Leistungsfähigkeit und Leistungsmöglichkeit des Einzelnen müssen gleichermaßen Beachtung finden. Denn jede Quote bewirkt, dass manche ausgeschlossen sind, unabhängig von ihrer individuellen Leistungsfähigkeit. Der Rückstau an Personen, die »zu arm« für den Privatkonkurs sind (dzt. mehr als 110.000) zeigt die Dringlichkeit einer Reform. ■

Phänomenal digital.



Um für zukünftige Herausforderungen – auch und vor allem am Arbeitsmarkt – gerüstet zu sein, ist ein hoher Grad an Digitalisierung und den dafür erforderlichen Kompetenzen bei jungen und älteren Menschen unerlässlich. Wir sind in der Lage, in diesem Bereich auf einem guten Fundament aufbauen zu können.

Unser erklärtes Ziel muss es sein, Österreich zu einem Vorreiter der Digitalisierung zu machen und uns in den entsprechenden Rankings unter die Top-10 der Welt zu bringen (von derzeit Platz 20 im weltweiten »Network Readiness Index«). Dieses Ranking umfasst den gesamten breiten Bereich der Digitalisierung, von der Bildung und der Ausbildung von Arbeitskräften über die Modernisierung der Unternehmen bis hin zur Infrastruktur und zum Bürokratieabbau. Das ist eine wichtige Säule für die Schaffung neuer Arbeitsplätze, eine Konjunkturbelebung sowie die nachhaltige Standortstärkung – durch öffentliche Investitionen und solche, die davon privat ausgelöst werden.

Mehr noch: Unter den Top-10 der Welt bei der Digitalisierung zu sein, wird gleichbedeutend sein mit wirtschaftlichem Erfolg im globalen Wettbewerb.

Ehrgeizige Ziele wie diese verlangen nach dementsprechenden Maßnahmen, die wir in den Bereichen Infrastruktur und Konnektivität, Ausbildung und Humankapital sowie digitale öffentliche Leistungen setzen werden.

auf dem Niveau der Weltspitze sein. Konkret bedeutet das für Österreich eine flächendeckende Versorgung mit ultraschnellem Internet in jedem Winkel, wo Menschen leben und arbeiten.

Durch die Förderungen im Rahmen der »Breitbandmilliarde« sollen in ganz Österreich bis 2020 Datenraten von mindestens 100 Mbit flächendeckend zur Verfügung stehen. Dabei soll jeweils die technologisch beste und kosteneffizienteste Übertra-

Es soll jeweils die technologisch beste und kosteneffizienteste Übertragungstechnologie zum Einsatz kommen.

1. Infrastruktur und Konnektivität

• **Förderung des Infrastrukturausbaus:** Die digitale Infrastruktur, das heißt die Datenleitungen und Mobilfunkanlagen, sind die Grundlage jeder Digitalisierung. Um zur Weltspitze aufzuschließen, muss auch die Infrastruktur des ganzen Landes

gungstechnologie zum Einsatz kommen – also je nach Lage Glasfaserkabel, Kupferkabel oder Mobilfunk.

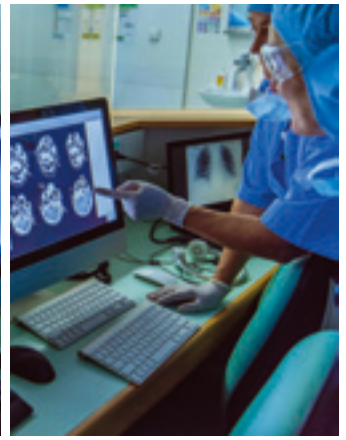
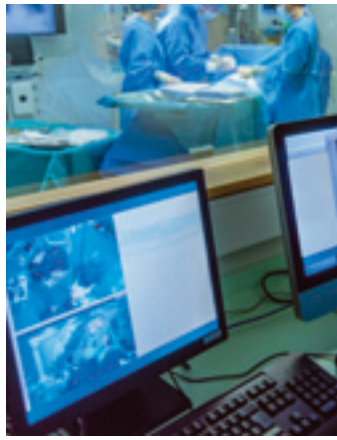
• **5G-Vorreiter Österreich:** Die Datenübertragung steht derzeit gerade am Beginn des nächsten Technologiesprunges. Bisher gab es unterschiedliche Datenverbindungen, zum Beispiel Festnetz, Mobilfunk oder WLAN. Mit der neuen

Nicht auf die Zukunft warten.



Zukunft bedeutet Digitalisierung.
Digitalisierung bedeutet Chancen.
Und Chancen wollen genutzt werden.
Mit Investitionen in die Infrastruktur,
Kompetenzvermittlung an alle
Bevölkerungsgruppen vom Kind bis zu
den ArbeitnehmerInnen sowie
modernen öffentlichen Leistungen
im Bereich des E-Government
und der Gesundheit wird uns
das gelingen.





5.000
zusätzliche
Ausbildungsplätze im
MINT-Bereich



Technologie, genannt 5. Generation oder 5G, gibt es nur mehr einen einzigen gemeinsamen Standard. NutzerInnen merken nicht mehr, ob sie über WLAN, Mobilfunk oder Festnetz verbunden sind, weil alle Teile nahtlos ineinander übergehen. So verbindet sich ein Handy beim Telefonieren zum Beispiel in Zukunft automatisch über WLAN, wenn der Mobilfunkempfang zu schwach ist.

Österreich soll zu einem Vorreiter dieser neuen Technologie werden. Das hilft nicht nur den NutzerInnen durch bessere Datenverbindungen, sondern es ermöglicht auch unseren Technologiefirmen einen Vorsprung gegenüber der internationalen Konkurrenz. Auf der Infrastrukturseite werden wir das Erreichen dieser Vorreiterstellung durch die Erleichterung der Platzierung von Sendeanlagen und Leitungen, durch beschleunigte Infrastruktur-Genehmigungsverfahren und regulatorische Anpassungen vorantreiben. Zusätzlich werden wir auch die Forschung

Schon im Kindergartenalter sollen spielerisch Erfahrungen mit einfachen »Programmieraufgaben« gemacht werden.

in diesem Bereich unterstützen. Bis Ende 2017 wird die Bundesregierung gemeinsam mit den Unternehmen eine umfassende 5G-Strategie sowie weitere Konzepte, Maßnahmen und Zeitpläne ausarbeiten.

2. Ausbildung und Humankapital

• **Grundkenntnisse im Kindesalter vermitteln:** Schon im Kindergartenalter sollen spielerisch »analog« mit Bauklötzen erste Erfahrungen mit einfachen »Programmieraufgaben« gemacht werden. Ab der Volksschule soll digitale Grundbildung im Lehrplan verankert werden, ab der fünften Schulstufe soll es ein eigenes Fach zur digitalen Grundbildung geben (siehe Artikel »Schule 4.0« auf Seite 66).

• **Aus- & Weiterbildung von LehrerInnen:** In alle pädagogischen Ausbildungen müssen in Zukunft auch verpflichtend digitale Grundkompetenzen integriert werden. Dadurch sollen alle neu auszubildenden LehrerInnen im Stande sein, das volle Potential neuer digitaler Unterrichtsformen auszuschöpfen. Für bereits fertig ausgebildete LehrerInnen werden entsprechende Weiterbildungsangebote geschaffen.

• **Mehr Studienplätze für Informatik, Technik & Naturwissenschaften (MINT-Fächer):** Grundvoraussetzung für die digitalisierte Wirtschaft ist die Verfügbarkeit von hochqualifizierten Arbeitskräften im Bereich der Technik und Informatik. In diesen Bereichen herrscht derzeit nicht nur



und des Gesundheitssystems folgen. Ein Beispiel aus dem Gesundheitsbereich: In Zukunft wird es einen elektronischen Mutter-Kind-Pass geben, der die bisherige Überbürokratisierung abschafft. Im Moment müssen die Eltern nämlich noch einzelne gestempelte Seiten aus dem Mutter-Kind-Pass herausreißen und per Post an die Behörde schicken. Mittelfristig ist es das Ziel, dass alle Behördenwege digital von zu Hause oder vom Büro aus erledigt werden können.

in Österreich, sondern auch weltweit ein eklatanter Arbeitskräftemangel. Um diesem entgegenzuwirken, sollen einerseits 5.000 zusätzliche Ausbildungsplätze im MINT-Bereich (insbesondere Informatik) an Universitäten und FHs geschaffen werden. Gleichzeitig muss aber auch die Zahl der InteressentInnen gesteigert werden, um diese Plätze besetzen zu können. Mehr im Kapitel »MINT« ab Seite 70.

3. Digitale öffentliche Leistungen

• **Österreich als Vorreiter bei E-Government und E-Health:** Im E-Government-Bereich zählt Österreich bereits heute zu den Vorreitern in Europa. Diese Stellung soll noch weiter ausgebaut werden. Vor kurzem wurde von der Regierung der »One-Stop-Shop« für die Unternehmensgründung beschlossen – ein wichtiger Schritt, um die Bürokratie und den Verwaltungsaufwand für kleine und mittlere Unternehmen erheblich zu reduzieren. Ähnliche Modelle sollen in allen Bereichen der Verwaltung

NEUE ARBEITSWELT: »CROWDWORK«

Viele Dienstleistungen in den Branchen IT, Transport, Logistik, Recht oder Handel werden heute über Online-Plattformen abgewickelt und bezahlt.

Man denke nur an kreative Dienstleistungen, Transportfahrten oder Reinigungsdienstleistungen. CrowdworkerInnen sind flexibel, was Arbeitszeit, -ort und Tätigkeit betrifft, letztlich befinden sie sich aber mitten im Prekariat: Unsichere und oft geringe Entlohnung, entgrenzte Arbeitszeiten, mangelnde Transparenz, massiver Konkurrenzdruck und die Unorganisierbarkeit kollektiver Interessensvertretungen sind die Folge.

Crowdworking ist jedenfalls eine boomende Arbeitsform (Uber wickelt für Fahrten Volumina von mittlerweile 10 Milliarden US-Dollar ab), in Österreich haben laut einer AK-Studie im Jahr 2015 bereits 18 Prozent zumindest einmal für eine Plattform gearbeitet. Und auch die Branchen, in denen »crowdworkt« wird, werden immer mehr.

Umso mehr braucht diese junge Branche konkrete Maßnahmen:

- Schaffung von Rahmenbedingungen, die Crowdwork und die daraus resultierenden neuen Arbeits- und Einkunftsmöglichkeiten weiterhin ermöglichen
- Klärung des rechtlichen Status
- Sicherung fairer Entlohnung und guter Arbeitsbedingungen von CrowdworkerInnen
- Schaffung der Rahmenbedingungen zur Kontrolle und Vollziehung von Rechten
- Vorreiter für eine europäische Crowdwork-Richtlinie
- Schaffung eines eigenen Crowdwork-Gesetzes (ähnlich dem Arbeitskräfteüberlassungsgesetz)

• **Open Data:** Die öffentliche Hand verfügt in den verschiedensten Bereichen über elektronische Daten, zum Beispiel verschiedene Messungen wie Luftqualität, Wind, Niederschlag, aktuelle Informationen über öffentlichen und PKW-Verkehr, den Wasserstand von Flüssen etc. Derzeit werden diese Daten in vielen Fällen zwar in aufbereiteter Form veröffentlicht, aber sie sind nicht direkt und sekundenaktuell in ihrer ursprünglichen Form zugänglich. Dadurch ist in diesen Fällen eine eigene Verwendung und Weiterverarbeitung, zum Beispiel eine Handy-App, nicht möglich.

Durch eine umfassende Open-Data-Strategie sollen nicht nur Daten für BürgerInnen und Unternehmen in ihrer »Rohform« und sekundenaktuell zugänglich gemacht werden, sondern es soll auch zu einem Innovationsschub kommen, wenn ProgrammiererInnen und Start-ups diese Daten für ihre innovativen Ideen und Geschäftsmodelle verwerten können.

Warten wir also nicht auf die Zukunft, sondern starten und gestalten wir sie selbst. ■

Schwachgespart?



Europa und seine Wirtschaft schwächeln. Wachstum hat derzeit Pause. Ein Grund dafür ist der Mangel an öffentlichen Investitionen in vielen europäischen Staaten. Sparen um jeden Preis hat als Modell versagt. Worum es jetzt geht, sind nicht höhere Schulden, sondern größere Spielräume.

Von zu wenig öffentlichen Investitionen sind kleine Volkswirtschaften – wie auch jene Österreichs – besonders stark betroffen. Umso mehr muss die Kaufkraft der Bevölkerung gestärkt und Anreize für private Investitionen unserer Unternehmen geschaffen werden. Die Exporte aber hängen ganz stark von der wirtschaftlichen Dynamik Europas ab. Wenn in der EU das Wachstum ausbleibt, so beeinträchtigt das unsere Exporte. Andere Volkswirtschaften wie die USA haben sich aus der großen Krise 2008/2009 – der schärfsten Wirtschaftskrise seit den 1930er Jahren – herausinvestiert. In Europa hat der einseitige Blick aufs Sparen und die Vernachlässigung von Investitionen letztlich dazu geführt, dass wir im Jahr 2015 noch immer geringere Investitionen hatten als vor der Krise 2008/2009 und das Wirtschaftswachstum entsprechend schwach war. Auf die Frage, wie man Europa wieder auf Wachstumskurs bringt, gibt es für uns nur eine klare Antwort: Es braucht mehr Investitionen.

Mehr als nur eine Empfehlung

Öffentliche Investitionen kurbeln von allen fiskalpolitischen Maßnahmen die

Wir müssen öffentliche Investitionen unternehmerischer denken.

Wirtschaft am stärksten an. Besonders hoch ist der Multiplikator, wenn die konjunkturelle Lage schlecht ist und die Geldpolitik in Reaktion auf die höheren Staatsausgaben nicht die Zinsen anhebt (wovon gegenwärtig auszugehen ist). Arbeitslosigkeit lässt sich so am effizientesten bekämpfen.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat zu einem Anstieg der öffentlichen Verschuldung geführt und ihre Bewältigung verursacht immer noch hohe Kosten, was die budgetären Spielräume vieler Staaten für Investitionen einschränkt. Die Budgetregeln der EU verpflichten die Mitgliedstaat-

ten zu einer raschen Konsolidierung und zu einem Abbau der Schulden, was in vielen Ländern nachweislich zu Kürzungen bei Investitionen geführt hat. Das aktuell sehr niedrige Zinsniveau bietet eine günstige Gelegenheit für mehr Investitionen, die aber aufgrund der starren Budgetregeln nicht genutzt werden kann. Das ist gegen jede ökonomische Rationalität. Würde nicht jedes vernünftige Unternehmen investieren, wenn der Ertrag der Investitionen (im Fall von öffentlichen Investitionen: nachhaltiges Wirtschaftswachstum) deutlich höher ist als die Kreditzinsen, die es dafür zu zahlen hat?

Es gibt mittlerweile vom IWF über die OECD bis hin zu Empfehlungen von Ratingagenturen eine klare Meinung zur der aktuellen Wachstumsschwäche Europas. Dazu sagte etwa Standard & Poor's bereits vor geraumer Zeit: »Daher glauben wir, dass ein Reformprozess, der einseitig auf fiskalischen Sparmaßnahmen beruht, unwirksam sein könnte, indem die Inlandsnachfrage in gleichem Maße sinkt wie die Sorge der Verbraucher um Arbeitsplätze und ihre verfügbaren Einkommen steigt und damit die nationalen Steuereinnahmen erodieren«.

Ganz klar

Folglich soll die EU ihre Sparpolitik überwinden und die Wirtschaftspolitik in Richtung Wachstum, Beschäftigung, Investitionen und Innovation neu ausrichten. Wir müssen fiskalpolitische Spielräume schaffen und wo welche vorhanden sind, müssen sie auch genutzt werden. Durch eine Aus-

Europa wachsen lassen.



DAHER DER PLAN

»Sparst du eine Zeit, dann hast du eine Not«, könnte ein abgewandeltes Sprichwort lauten. Jahrelanges Festhalten am Sparen hat das Wachstum in der EU gehemmt und auch uns geschwächt. Also: weiter denken, öffentliche Investitionen tätigen und wieder für Wachstum und Arbeitsplätze sorgen!

weitung der öffentlichen Investitionen soll die Wirtschaft einen Wachstumsimpuls erhalten, der zu mehr Beschäftigung führt. Wir müssen öffentliche Investitionen »unternehmerischer« denken und unser Regelwerk so gestalten, dass Zukunftsinvestitionen, die das Wachstumspotential einer Volkswirtschaft stärken, nicht gleich behandelt werden wie eine beliebige (Transfer-)Ausgabe.

Zur Umsetzung des Vorhabens schlagen wir ein Bündel an Maßnahmen vor:

- **Schaffung eines Fonds für öffentliche Investitionen (EFPI)**

Für öffentliche Infrastrukturprojekte wie Energie, Verkehr, aber auch digitale Forschungsprojekte soll ein europäischer Fonds geschaffen werden, der günstige Kredite an Mitgliedsstaaten vergibt. Dieser könnte institutionell an den bereits bestehenden Europäischen Fonds für strategische Investitionen anknüpfen. Diese Form von Investitionen soll bis zu einer bestimmten Größenordnung von den Regeln des Stabilitätspakts ausgenommen sein.

- **Flexibilisierung Stabilitätspakt**

Der Stabilitätspakt muss flexibler werden – das meint auch »Bruegel«, der Brüsseler Thinktank. Öffentliche

Investitionen sollen – wie in Unternehmen – über mehrere Jahre abgeschrieben und nicht im Jahr der Anschaffung voll verbucht werden.

Ein Beispiel: Eine Gemeinde baut eine neue Schule, Kostenpunkt 10 Millionen Euro. Nach den aktuell geltenden EU-Regeln können die Investitionsausgaben im besten Fall über vier Jahre verteilt werden, das heißt, das Budget wäre im besten Fall mit 2,5 Millionen Euro pro Jahr belastet. Nach dem Bruegel-Vorschlag werden die unternehmerischen Abschreibungsregeln für Neubauten laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung herangezogen, für Gebäude sind das 50 Jahre. Die budgetäre Belastung reduziert sich damit auf 200.000 Euro im Jahr. Das ist weniger als ein Zehntel der aktuellen Belastung.

Ein Ende der Sparpolitik hat nichts mit Schuldenmacherei zu tun. Niemand möchte, dass Österreich höhere Schulden macht. Vielmehr geht es darum, die Spielräume für uns und europäische Partner zu erhöhen. Mehr Wachstum in den EU-Mitgliedsstaaten heißt bessere Absatzchancen für unsere Exportwirtschaft und mehr Nächtigungen für den Tourismus. Und das heißt letztendlich mehr Wachstum für uns – und durch mehr Wachstum können auch wir unsere Schulden schneller wieder reduzieren.

Industria sana.



Mit einem stolzen Anteil von rund 20 Prozent am BIP ist die Industrie eine tragende Säule unserer gesamten Wirtschaft und unseres Wohlstands. Damit das auch unter neuen Aspekten von globalem Wettbewerb und steigender Automatisierung so bleibt, müssen wir entsprechende Maßnahmen zu ihrem Wachstum setzen. Dann sind wir gerüstet – komme, was wolle.

Daher haben wir ein konkretes Ziel: Die Bruttowertschöpfung der heimischen Industrie soll pro Jahr um mehr als 3,5 Prozent wachsen (zum Vergleich: 1995 bis 2007 wuchs sie jährlich im Schnitt um 3,3 Pro-

- muss die Arbeitszeit flexibilisiert
- muss die Forschungsförderung verbessert
- muss der Handel auf faire Beine gestellt
- müssen Anreize für Investitionen geschaffen und
- muss mehr hochqualifiziertes Personal in Österreich ausgebildet werden.

Und so machen wir es im Konkreten:

1. Bürokratie abbauen

Kleine Maßnahmen, aber in Summe große Wirkung: Wir entrümpeln alle Regulierungen, die das Wirtschaftsleben komplizierter machen als notwendig. Beispiele gefällig? Reduzierung von Meldepflichten und Reduzierung von Genehmigungsverfahren beim Arbeitsinspektorat. Details im Kapitel zur Deregulierung ab Seite 130.

2. Lohnnebenkosten senken

Nach der aktuellen Senkung der Lohnnebenkosten um 1 Milliarde Euro senken wir diese um bis zu weitere 3 Milliarden. Dadurch sinkt die Lohnnebenkostenbelastung pro Beschäftigtem nochmals – um weitere 7 Prozent (mehr zu Lohnnebenkosten ab S. 36).

3. Arbeitszeit flexibilisieren

Gesellschaftliche Veränderungen erfordern Anpassungen in allen Bereichen. Von Unternehmen und von Beschäftigten wird

Die österreichische Industrie stärkt durch hohe Investitionen in Innovation & Technologie unsere Wirtschaft.

Die österreichische Industrie ist nicht nur selbst gut aufgestellt, sondern stärkt durch hohe Investitionen in Innovation und Technologie sowie durch internationale Verbindungen auch andere Teile unserer Wirtschaft. Eine Belebung dieses Bereiches ist somit gleichbedeutend mit einer Belebung unseres Landes.

zent, von 2010 bis 2015 waren es nur mehr 2,2 Prozent). Damit wir wettbewerbsfähig bleiben, die Industrie in Österreich investiert und Arbeitsplätze geschaffen werden.

Um das zu erreichen:

- muss die Bürokratie abgebaut
- müssen die Lohnnebenkosten gesenkt



Eine
gerüstete
Industrie





1,3 Mrd.

jährliche Forschungs-
förderung



immer mehr Flexibilität gefordert. Unser Modell sieht dazu Folgendes vor: 12 Stunden tägliche Arbeitszeit bei Gleitzeit sollen unter bestimmten Bedingungen möglich werden, wenn gleichzeitig längere Freizeitblöcke genommen werden können (Details zur Flexibilisierung ab Seite 26).

4. Förderungen, die ankommen

In Österreich werden jährlich alleine durch die beiden größten Forschungs- und Wirtschaftsförderungseinrichtungen Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) und Austria Wirtschaftsservice (aws) rund 1,3 Milliarden Euro Förderungen an die österreichische Wirtschaft vergeben, davon rund 500 Millionen Euro pro Jahr an reinen Transfers. Dazu kommt die Forschungsprämie des Finanzministeriums mit weiteren 500 Millionen Euro.

Das Ende der Fahnenstange ist in diesem Bereich aber noch nicht erreicht: Wir wollen sowohl die direkte Forschungsförderung von Projekten als auch die Forschungsprämie noch einmal erhöhen.

5. Ausbildung, um die Innovationskraft zu stärken

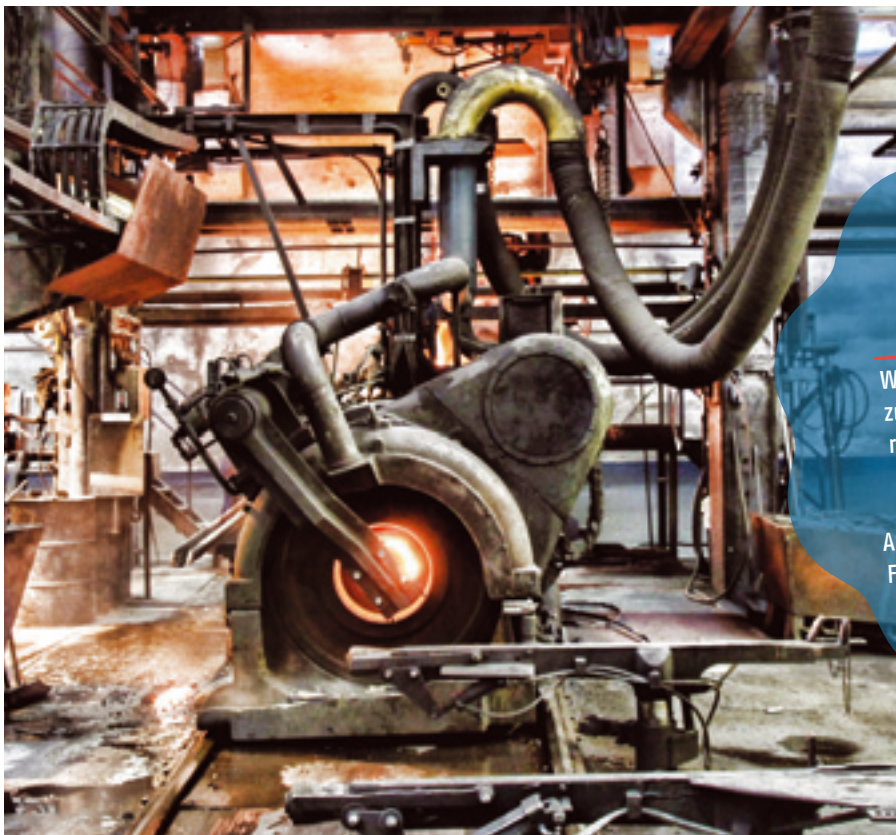
Die Stärkung des Industriestandortes Österreich geht nur über den Weg der Ausbildung – ganz besonders in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern (»MINT-Fächer«). Das gilt bereits im Schulbereich, wo diese Fächer oft nicht als attraktiv empfunden werden, und setzt sich dann auf dem Niveau von Fachhochschulen und Universitäten fort. Neben der Attraktivierung im Schulbereich ist auch der Ausbau technischer Studienplätze, co-finanziert durch die Industrie, geplant, insbesondere auch Maßnahmen, die internationale Talente und Spitzenleute ins Land locken können und sollen. Mehr dazu im Kapitel zum Thema »Bildung« ab Seite 70.

6. Forschung und Entwicklung stärken

Staatliche Forschungsaktivitäten sollen sich mit jenen der Unternehmen ergänzen bzw. diese unterstützen. Im Bereich der Grundlagenforschung bedarf es einer stärkeren Dotierung, insbesondere

im Bereich der Universitäten und der Akademie der Wissenschaften, um endlich wieder mehr radikale Innovationen möglich zu machen. Wichtig ist dabei auch die wettbewerbliche Vergabe der Mittel. Attraktive Universitäten führen außerdem zu Unternehmensansiedlungen und zum Zuzug von SpitzenforscherInnen.

Die Effizienz in der Forschungsförderung, insbesondere im Bereich der angewandten Forschung, muss durch Evaluierungen gesteigert werden. Angestrebt wird auch die Rückzahlung mancher Förderungen an den Staat im Erfolgsfall. Dadurch übernimmt zwar der Staat das Risiko eines Ausfalls, das mit Forschung und Innovation immer verbunden ist, kann aber im Erfolgsfall (z. B. Lizenzeinnahmen aus Patenten) die Förderung wie bei einem Darlehen zurückbekommen und wieder einem anderen Forschungsprojekt zur Verfügung stellen. Mehr zu diesem Thema im Bildungskapitel unter »Forschung und Entwicklung«. (siehe Artikel zu F&E ab Seite 72)



Daher der Plan

Wenn ein Sektor wie die Industrie so viel zu unserem gemeinsamen Projekt Österreich beiträgt, muss man sie auch dementsprechend gut behandeln. Weniger Bürokratie, weniger Lohnnebenkosten, Arbeitszeitflexibilisierung, Top-Fachkräfte, Forschung, Förderung und Schutz vor Billigkonkurrenz. Das ist der Plan. Das gilt es umzusetzen.

Die USA zeigen vor, wie es geht, und haben Einfuhrzölle für chinesischen Stahl von bis zu 260 Prozent erlassen.

7. Schaffung eines Fonds, um die hohe Industriequote zu erhalten

Ein »Österreichischer Fonds für Strategische Investitionen« (ÖFSI) in Industriebetriebe soll mit dem Ziel errichtet werden, Leitbetriebe bzw. deren Headquarters in Österreich zu halten. Im Rahmen dieses Fonds soll es auch Möglichkeiten zur Beteiligung von privaten Investoren sowie MitarbeiterInnen dieser Unternehmen geben.

8. Innovative Nachfrage des Staates, um Entwicklungen voranzutreiben

Der Staat will und wird im Rahmen einer »missionsorientierten« Vergabe von Förderungen und/oder Aufträgen an Industriebetriebe zur Entwicklung von Lösun-

gen für gesellschaftliche Herausforderungen beitragen. Ein Beispiel könnte die Umstellung auf CO₂-ärmere Produktion in einem bestimmten Bereich sein. Gleichzeitig wird Österreich EU-weite Projekte nach Vorbild »Airbus« vorantreiben und dabei darauf achten, dass die Projektauswahl der Spezialisierung der österreichischen Wirtschaft entgegenkommt.

9. Anreizsysteme ausbauen, um den Standort zu attraktivieren

Investitionsanreize sollen durch die Einführung einer degressiven Abschreibung für Abnutzung (AfA) für Industrieunternehmen geschaffen werden. Wie schon weiter oben erwähnt, soll auch eine Erhöhung der Forschungsprämie zur Ankurbelung von Investitionen am Standort Österreich beitragen.

10. Schutz vor Billigkonkurrenz und unfairer Wettbewerb, um unsere Unternehmen zu stärken

Beispiel Stahl: China betreibt derzeit massives Dumping zu konkurrenzlosen Preisen beim Export von Stahl, um seine Stellung am Weltmarkt auszubauen. Unsere Aufgabe ist der Schutz der österreichischen Unternehmen vor diesen unfairen Methoden. Die Preisdifferenz zwischen chinesischem und europäischem Stahl muss durch Zölle ausgeglichen werden, damit für unsere Unternehmen wieder ein fairer Wettbewerb möglich ist.

Die USA zeigen vor, wie es geht, und haben Einfuhrzölle für chinesischen Stahl von bis zu 260 Prozent erlassen. Europa war bisher hingegen untätig und hat einen Zoll von nur 20 Prozent. Daher fordern wir auf europäischer Ebene vehement neue Maßnahmen gegen Dumping, insbesondere einen angemessenen Aufschlag von mehr als 200 Prozent auf chinesischen Stahl. So wie am Beispiel Stahl aus China muss in Zukunft bei allen anderen Produkten und Ländern vorgegangen werden, die durch unfaire Subventionen und Geschäftspraktiken österreichische Unternehmen aus dem Markt drängen. Denn Billigimport hat mit fairem Wettbewerb nichts zu tun. ■

Reformbedarf

Die schiefe Optik von PISA

Machen wir unsere
Aufgaben!

Überfällig.

**WORAUF
WARTEN**

wir noch?

**Also wirklich, die jungen
Leute von heute!
Wollen bestens aus- und
herzensgebildet werden,
gute Jobchancen haben
und sogar noch davon
leben können? Unabhän-
gig von der Biographie?
Sollen sie haben.**



Nur hier:

**Gestalten
mit Freude**

Für morgen &
übermorgen

Unser Plan A für Bildung

Ein klarer Auftrag.



Neue Ansätze im Bildungssystem sind ein ganz zentrales und berechtigtes Anliegen von Eltern, LehrerInnen, SchülerInnen und politisch Verantwortlichen. Auch das Schulsystem lernt nie aus, muss sich und unsere Kinder für die Fragestellungen der heutigen Zeit rüsten und dabei die Balance zwischen Qualitätsanspruch und Kindsein halten. Ein klarer Auftrag.

Kindergarten und Volksschule legen den Grundstein für eine fundierte Bildung und für erfolgreiche Lernkarrieren, letztlich für eine funktionierende Gesellschaft. Umso mehr müssen unsere zentralen Investitionen in dieses Zukunftsressort gehen. Ziel ist ein Bildungssystem, das bereits die Jüngsten individuell und bestmöglich fördert und fordert. Darum muss schon der Kindergarten als Bildungseinrichtung verstanden und im Übergang zur Volksschule dementsprechend pädagogisch begleitet und gestaltet werden.

Kindergartenstart

Flächendeckende und qualitativ hochwertige Kinderbetreuungs- und Bildungseinrichtungen sind Voraussetzung für die Erfüllung zweier zentraler Bedürfnisse

der heutigen Zeit: dafür, dass Eltern Beruf und Familienleben gut vereinbaren können, und dafür, dass Kinder einen optimalen Start ins Bildungsleben (im Kindergarten) erwischen und ihnen frustrierende Lernerlebnisse erspart bleiben. Das verpflichtende Kindergartenjahr etwa wird von 97,4 Prozent der Kinder in Anspruch genommen, allerdings bleiben vor allem Kinder jener Familien fern, bei denen integrativer und/oder sprachlicher Bildungsbedarf besteht. Die Herausforderungen in der weiteren schulischen Laufbahn sind dann folglich umso größer. Zudem wurde das zweite verpflichtende Kindergartenjahr immer noch nicht realisiert und ein klarer bundesweiter Qualitätsrahmen, der vorgibt, welche Aufgaben Kindergärten zur Förderung der Kinder zu erfüllen haben, ist überfällig.

Daraus leiten sich ganz klare neue Maßnahmen ab – etwa ein Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz ab dem ersten Lebensjahr, ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr (gratis) sowie bundesweite Qualitätskriterien für Kin-

derbetreuungseinrichtungen (mehr dazu im Artikel auf Seite 108).

Volksschule weiterbringen

Klarer Tenor aller OECD-Untersuchungen ist: Je früher SchülerInnen gezielt gefördert werden, umso friktionsfreier und erfolgreicher gestaltet sich ihre Bildungslaufbahn. Nach dem Kindergarten legt die Volksschule den Grundstein für das erfolgreiche Erlernen von Grundkompetenzen wie Lesen, Schreiben und Rechnen und hat als gemeinsame Schule für alle Kinder eine Schlüsselfunktion im österreichischen Bildungswesen. Im internationalen europäischen Vergleich zeigt sich jedoch, dass Österreich zu wenig in die Volksschule investiert und in den Rankings gerade einmal im besseren Mittelfeld rangiert.

Somit ist klar: Die Volksschule muss gestärkt werden, zusätzliche Investitionen sind unumgänglich (zum Beispiel im Schwerpunktbereich gezielter Sprachförderung), um den Anschluss an die Spitze der OECD-Staaten wieder zu erlangen. Damit unser Bildungssystem sich wieder auf den Weg dorthin macht, wo es sein will und muss.

Die Bildung lernt dazu.

Daher der Plan

Kindergarten & Volksschule schaffen das Fundament der Bildung unserer Kinder. Und da darf nicht und niemals gespart werden. Ein Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab dem 1. Lebensjahr, ein verpflichtendes 2. Kindergartenjahr (gratis) & einheitliche Qualitätsstandards für Kindergärten sowie mehr Geld für die Volksschulen und gezielte Sprachförderung sind dabei das Mindeste.



**Schon auf Schiene:
Ausbau der
Ganztagsschule**

- 750 MILLIONEN FÜR:**
- > Personal und Infrastruktur
 - > Bessere Lernerfolge, weniger Nachhilfe
 - > Bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie
 - > Impulse für die Wirtschaft durch Investitionen
- Bis 2025 soll es für 40 Prozent der SchülerInnen die Möglichkeit ganztägiger Schulformen geben – in maximal 20 Kilometern Entfernung und für alle Schultypen!*

Die besten LehrerInnen

Jeder kann sich noch genau an seine LieblingslehrerInnen (natürlich auch an jene, mit denen man nicht ganz so gut konnte) erinnern. Sie haben uns geprägt und vielleicht in so manche Richtung motiviert. Der Erfolg unseres Schulsystems wird zu einem großen Teil von ihnen getragen. Engagierte LehrerInnen sind der Schlüssel zum Lernerfolg der Kinder und Jugendlichen. Daher wollen wir mit einem Maßnahmenpaket sicherstellen, dass LehrerInnen in Österreich die besten Bedingungen für ihre Arbeit vorfinden.

Innovation: Schulcluster zur Entlastung

In unserem Plan A sind so genannte »Schulcluster« vorgesehen, die zwei bis acht Schulen umfassen. Die Aufgaben der Schulleitung übernimmt künftig die Schulclusterleitung, die auch für den Aufbau ihres Führungsteams verantwortlich ist. An den einzelnen Schulen gibt es nach wie vor eine pädagogische Leitung, die je-

doch anders als bisher von zahlreichen Verwaltungsaufgaben entlastet ist.

Mit dieser Struktur erfüllen wir auch Empfehlungen der OECD, die einen Mangel an pädagogischem »Leadership« und Innovationsgeist an Österreichs Schulen diagnostiziert hat. Die Schulclusterleitung erhält die Möglichkeit, die Entwicklung einer Schulregion aktiv und autonom mitzugestalten und Personal dem Bedarf entsprechend einzusetzen. SchulleiterInnen können sich ganz auf die pädagogischen Aufgaben konzentrieren.

Damit läuten wir den Kurswechsel im österreichischen Schulwesen ein: Die Schule selbst kann über die Gestaltung des Unterrichts, über Öffnungszeiten oder die Länge der Schulstunde bestimmen. Nicht die Bürokratie entscheidet, sondern jene,

die es am besten wissen: die SchulleiterInnen gemeinsam mit ihren LehrerInnen.

Die Auswahl an Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für LehrerInnen erfolgt künftig nachfrageorientiert. Die Clusterleitung verortet den Bedarf und fragt Veranstaltungen direkt bei einer pädagogischen Hochschule an. Daneben werden Möglichkeiten für neue Karrierewege geschaffen, da es künftig mehrere Management-Ebenen im österreichischen Schulwesen gibt.

QuereinsteigerInnen fördern

Bei der Ausbildung von Pädagoginnen und Pädagogen soll die Einbeziehung von QuereinsteigerInnen mit Fachkompetenz zukünftig forciert werden. Fachspezifische



PLAN

SchulleiterInnen sind mit immer mehr Verwaltungsaufgaben konfrontiert. Gleichzeitig steigt der Bedarf an pädagogisch herausfordernder Arbeit immer mehr. Schulcluster sollen dabei eine Entlastung sein. Innovation soll neue Motivation für diese für unser aller Zukunft so wichtige Berufsgruppe bringen.

Wir wollen mit einem Maßnahmenpaket sicherstellen, dass LehrerInnen in Österreich die besten Bedingungen für ihre Arbeit vorfinden.

Ausbildung und Berufserfahrung sind wertvolle Stärken, die in der Ausbildung für berufsbildende Schulen (BBS) bereits gängige Voraussetzung sind. Diese Stärken sollen nun auch in der Ausbildung für allgemeinbildende Schulen (AHS) vermehrt zum Tragen kommen. Aus dem Grund soll ab dem Studienjahr 2017/18 das Masterstudium an den pädagogischen Hochschulen (gemeinsam mit den Universitäten) auch in der Allgemeinbildung für QuereinsteigerInnen stärker geöffnet werden. Als Grundvoraussetzung zählt ein abgeschlossenes einschlägiges Studium sowie entsprechende Berufserfahrung. Sollten bestimmte Voraussetzungen für die Aufnahme des Masterstudiums fehlen, können diese in Form von Ergänzungsprüfungen nachgeholt werden.

Das »Teach for Austria«-Programm ermöglicht es HochschulabsolventInnen, die sich durch besonderes fachliches und ge-

gesellschaftliches Engagement auszeichnen, im Bildungsbereich aktiv zu werden. Diese so genannten »Fellows« unterstützen gezielt Schulen mit besonderen Herausforderungen und haben sich der Förderung von Kindern und Jugendlichen aus bildungsfernen und einkommensschwachen Familien verschrieben. Diese wertvolle Ergänzung zum Lehrbetrieb soll nun, nach Wien und NÖ, auf das gesamte Bundesgebiet ausgeweitet werden.

Anreize schaffen

Gerade für Schulstandorte mit einem hohen Anteil an SchülerInnen mit Förderbedarf ist es essenziell, besonders motivierte Lehrkräfte zu rekrutieren. Wir wollen die besten Köpfe gerade für jene Kinder und Jugendlichen, die individuelle Zuwendung und Förderung am dringendsten brauchen. Daher setzen wir Anreize für Lehrpersonal, sich an fachlich und/oder sozial

herausfordernden Standorten besonders zu engagieren. Mehrjährige Lehrverpflichtungen an diesen Standorten sollen in der weiteren Karrierelaufbahn besonders angerechnet werden und für die Besetzung von leitenden Positionen im Schulwesen eine Voraussetzung sein.

Darüber hinaus ist es uns ein großes Anliegen, einen gesellschaftlichen Diskurs zum Lehrerberuf und dessen Aufwertung zu führen. Denn LehrerInnen sind im besten Sinn des Wortes »ZukunftsarbeiterInnen«. Sie begleiten, fördern und unterstützen unsere Kinder und Jugendlichen auf ihrem Weg. Die zum Teil im gesellschaftlichen Diskurs in Mitleidenschaft gezogene Wertschätzung gegenüber dieser so wichtigen Arbeit soll künftig wieder gestärkt werden. Ein Punkt, der die Lehrerschaft und die Politik auf jeden Fall eint – hoffentlich und sicher nicht der einzige. ■



Plan A für Aufstieg

Mehr
**LehrerInnen
dorthin**
wo sie gebraucht
werden

Derzeit macht es keinen Unterschied, wo sich eine Schule befindet und mit welchen besonderen Anforderungen im biographischen Rucksack die SchülerInnen hingehen. Die zur Verfügung stehenden Mittel sind immer gleich. Warum jedoch nicht nach tatsächlichem Bedarf verteilen?



Aktuell erfolgt die Ressourcenzuteilung an Schulen weitgehend nach dem Gießkannenprinzip – völlig unabhängig von besonderen zusätzlichen Anforderungen, die ein Schulstandort zu erfüllen hat. Zudem sind die Kompetenzverflechtungen extrem vielschichtig, wodurch es zu Intransparenz in der Mittelzuteilung kommt. Ein neuer Ansatz in dieser Fragestellung ist der »Chancenindex«, der zu einer Angleichung von Qualität und Chancen, unabhängig von äußeren Faktoren, führen soll.

Ressourcen genau einsetzen

Die Schulfinanzierung auf Basis des Chancenindex bedeutet Ressourcenverteilung anhand jener sozialen Merkmale von SchülerInnen, die eine Bildungsbenachteiligung darstellen. Diese Merkmale sind zum Beispiel die Alltagssprache der SchülerInnen sowie der Bildungsstand der Eltern.

Künftig sollen demnach Ressourcen und Verbesserungsmaßnahmen genau dort eingesetzt werden, wo sie am meisten gebraucht werden. Demnach sollen die Mittel so flexibel und gerecht verteilt werden, dass jede einzelne Schülerin und jeder einzelne Schüler den eigenen Bedürfnissen und Fähigkeiten entsprechend punktgenau gefördert und gefördert wird. Somit kann auch ein wichtiger Beitrag zur Reduktion der Risikogruppen geleistet werden. Die aktuellen PISA-Ergebnisse belegen, dass in Österreich in puncto Chancengleichheit noch besonderer Nachholbedarf besteht.

Der Mechanismus dahinter

Die punktgenaue Finanzierung wird durch die geplanten Reformen in der Schulverwaltung (Bildungsdirektionen) erstmals bundesweit möglich, weil sowohl die Datenerhebung als auch die Ressourcenzuteilung transparent gemacht werden. Damit eine Chancenindexbasierte Finanzierung möglich ist, müssen die jeweiligen Werte in kleinräumigen Verwaltungseinheiten erhoben werden (Gemeinden, Schulsprengel, einzelne Schulstandorte). Bei Zutreffen dieser Merkmale in einem bestimmten Ausmaß wird die Mittelzuteilung an diesen Standorten nach einer fixen und transparenten Formel erhöht.

Die Erhöhung der Ressourcen für einen bestimmten (Schul-)Standort erfolgt immer mit dem Ziel, dass damit Qualitätsunterschiede, Chancenungleichheit und insbesondere sozioökonomisch bedingte Leistungsdifferenzen zwischen einzelnen Schulstandorten ausgeglichen werden.

Alle stark machen.



Gleich
große
Chance



Unser Chancenindex basiert auf **zwei Indikatoren:**

1. Anteil der Schülerinnen und Schüler, deren Eltern maximal einen Pflichtschulabschluss aufweisen
2. Anteil der Schülerinnen und Schüler mit anderer Erstsprache als Deutsch, inklusive außerordentlicher SchülerInnen

Je nach Indexwert des Schulstandortes erfolgt eine Kategorisierung nach erhöhten sozialen Herausforderungen, von 1 (gering belastet) bis 4 (sehr hoch belastet). Von 2.982 Volksschulstandorten im Schuljahr 2016/17 (inklusive konfessioneller Privatschulen) fallen in Summe 284 Standorte (9,6 Prozent) in die Kategorien 3 und 4. Von 1.087 Standorten der Neuen Mittelschule haben 234 Schulen (21,5 Prozent) einen Indexwert von 3 oder 4. Eine klare Diagnose.



Daher der Plan

Solange die Mittel an die Schulen völlig unabhängig von tatsächlichem Bedarf und problematischen Rahmenbedingungen verteilt werden, bleibt Chancengleichheit ein Lippenbekenntnis. Dabei brauchen gerade die »belasteten« Schulstandorte mehr Geld und Personal, damit der Start ihrer SchülerInnen ins Leben unbelastet erfolgen kann. Der »Chancenindex« bietet dazu die Grundlage.

Zwei – fiktive – Beispiele

Schulen mit schwierigen Voraussetzungen: Im 15. Wiener Gemeindebezirk ist der Anteil an SchülerInnen mit nicht-deutscher Muttersprache überdurchschnittlich hoch, während in der Südoststeiermark viele Kinder aus Familien kommen, in denen noch niemand eine höhere Bildungseinrichtung besuchen konnte. In beiden Fällen ist das Leistungsniveau unterdurchschnittlich.

Der Chancenindex macht es möglich, dass die Schulen mehr Lehrkräfte erhalten, um SchülerInnen individueller und zielgerichteter sprachlich und darüber hinaus zu fördern. Graduell verbessern

sich Lernerfolge und Lehrkräfte haben den Raum und die Möglichkeit, am Schulprofil zu arbeiten. Sie beschließen, aus den Herausforderungen eine Stärke zu machen. Sie richten Sprachlabore und Schnupperkurse für viele der am Schulstandort gesprochenen Sprachen ein oder starten Kooperationen mit Unternehmen und Vereinen aus der Region. Schüler erhalten – in Freifächern und außerschulischen Veranstaltungen – die Möglichkeit, von ihrer Kultur und Geschichte zu erzählen und so mit den MitschülerInnen zu teilen. Das Klima an der Schule

verbessert sich deutlich, SchulsozialarbeiterInnen tragen dazu bei, dass allfällige Konflikte rasch und konstruktiv gelöst werden können. Der Ruf der Schulen wandelt sich, aus ehemaligen Brennpunktschulen werden begehrte Schulstandorte mit Kompetenz und innovativen Schwerpunkten. Na – das ist doch ein wunderschönes modernes Märchen. Oder vielleicht doch eine Tatsachenbeschreibung aus der nahen Zukunft? ■



Schule Vier Punkt Null.

Unsere
**Digital
Natives**
fördern.

Wir wissen zwar nicht, was morgen ist, aber wir können es in manchen Bereichen schon ziemlich gut vorhersagen, wenn wir uns die Entwicklungen der letzten Jahre ansehen. So auch im Bereich der Digitalisierung der Bildung. Klingt bedrohlich, ist es aber nicht. Ganz im Gegenteil – diese Entwicklung ist in vielen Belangen erfreulich! Wenn man die richtigen Maßnahmen für SchülerInnen und LehrerInnen setzt.

In den 70ern kam es in der Ära Kreisky zu ganz zentralen Reformen im Bildungsbereich, die bis heute Gültigkeit haben und zu den großen Errungenschaften unseres Landes und der Sozialdemokratie zählen. 1971 wurde die AHS-Aufnahmeprüfung abgeschafft, die SchülerInnenfreifahrt in öffentlichen Verkehrsmitteln wurde eingeführt. Zudem war Kreisky mit großem Einsatz darum bemüht, für jedes Kind das Anrecht auf eigene Schulbücher durchzusetzen. Daraufhin wurden 1972 die kostenlosen Schulbücher Realität. Eine bahnbrechende Maßnahme.

Reagieren und agieren

Heute stehen wir vor Herausforderungen, die ebenso entschlossene wie weitreichende Reformen und Neuerungen notwendig machen. Die rasch fortschreitende Digitalisierung der vergangenen Jahr-

zehnte hat neue Technologien in unsere Arbeits- und Lebensrealität gebracht und sie radikal verändert. Ihre Auswirkungen auf die Gesellschaft, Wirtschaft und Arbeitswelt von morgen sind weitreichend, allerdings keineswegs klar und leicht vorherzusehen. Vor diesem Hintergrund steht die heutige Bildungspolitik vor der Aufgabe, zu definieren, welche Kompetenzen und Qualifikationen wesentlich sind und SchülerInnen vermittelt werden sollen. Das Wissen um digitale Tools und deren Anwendung entscheidet darüber, ob Kinder einer von digitalen Medien begleiteten Zukunft erfolgreich und sicher entgegengetreten können.

Digitalisierung birgt einerseits das Potenzial, den Zugang zu Informationen und damit den Bildungszugang zu erleichtern und Chancengleichheit zu steigern. Andererseits müssen wir tatsächlich alle Kinder mit den notwendigen Kompetenzen ausstatten, um sie zu »Digital Natives« zu machen. Und hier zeigt sich, dass der »Digital Divide« auch durch Österreichs Klassenzimmer geht: Je höher der Bildungsabschluss der Eltern, desto eher werden digitale Medien für Lernzwecke genutzt. Der

Schule kommt somit eine wichtige Rolle nicht nur bei der Vermittlung der relevanten Kompetenzen, sondern insbesondere bei der Herstellung digitaler Chancengleichheit für unsere SchülerInnen zu.

Das Augenmerk der Maßnahmen liegt auf 4 Bereichen:

Den Kompetenzen der SchülerInnen, der IT-Ausstattung an den Schulen, der LehrerInnenausbildung sowie den Lehr- und Lerninhalten.

1. Kompetenzen stärken

Um schon die Jüngsten entsprechend ihrer Bedürfnisse anzusprechen und sie mit der digitalen Welt vertraut zu machen, wird das bereits erfolgreich angelaufene »Mobile-Learning-Projekt« mit besonderem Fokus auf die Volksschulen ausgebaut. Kinder sollen möglichst früh beginnen, mit digitalen Lehrmitteln umzugehen.

2. Vom Schulbuch zum Tablet

Um die nachhaltige Vermittlung digitaler Kompetenzen und die kritische Auseinandersetzung mit digitalen Inhalten und Tools zur Realität zu machen, braucht es vor allem eines: die notwendige Infrastruktur. Deshalb erhält künftig jedes Kind nach der Volksschule ein Tablet. In der 9. Schulstufe bekommen die Jugendlichen zudem einen Laptop.



Neu mehr Schule

Daher der Plan

Die digitale Welt stellt uns als Gesellschaft immer vor neue Herausforderungen. Umso wichtiger ist es, schon an den Schulen den Umgang damit zu vermitteln und die Chancen, die die Digitalisierung bietet, zu erkennen und zu nutzen – mit (gratis) Tablet und Laptop in der Hand. Von den richtigen Maßnahmen profitieren mehr als 500.000 Schülerinnen und Schüler vom Beginn bis zum Ende ihrer Schullaufbahn.

Diese Ausstattung soll unabhängig vom jeweiligen Schultyp erfolgen, in privaten wie in öffentlichen Schulen. Die Tablets bzw. Laptops gehen in das Eigentum der SchülerInnen über und werden als integrativer Bestandteil im Unterricht, dessen Vorbereitung, bei Hausübungen und bei Recherchetätigkeiten genutzt. Durch die verstärkte Nutzung dieser Geräte entfallen zum Teil nicht zuletzt auch Produktions- und Vertriebskosten für konventionelle Bücher.

Um die Geräte auch wirklich nutzen zu können, werden österreichweit alle Klassen mit WLAN ausgestattet. Damit würden insgesamt 4.686 Schulen bzw. mehr als 46.000 Klassen mit WLAN ausgestattet.

3. LehrerInnenausbildung

Um die Qualität der Wissensvermittlung auch langfristig zu sichern, braucht es neben Hardware-Ausstattung und WLAN insbesondere die Verankerung der Lehr-

und Lerninhalte in den Lehrplänen und Kompetenzanforderungen für LehrerInnen. Durch einen verstärkten Fokus auf die digitalen Skills bei der Aus-, Fort- und Weiterbildung wird PädagogInnen das Rüstzeug vermittelt, um mithilfe dieser digitalen Medien innovativ unterrichten zu können.

4. Lehr- und Lerninhalte

Die Nutzung existierender und im Ausbau befindlicher E-Learning-Plattformen wird parallel dazu forciert. Zudem unterstützt das bestehende Netzwerk »eEducation Schulen« Standorte in ihrer Entwicklung und Erprobung innovativer pädagogischer Konzepte. Der Prozess sollte pädagogisch, fachlich und wissenschaftlich durch das Bildungsministerium sowie die pädagogischen Hochschulen (in Kooperation mit Universitäten) begleitet werden. Die Umsetzung der angeführten Maßnahmen kann bereits mit dem Schuljahr 2018/19 eingeleitet werden.

Kurzer Ausflug ins Jahr 2020

Lina, 12, packt heute nicht ihre Schultasche. Sie schnappt sich ihr Tablet, auf dem alle Schulbücher und relevanten Inhalte gespeichert sind, und startet in den Schultag. Das Geschleppe gehört glücklicherweise der Vergangenheit an. Anstatt Frontalunterricht geht es viel stärker darum, Kompetenz im Recherchieren, selbstständigen Bewerten und Aneignen von Information und Wissen zu erlangen. Lina ist außerdem angehalten, im Team zusammenzuarbeiten und erhält statt einer fixen »Fülle« an Wissen das Rüstzeug und den Rahmen dafür, mit der exponentiell anwachsenden Menge an Information und Daten kompetent umzugehen und sie für sich zu nutzen. Eine internationale Kooperation ihrer Schule wird ebenso dazu genutzt, ihren Horizont zu erweitern und sie auf die digitale Arbeitswelt vorzubereiten. Klingt also auch nicht schlecht, was aus der Zukunft kommt. ■

Der Lehre alle Ehre.



Österreich investiert sehr viel Geld in höhere Schulausbildungen. Gleichzeitig wird immer davon gesprochen, von welcher enormer Wichtigkeit der Lehrberuf sei. Dabei sind die Ungleichheiten noch immer viel zu groß – beginnend bei den Ausgaben der öffentlichen Hand bis hin zu individuellen Nachteilen, mit denen Lehrlinge im Vergleich zu SchülerInnen zu kämpfen haben. Höchste Zeit, dem entgegenzuwirken und jene jungen Menschen, die glücklicherweise einen Lehrberuf ergreifen, ruhig einmal zu den »Liebkindern« unseres Landes zu machen. Wir werden sie dringender brauchen als je zuvor.

So sieht's aus

Rund 40 Prozent der Jugendlichen beginnen nach der Pflichtschule eine Lehre. Das hat auch einen wichtigen positiven Effekt auf die gesamte Volkswirtschaft: Denn das System der Lehrausbildung trägt wesentlich zur niedrigen Jugendarbeitslosigkeit bei – der Abschluss einer Lehre senkt das Risiko, arbeitslos zu werden, auf weniger als ein Drittel gegenüber Personen ohne Berufsausbildung. Die Berufsschulausbildung kostet die öffentliche Hand jährlich 570 Millionen Euro,

170 Millionen werden in die überbetriebliche Lehrausbildung investiert.

Die betriebliche Lehrstellenförderung beläuft sich auf rund 165 Millionen Euro, davon gehen 78 Prozent in die so genannte »Basisförderung«. Die Betriebe erhalten im ersten Lehrjahr drei Monatsgehälter, im zweiten Lehrjahr zwei Monatsgehälter und im dritten und vierten Lehrjahr jeweils ein Monatsgehalt als Basisförderung. Im Jahr 2015 wurden in Österreich 109.963 Lehrlinge ausgebildet, davon 8,5 Prozent

diese Entwicklungen verantwortlich gemacht werden. Denn wir investieren Jahr für Jahr beträchtliche Beträge in eine sehr gute Schulausbildung, aber deutlich weniger Geld in eine ebensolche Lehrausbildung. So ist uns ein/e SchülerIn einer berufsbildenden mittleren und höheren Schule im Schnitt 11.000 Euro »wert«, jene/r einer AHS-Oberstufe 9.300, ein Lehrling hingegen nur 8.400 Euro. Das steht im klaren Widerspruch zu allen unseren Grundsätzen bezüglich Gleichheit und muss dringend behoben werden – mit

Heute sind uns SchülerInnen mehr »wert« als Lehrlinge. Das steht im klaren Widerspruch zu allen unseren Grundsätzen bezüglich Gleichheit und muss dringend behoben werden.

in überbetrieblichen Lehrausbildungen. Die Anzahl der Lehrlinge ist leider seit Jahren in allen Bundesländern (außer Wien) stetig rückläufig, der Rückgang betrug in den letzten 10 Jahren fast 16 Prozent. Ein Grund dafür liegt in der demographischen Entwicklung: Die Alterskohorte ist in diesem Zeitraum um rund 12 Prozent geschrumpft.

Die Demografie bildet aber nur einen Teil der Wahrheit ab und kann nicht allein für

Maßnahmen für eine starke Aufwertung der Lehrausbildungen und erheblichen Mehrinvestitionen in gute Lehrausbildung, die direkt bei den Lehrlingen ankommen. Denn Lehrlinge sind uns genau so viel wert wie MaturantInnen. Mit der Ausbildungspflicht bis 18 und der Ausbildungsgarantie bis 25 garantieren wir jedem jungen Menschen grundsätzlich Zugang zu einer hochwertigen Ausbildung wie eben auch einer Lehrausbildung.



Lehre machen

und gut lachen.

Daher der Plan

Einen Lehrberuf zu ergreifen ist eine Entscheidung, die ein hohes Maß an Unabhängigkeit und guten Perspektiven bedeuten kann. Ebenso ist sie von gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Relevanz. Dem Anspruch auf Gleichstellung mit SchülerInnen wird das jedoch nicht gerecht. Zeigen wir unseren Lehrlingen, wie sehr wir sie schätzen. Und gehen wir die längst überfälligen Schritte.

Der Bundeskanzler beim Werksbesuch der Firma Borealis in Oberösterreich.

Führerschein gratis

Lehrlinge sollen die Möglichkeit haben, im Rahmen der Berufsschule kostenlos den Führerschein zu machen. Warum? Weil regional unterschiedliche Arbeitsmarktentwicklungen flexible und mobile ArbeitnehmerInnen brauchen. Der Führerschein ist für viele Berufsgruppen ohnehin eine erforderliche Qualifikation, so erhöhen wir massiv die Mobilität junger Menschen.

Sprachmonat

Gute Fremdsprachenkenntnisse und internationale Erfahrungen werden im Berufsleben immer wichtiger – das gilt natürlich auch für Lehrberufe. Daher wollen wir Lehrlingen in Zukunft Sprachkurse im Ausland von bis zu 4 Wochen Dauer ermöglichen und finanzieren. Und natür-

lich wird die aufgewendete Zeit auf die Lehrzeit voll angerechnet.

Lehrabschluss

Von allen Lehrlingen, die in einem Betrieb die volle Lehrzeit absolvieren, treten 4,5 Prozent nie zur Lehrabschlussprüfung an, weitere 4,5 Prozent schaffen sie nicht. Derzeit finanziert der Bund im Rahmen der betrieblichen Lehrstellenförderung Vorbereitungskurse zur Abschlussprüfung bis maximal 250 Euro, obwohl viele Kurse deutlich teurer sind (z. B. Elektrotechnik 990 Euro). In Zukunft sollen im Rahmen der betrieblichen Lehrstellen-

förderung die vollen Kosten übernommen werden. Davon profitieren 20.000 Lehrlinge pro Jahr.

Fachhochschulen

Bereits jetzt können sich an den meisten Fachhochschulen in Österreich Personen mit facheinschlägigen Lehrabschlüssen auch ohne Matura bewerben. Das soll weiter forciert werden – etwa über die Einrichtung eines eigenen Fördertopfes für nicht-traditionelle Studierende: Wir schaffen finanzielle Anreize für Fachhochschulen, auch Personen mit einschlägigem Lehrabschluss als Studierende aufzunehmen, sowie zusätzliche Unterstützungsmaßnahmen wie kostenfreie Vorbereitungskurse für die Aufnahmeprüfung für StudienwerberInnen mit Lehrabschluss. ■



Natur pur.



Wir leben längst in einer digitalisierten Welt. Und Digitalisierung verändert und beeinflusst unser Leben – auf gesellschaftlicher, politischer wie wirtschaftlicher Ebene. Doch wie sieht es eigentlich aus mit dem digitalen Morgen? Gibt es ausreichend ausgebildete, qualifizierte Arbeitskräfte, um den Ansprüchen einer digitalen Zukunft gerecht zu werden?

Nachwuchs dringend gesucht

MINT ist eine zusammenfassende Bezeichnung von Unterrichts- und Studienfächern sowie Berufen aus den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik. Die Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften ist gerade in diesem Bereich entsprechend hoch. Doch gerade in den letzten Jahren zeichnet sich ein weltweiter Mangel an qualifiziertem, also bestens ausgebildetem Personal ab. Laut einer UnternehmerInnenbefragung können in Österreich rund 47 Prozent der freien Stellen im IT-Bereich nicht qualifiziert besetzt werden.

Weniger wirtschaftliches Hemmnis

Die technisch-naturwissenschaftlichen Fächer zählen zu den wichtigsten Grundausbildungen für eine digitalisierte Wirtschaft. In Österreich gibt es derzeit pro Jahr knapp 11.000 HTL-AbsolventInnen und rund 17.000 MINT-AbsolventInnen an Universi-

täten und Fachhochschulen. Für ein Studium im naturwissenschaftlichen Bereich entscheidet sich jedoch nur ein Viertel aller Studierenden, davon mehrheitlich Männer. Was daraus resultiert ist – auch nach Angaben der OECD – ein unzureichendes Angebot an AbsolventInnen naturwissenschaftlicher Studienfächer.

Die Herausforderung und die Chancen

Wenn also die Nachfrage an naturwissenschaftlichen Studienfächern zu gering ist, muss einerseits Ziel sein, das Interesse zu wecken und gerade bei jungen Menschen konkret zu fördern. Insbesondere Mädchen und Frauen sind hier die Zielgruppe. Andererseits muss in attraktive Ausbildungsplätze investiert werden. Ausbildungsplätze, die Voraussetzungen schaffen, damit Studierende letztendlich als hochqualifizierte Arbeitskräfte am Arbeitsmarkt reüssieren.

Es sind keine 5 Prozent, von denen wir sprechen. Auch keine 10. Wir sprechen von einem klaren Plus von 30 Prozent. Oder in absoluten Zahlen ausgedrückt: von einer Steigerung von derzeit 17.000 auf 22.000 MINT-AbsolventInnen pro Jahr. 5.000 AbsolventInnen mehr für ein Mehr an Innovationskraft. Ein Plus von 30 Prozent würde gleichzeitig auch Platz 1 für Österreich unter den OECD-Ländern in puncto MINT-AbsolventInnen bedeuten.

Daher der Plan

Wollen wir »MINT meistern«, müssen wir uns ambitionierte Ziele setzen. Das tun wir und wollen ein Plus von 30 Prozent an AbsolventInnen von Universitäten und Fachhochschulen pro Jahr erreichen. Das heißt: eine Reihe von konkreten Maßnahmen umsetzen und anfangen anzupacken.



Setzen wir konkrete Maßnahmen, um die Zahl der MINT-AbsolventInnen an Universitäten und Fachhochschulen zu heben:

1. Zahl der InteressentInnen steigern

- *Forcierung zielgruppenspezifischer Informationsprogramme:* Programme speziell für junge Frauen stärken – z.B. »Girls' Day« und »FIT – Frauen in die Technik«
- *»Corporate Educational Responsibility« fördern:* Unternehmen in die Förderung des MINT-Nachwuchses in ihrer Region einbinden, z. B. in Form finanzieller Unterstützung der MINT-Fachbereiche an Bildungseinrichtungen oder durch Kooperationsprojekte (wie Schnupperlabore)
- *Förderung von Praktika in Unternehmen:* Gründung lokaler Tech-Labs: Kooperationen zwischen Schulen, Kindergärten und Clustern von lokalen Unternehmen forcieren

2. MINT-Unterricht an Schulen

- Verbesserung der Didaktik-Ausbildung von MINT-LehrerInnen
- Neue, kompetenzorientierte Lehrpläne und Unterrichtskonzepte für MINT-Unterricht an den Schulen

3. Mehr Ausbildungsplätze an Unis & FHs

- Schaffung von 5.000 zusätzlichen Ausbildungsplätzen in MINT-Fächern.

4. Erhöhung der Durchlässigkeit Lehre & FH

Bereits jetzt können sich an den meisten Fachhochschulen Personen mit facheinschlägigen Lehrabschlüssen auch ohne Matura bewerben.

Das soll in Zukunft noch weiter forciert werden – etwa über die Einrichtung eines Fördertopfes für nicht-traditionelle Studierende, der finanzielle Anreize für Fachhochschulen schafft, Personen mit einschlägigem Lehrabschluss als Studierende aufzunehmen (siehe dazu auch das Kapitel zum Thema »Aufwertung der Lehre« ab Seite 68).

Machen wir unsere Studierenden und unser Land also fit für einen Bereich, dem schon heute die Zukunft gehört. ■



Da entwickelt sich was.



Forschung & Entwicklung sind notwendige Bedingungen für die Innovationskraft einer Wirtschaft. Wer forscht, entwickelt. Aus Entwicklung entsteht Innovation. Oder anders ausgedrückt: Forschung & Entwicklung sind ein treibender Motor für die Stärkung des Standortes und wichtige Faktoren für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung eines Landes. Wie sieht es aus mit dem Forschungsstandort Österreich?

Es ist ein breites Feld verschiedenster Themen und Disziplinen, verschiedenster Arten der Forschung – zu finden in unterschiedlichen Institutionen und Bereichen. Ob Grundlagenforschung, angewandte Forschung oder Produktentwicklung: Eines haben sie gemeinsam. All diese Bereiche und Institutionen zusammen schaffen ein Ökosystem, das dazu beiträgt, ein großes Ganzes aufrecht zu erhalten. Sofern sie funktionieren. Für sich alleine und miteinander im System. Als Gesamtsystem.

Doch damit nicht genug. Um so ein Gesamtsystem in seinem Bestehen zu erhalten und in seinen Bestrebungen voranzutreiben, gehört einiges dazu. Das Schlüsselwort heißt Optimierungen. Das betrifft zum Beispiel die Finanzierung der Forschung oder des Universitätssystems und – last but not

least – auch den Bereich Ausbildung an Universitäten und Fachhochschulen.

Nachgeforscht

Die so genannte Forschungsquote (Forschungsausgaben in Prozent des Bruttoinlandsproduktes) liegt in Österreich bei derzeit rund 3,10 Prozent. Dieser Wert entspricht 10,5 Milliarden Euro Gesamtausgaben pro Jahr. 64 Prozent davon kommen aus dem privaten Bereich. Rund 36 Prozent, also 3,83 Milliarden, aus öffentlichen Mitteln (Österreich, EU).

Jener Bereich, der laut dem aktuellen Bericht des Rechnungshofes dringend optimiert werden muss, ist der Bereich der Abwicklung. Viele Förderstellen, noch mehr Abteilungen, kleinteilige Strukturen und ein gewaltiger Verwaltungsapparat machen die Koordination untereinander und die Abwicklung der Projekte nicht gerade einfach. Effizienz ist gefragt.

Konkret gibt es in Österreich derzeit zehn Förderstellen auf Bundesebene und 14 Förderstellen auf Landesebene, die Forschungsprojekte für die öffentliche Hand abwickeln. Mit Forschungsfragen direkt oder indirekt befasst sind 216 verschiedene Abteilungen der öffentlichen Verwaltung in Bund und Ländern.

Ganzheitliche Forschungsstrategie mit klaren Zielvorgaben:

1. Systemreform:

Erstes Ziel ist eine Systemreform für höchstmögliche Fördereffizienz. Dabei geht es um Effizienzsteigerungen sowohl im Abwicklungsbereich als auch in der Verwaltung bei der Auswahl und Betreuung der Forschungsfragen.

2. Synergien:

Zweites Ziel ist die Ausrichtung der angewandten Forschung auf Synergien mit der produzierenden Wirtschaft in Österreich. Mithilfe von Forschung und Innovation soll die industrielle Wertschöpfung in Österreich ausgebaut werden. Dazu braucht es eine klare Fokussierung der Ressourcen auf konkrete Themenbereiche, in denen die österreichische Wirtschaft besondere Stärkefelder hat.

3. Mehr ist einfach mehr:

Drittes Ziel ist die Erhöhung der F&E-Quote auf 3,76 Prozent. Damit würde Österreich weit vor allen anderen EU-Staaten liegen (Finnland 2,9 Prozent, Schweden 3,26 Prozent, Deutschland 2,87 Prozent).



Luftige

***Höhen
erklimmen.***

Ziele sind gut, Umsetzungsansätze und Umsetzungsansätze noch besser.

In erster Linie geht es darum, im Zuge einer Systemreform den Fokus auf zukunfts-trächtige Forschungsthemen zu legen. Diese Systemreform soll optimale Rahmenbedin-gungen für eine gesamtstaatliche Entwicklung Österreichs schaffen. Und sie soll das stabile Gerüst für eine optimale Vernetzung zwischen Wirtschaft und Wissenschaft sein.

AUF LOS GEHT'S LOS



Forschung & Innovation sind essentielle Faktoren für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung eines Landes. Lassen Sie uns vorstoßen in eine chancen-reiche und wettbewerbsfähige Zukunft Österreichs. Lassen Sie uns Synergien mit der österreichischen Produktionswirtschaft schaffen und effizient nutzen. Ganz konkrete Maßnahmen wie die Erhöhung der F&E-Quote in Österreich oder die Optimierung von Verwaltungsprozessen tragen dazu bei. Das sind unsere klaren Ziele – ausgedrückt in klaren Worten.



Konkret haben wir dazu drei Punkte erarbeitet:

1. Die Systemreform & was wir damit erreichen wollen:

- Die Reduktion der Förderstellen auf Bundesebene von derzeit zehn auf drei zur Schaffung von Synergien: Ziel ist jeweils eine einzige Förderstelle für Grundlagen-, angewandte Forschung und Unternehmensfinanzierung.
- Reduktion der Verwaltungsabteilungen (dzt. Bund 113, Länder 103) durch ein Zusammenlegen der Forschungsagenden von BMVIT, BMWFW und BMLFUW.
- Strikte Überprüfung der Verwendung der staatlichen »Forschungsprämie« für Unternehmen
- In Zukunft sollen alle Gebietskörperschaften Förderungen (ab einer gewissen Grenze) verpflichtend veröffentlichen. Das schafft Transparenz und vermeidet überdies Doppelförderungen.
- Ausgewogene Mischung von Geldern für Grundlagenforschung: Im Universitätsbereich soll ein geringerer Anteil der öffentlichen Mittelzuweisung als Basissubvention und im Gegenzug ein höherer Anteil über Leistungsvereinbarungen und wettbewerbliche Mittelvergabe vergeben werden.

3. Erhöhung der F&E-Quote

- Steigerung der Forschungsausgaben in Österreich um 0,66 Prozentpunkte auf 3,76 Prozent des BIP
- Vorgesehen ist, dass ein Drittel der Steigerung von der öffentlichen Hand kommt und zwei Drittel von privater Seite gehebelt werden können (z. B. durch Erhöhung der Forschungsprämie für Unternehmen).
- Diese Steigerung des »Inputs« muss gleichzeitig mit besserer Kontrolle und Evaluierung des »Outputs« einhergehen: Welche Wirkung erzielt die öffentliche Hand mit diesen Forschungsausgaben?
- Schon heute liegt der Forschungsstandort Österreich mit einer Forschungsquote von mehr als 3 Prozent am BIP über dem EU-Schnitt. Zündende Ideen für marktreife Produkte und Dienstleistungen brauchen effiziente Fördermodelle. Mit unseren Zielen und Maßnahmenplänen leisten wir konkrete Beiträge für erfolgreiche Forschungsleistungen im erfolgreichen Umfeld.

2. Fokussierung auf relevante Themenbereiche:

- Die thematische Schwerpunktsetzung bei der angewandten Forschung soll zentral durch das »Forschungsministerium« erfolgen. Hauptkriterium bei der Auswahl der Themen muss die Wachstums- und Beschäftigungswirkung sein – unter Berücksichtigung der Synergien mit den Stärken der österreichischen Produktionswirtschaft.
- Derzeit liegt der Forschungsfokus auf den vier Themen Energie- und Umwelttechnologie, Mobilität und Infrastruktur, Intelligente Produktion und Industrie 4.0 sowie Informations- und Kommunikationstechnologien (inkl. Mikroelektronik), die auch die Stärken der österreichischen Industrie widerspiegeln. Diese Schwerpunktsetzungen sollen in regelmäßigen Abständen durch das Forschungsministerium evaluiert und gegebenenfalls angepasst werden. Ziel ist eine einheitliche Strategie für ganz Österreich, die Bund und Länder umfasst.
- Konzentrieren wir uns auf diese Bereiche, damit wir aus guten Leistungen Spitzenleistungen machen bzw. Spitze bleiben.

Unideen!



Wer Zugang zu neuesten Entwicklungen hat, ist entschieden im Vorteil. Regionen mit erstklassigen Hochschulen sind immer ein internationaler Anziehungspunkt für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft. Wer also die Möglichkeit hat, selbst zu forschen und auszubilden, profitiert auf ganzer Linie, wirtschaftlich, im globalen Wettbewerb. Für ein kleines Land wie Österreich ist Wissen ein unverzichtbares Kapital, auf das wir in Zukunft noch mehr bauen müssen.

Das »Global Competitiveness Ranking« beurteilt alljährlich die Wettbewerbsfähigkeit in 138 Ländern. Österreich liegt bei der Qualität der Ausbildung an Unis und FHs nur an 27. Stelle. Hinter Ländern wie Estland, Libanon, Malaysia oder Island. Ein Grund dafür ist der Faktor Ausbildung, wo Österreich hinterherhinkt. Denn wer die österreichischen Hochschulen beim »Times Higher Education World Reputation Ranking« finden will, muss auf der Liste noch weiter nach unten blicken. Hier stehen erneut amerikanische und britische Hochschulen an der Spitze, jedoch keine österreichische Uni unter den Top 100. Beste heimische Universität ist derzeit die Uni Wien auf Platz 161. Auch wenn sich Spit-

zenleistungen in einzelnen Fächern finden, im Allgemeinen mangelt es im internationalen Vergleich vor allem an der entsprechenden finanziellen Ausstattung – mit der

allen aber gilt es, politische Blockadehaltungen aufzubrechen, denn Ziel ist es, drei österreichische Universitäten in die Gruppe der Top 100 der Weltbesten zu katapultieren. Dafür braucht es ein Bündel an Maßnahmen. Immerhin geht es darum, die Universitäten nicht nur für Forschende und Lehrende, sondern auch für Studierende wieder fit zu machen.

Ziel ist es, drei heimische Universitäten in die Top 100 der Weltbesten zu katapultieren.

Folge, dass auch Studierende gerade in stark überlaufenen Fächern auf Grund schlechter Betreuungsverhältnisse und überfüllter Hörsäle wenig zu jubeln haben.

Aufbruch zur Spitze

Was die Universitäten generell betrifft, muss Österreich im internationalen Vergleich also noch ein wenig nachsitzen, vor

1. Exzellenzinitiative

Ganz nach dem Vorbild der deutschen Exzellenzinitiative könnten auch in Österreich Exzellenzcluster dafür sorgen, Wissenschaft und Forschung zu fördern. Dabei werden hervorragende WissenschaftlerInnen zu einem Thema von gesellschaftlicher oder wirtschaftlicher Relevanz an einem Standort zusammengebracht. Ziel



Hohes Gut
Hoch-
schulen



Wir müssen in die

Top 100



sind zehn Cluster im Vollausbau. Diese werden vom Staat bezahlt und in einem Wettbewerb der Universitäten an die besten vergeben, die sich thematisch mit den fünf Start-up-Clustern decken.

In einer zweiten Stufe können sich jene 10 Universitäten mit einem Exzellenzcluster um eine weitergehende und größere öffentliche Förderung bemühen. Diese sogenannte »Exzellenzprämie« ermöglicht eine tiefgreifende Umstrukturierung der gesamten Universität, um sich langfristig gesehen auf bestimmte Themengebiete zu spezialisieren und sich dadurch vom Rest abzuheben.

Diese »Exzellenzprämie« wird wiederum an die besten vier Universitäten im Wettbewerb vergeben. Parallel zu dieser Form der Forschungsförderung ist vorgesehen, die Lehre sowie die Mittelausstattung aller Universitäten in Österreich zu gewährleisten und eine entsprechende Finanzierung sicherzustellen.

Mehr Lehrpersonal an Österreichs Universitäten. Das ist nur mit einer Ausweitung des Hochschulbudgets und einer Steuerung der Studienplätze möglich.

2. Betreuungsverhältnisse verbessern – Studienplatzfinanzierung

Wieder mal zu spät dran. Der Hörsaal ist voll und der Termin für das langersehnte Seminar aussichtslos überbucht. Lange Studienzeiten, hohe Dropout-Raten und viel zu viele Studierende in einigen stark fragten Studienrichtungen: das ist die Realität. Weiteres Ziel ist daher, die »Staff-to-student-Ratio« zu verbessern. Das heißt: mehr Lehrpersonal pro Studierende an Österreichs Universitäten. Und das ist nur mit einer Ausweitung des Hochschulbudgets möglich. Genug der Theorie, es muss

eine klare Steigerung der budgetären Mittel in Richtung 2 Prozent des BIP geben. Das geht Hand in Hand mit einer generellen Strukturreform an den Unis und insbesondere mit der Einführung eines Systems zur Studienplatzfinanzierung. So soll das derzeitige Finanzierungssystem nicht nur transparent und nachvollziehbar werden, sondern vor allem sicherstellen, dass jeder Studienplatz auch wirklich ausfinanziert ist. Um die Kapazitäten an den österreichischen Universitäten auszubauen, die Betreuungsverhältnisse zu verbessern und die Studienqualität zu steigern, braucht es aber auch eine stärkere Steuerung der Studierendenflüsse seitens der öffentlichen Hand sowie



Daher der Plan

Ganz nach dem Vorbild der deutschen Exzellenzinitiative muss auch Österreich dafür sorgen, Wissenschaft und Forschung zu fördern. Es geht generell darum, finanzielle Rahmenbedingungen zu schaffen, die ein Studium für alle erst ermöglichen und attraktiv machen. Dafür müssen Stipendien erhöht und Zugangsregelungen neu gestaltet werden. Es müssen Anreize geschaffen werden, künftige Studierende für neue Studienrichtungen zu begeistern und die Dropout-Rate zu senken.
Das ist der Plan.

eine Verbesserung des Beratungsangebotes für die Berufs- und Studienwahl, parallel zur Aufstockung der Mittel.

Dabei geht es immer noch um Studienklassiker, die stärker frequentierten Studiengänge, in denen das Betreuungsverhältnis demnach besonders schlecht ist. Im Gegensatz zur aktuellen Situation könnte sich die Zahl der Studienplätze (unter Einbeziehung jährlich steigender Studierendenzahlen) von einer Mindestzahl zu einer Maximalzahl wandeln, die sich an der aktuellen AbsolventInnenzahl zuzüglich einer Dropout-Rate orientiert. Das steigert die Studienqualität.

Gleichzeitig braucht es aber auch ein klares Bekenntnis, gerade zukunftssträchtige Studienfächer – wie die MINT-Fächer – besser zu finanzieren und auszubauen. Denn hier braucht es nicht weniger Studierende, sondern dringend mehr AbsolventInnen (siehe dazu den Artikel zur MINT-Initiative ab Seite 70).

Beste Köpfe statt reicher Eltern

Aber klar ist: Wer studieren möchte, soll das auch tun können. Es geht um Leistungsselektion statt sozialer Selektion. Der gebührenfreie Hochschulzugang an den Universitäten muss daher auch erhalten bleiben – eine wichtige Errungenschaft, die den Zugang zu den Unis unabhängig vom Einkommen der Eltern ermöglicht. Denn was nützt es Studierenden, wenn sie aufgrund von Intelligenz, Talent und Fleiß studieren könnten, ihnen dazu aber das Geld fehlt?

1. Ausbau der Studienbeihilfe

„Wer in Österreich nicht auf die Finanzkraft der Eltern bauen kann oder über einen guten Nebenjob verfügt, muss hoffen, über das Studienbeihilfesystem Unterstützung zu bekommen. Soweit die Theorie.“

In der Praxis sieht es ganz anders aus. Berufstätigkeit von Studierenden ist zur Regel geworden und die soziale Lage der Studierenden verschärft sich zusehends. Vor allem die steigenden Lebenshaltungskosten, im Besonderen die Wohnkosten, sind belastend. Nur wenige haben in Österreich Anspruch auf Beihilfe. Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt, dass der Kreis der Anspruchsberechtigten sinkt. Wobei gerade die Studienbeihilfe dazu beitragen kann, die soziale Durchmischung an den Universitäten zu fördern. Auch hat seit Langem keine Valorisierung der Studienbeihilfe stattgefunden. Seit Jahren sinkt dadurch die Anzahl jener Studierenden, die eine Förderung beziehen, wie auch die Höhe der Stipendien an sich.

Was es konkret bedeutet:

- Die Einkommensgrenzen müssen in einem ersten Schritt valorisiert werden.
- Die 2007 vorgenommene Anpassung mit einem Inflationszuschlag von 12 Prozent bezieht sich aktuell nur auf die Erhöhung der Auszahlungsbeiträge. Hier muss



Uni mal anders gedacht

Warum nicht auch Neues ausprobieren – wie etwa den Start eines Pilotprojektes? Und das betrifft vor allem die Bachelorstudien, die aktuell in viele einzelne Studiengänge zersplittert sind. Im Sinne der Umsetzung der Bologna-Reform sollen hier die Bachelorstudien in größere Studiengruppen zusammengeführt werden: Naturwissenschaft, Medizin, Kunst, Wirtschafts- und Geisteswissenschaften.

Je nach Studiengruppe entscheidet die öffentliche Hand, wieviele Studienplätze finanziert werden. Ein solches System würde die spätere und spezialisierte Studienwahl für Studierende einfacher machen, gleichzeitig aber die fachliche Vermittlung von Inhalten in der Bachelor-Phase sichern.

Kluge Köpfe gehören klug gefördert. Mentoring- und Betreuungsprogramme beispielsweise sollen gezielt Schülerinnen und Schüler aus bildungsfernen Schichten fördern.

rasch auch die Erhöhung der Anspruchsgruppe an Stipendien- bzw. BeihilfenbezieherInnen vorgenommen werden. Dabei soll der Zuschlag bereits bei der Berechnung der Studienbeihilfe wirksam werden. Damit soll es auch mehr BezieherInnen geben.

2. Einführung von First-Academics-/Affirmative-Action-Programmen

Kluge Köpfe gehören klug gefördert. Mentoring- und Betreuungsprogramme beispielsweise sollen gezielt vielversprechende Schülerinnen und Schüler aus bildungsfernen Schichten fördern. Jede Universität/Hochschule stellt zukünftig eine gewisse Anzahl an Studienplätzen für diese Programme bereit. Klingt vielversprechend, ist es auch. So gelingt auch eine bessere soziale Durchmischung – gerade in stark frequentierten und ökonomisch ertragreichen Studienrichtungen wie Medizin, Rechtswissenschaften, Wirtschaftswissenschaften und in technischen Stu-

dien. Als PartnerInnen der Studierenden können dabei höhersemestrige Studierende fungieren, oder aber auch speziell ausgebildete TutorInnen.

Wissensvorsprung durch Erfahrungsaustausch ist der Schlüssel. Andere Länder zeigen, wie die Dropout-Rate gesenkt werden kann.

3. Frauen und die Technik

Frauen in technischen Studienrichtungen galten lange Zeit als entweder gar nicht vorhanden bzw. wenn vorhanden, dann als sehr spezielle Ausnahmen. Nicht nur in den Köpfen der Männer. Spezielle Initiativen wie »Frauen in die Technik« haben dieses Image zum Glück zurechtgerückt und die Hemmschwelle gesenkt. Und obwohl die Hörsäle der geisteswissenschaftlichen Studienfächer immer noch vor allem mit jungen Frauen gefüllt und in technischen Studienfächern überwiegend junge Männer anzutreffen sind, hat sich die Geschlechterverteilung verbessert. Gezielte Förderprogramme können zur besseren Durchmi-



Klingt

vielver
 sprechend

 Ist es auch!

schung der Studierenden beitragen. Das Aufbrechen von Geschlechterstereotypen bei der Studienwahl ist ein weiteres Ziel.

4. Leichter Zugang für Personen mit Lehrabschluss

Studieren ohne Matura ist möglich. An den meisten Fachhochschulen können sich Personen mit facheinschlägigen Lehrabschlüssen auch ohne Matura bewerben. Studieren ohne Matura soll in Zukunft forciert werden. Maßnahmen dazu gibt es bereits, wie etwa die Einrichtung eines Fördertopfes für nicht-traditionelle Studierende. Mehr dazu lesen Sie im Artikel zum Thema »Lehre« ab Seite 68.

Was es konkret bedeutet:

Wir wollen gezielte Angebote für Berufstätige schaffen und somit auch ein lebenslanges Lernen ermöglichen und unterstützen. Was es dazu braucht, ist einerseits der Ausbau von berufsbegleitenden Studien an Universitäten, die aktuell kaum vor-

handen sind. Andererseits müssen auch Aufbau- und Kurzstudienangebote geschaffen werden. Beide Initiativen unterstützen Personen, die bereits im Arbeitsleben stehen und/oder über den zweiten Bildungsweg studieren wollen. Denn jeder zweite Bildungsweg verbessert Qualifikationen.

Wir wollen interaktives Lernen auf höchstem Niveau forcieren. Open and Distance Learning und Online-Angebote wie »Coursera« und »Udacity« zeigen, dass und wie es möglich ist, kostenfrei und einfach über Netzvorlesungen an der Vermittlung wissenschaftlicher Inhalte teilzuhaben.

Schaffen wir doch faire Chancen für alle. Erhöhen wir die soziale Durchlässigkeit, erneuern wir die Studienbeihilfe und ebnen wir auch Berufstätigen den wichtigen Zugang zur Weiterbildung. Die Kapazitäten an den österreichischen Universitäten gehören ausgebaut, die Betreuungsverhältnisse verbessert und die Studienqualität gesteigert. ■

Orientierungshilfen

Viele SchülerInnen wissen bereits vor der Matura ganz genau, welches Studium sie ansteuern. Andere haben gar keinen Plan. Meistens inskribieren sie dann jene Studiengänge, die ihre FreundInnen belegen oder die gerade richtig angesagt sind. Oder sie entscheiden sich für Dauerbrenner. Die guten alten Klassiker unter den Studienangeboten: Publizistik, Medizin, Wirtschaft. Neben Karrieremessen, die über Beruf, Studium und Weiterbildung informieren, braucht es weitere Entscheidungshilfen. Maßnahmen, um Studierende von morgen schon heute in die richtigen Bahnen zu leiten.

Modern mit der Zielgruppe reden

MOOCs – also Massive Open Online Courses – beziehungsweise Kurzvideos sollen künftigen Studierenden bei der Auswahl helfen. Sie zeigen die wichtigsten Inhalte und Berufsmöglichkeiten und werden von Studierenden, AbsolventInnen oder Lehrenden erstellt. Eine richtig gute Möglichkeit, sich zu orientieren, Berufe zu erkunden und Vorurteile über Studienbilder aufzubrechen. Aber auch sinnvoll, um alternative Studienwege aufzuzeigen bzw. attraktiver zu machen. Die Online-Plattform whatchado.com macht seit fünf Jahren erfolgreich vor, wie es funktioniert. Durch Storytelling.

Live und online sein

Über Live-Übertragungen von Einführungsveranstaltungen sollen sich SchülerInnen und StudienanfängerInnen ein reales Live-Bild der Studienverhältnisse und Studieninhalte machen. Auch das ist bereits vielerorts gelebter Alltag. Ausbau geplant.

Infos rund um die Uhr

Eine bundesweite Studieninsktions-Plattform soll den Weg zum Traumstudium ebnen. Und Alternativen aufzeigen. Dort können SchülerInnen alle wichtigen Infos zu sämtlichen Studien österreichweit nachlesen: einfach, verständlich und einheitlich aufbereitet. Dabei geht es um Transparenz und um die Möglichkeit, rund um die Uhr uneingeschränkter Zugang zu Informationen zu bekommen. SchülerInnen können sich darüber informieren, welche Inhalte im Curriculum des jeweiligen Studiums enthalten sind, welche Fristen bei der Inskription eingehalten werden müssen und welche Verpflichtungen sie haben.



**Mein Projekt ist,
die Hoffnung zu
nähren und nicht
die Sorgen und
Angste.**

On the Road

**Erlebnis
Politik!**

**Vom Poly über FH bis
zur Bildungsmesse.**



Falsches Sparen ist ungesund.



Sprechen wir im übertragenen Sinne: Unser Gesundheitssystem ist eines der besten der Welt – aber dennoch muss es wieder einmal ein bisschen mehr auf sich schauen. Es ist nicht wirklich krank, aber auch nicht topfit. Es sollte nur seinen derzeitigen Lebenswandel ein wenig überdenken. Ein Plädoyer für Reformen.

Ein Faktum, das nicht nur auf den ersten Blick beinahe absurd wirkt: unterschiedliche Leistungen bei gleichen Beiträgen. Das reicht von der gynäkologischen Ultraschall-Untersuchung, die von einzelnen Kassen nicht bezahlt wird, über unterschiedliche Selbstbehalte und Zuschüsse bei Zahnleistungen (BVA-PatientInnen bekommen etwa zur Mundhygiene einen Zuschuss in der Höhe von 35 Euro) bis hin zu unterschiedlichen Zuschüssen bei Psychotherapie von 21,80 bis 50 Euro.

Leistungen angleichen, Selbstbehalte streichen

Während Mario L., selbstständiger Grafikdesigner, für seine Gastroskopie in einer

Kassenpraxis 20 Prozent Selbstbehalt zahlen muss, spart sich Frau K., Bankangestellte, dort diese 31,84 Euro. Allesamt

OECD. Dennoch gibt es bei MRT-/CT-Untersuchungen zum Teil lange Wartezeiten, die PatientInnen in die Privatzah-

Dinge, die die Menschen wohl nie verstehen werden. Und das zu Recht.

Dinge, die die Menschen wohl nie verstehen werden. Und das zu Recht. Im Gegenteil wird dieses Phänomen sogar als weiterer Beleg einer Zwei-Klassen-Medizin wahrgenommen. Erklärtes Ziel ist es deshalb, alle Leistungen anzugleichen und Selbstbehalte zu streichen.

Wartezeiten bei MRT und CT reduzieren

Österreich verfügt über ein umfassendes Gesundheitssystem mit niederschwelligem Zugang. Das bestätigt auch die

lung drängen. Und das, obwohl die Kapazitäten in Österreich noch deutlich über dem EU-Schnitt liegen. Jedoch steigt der Bedarf daran jährlich an. Das Problem liegt in der Vertragslage, an mangelnder Transparenz und Koordination zwischen den AnbieterInnen.

In Zukunft sollen sich PatientInnen darauf verlassen können, dass sie rasch und zeitgerecht eine Untersuchung bekommen. In dringenden Fällen muss die Versorgung sichergestellt werden. Wie das gehen kann?



C'sund-
heit!

Schon jetzt wird es – vor allem am Land – immer schwieriger, Kassenpraxen nachzubesetzen. Gleichzeitig werden die WahlärztInnen immer mehr.



Hilfestellung und Orientierung für PatientInnen:

- Terminservicestellen für dringende MRT-/CT-Untersuchungen bei den SV-Trägern einrichten
- Effektive Zuweisungssysteme, die eindeutig und zuverlässig nach medizinischer und diagnostischer Dringlichkeit differenzieren
- Termine für CT binnen zwei Wochen, Termine für MRT binnen vier Wochen (bis Ende 2018)
- Hochakute Fälle (z. B. große Bandscheibenvorfälle) sofort
- Tagesaktuelle durchschnittliche Wartezeiten zu MRT-/CT-Untersuchungen einsehbar machen
- Vertragsbeziehungen zwischen Sozialversicherung und MRT-/CT-Instituten neu regeln und Stärkung des Angebots durch Ausbau der eigenen Einrichtungen der Krankenversicherungsträger

Es braucht attraktive Modelle und Rahmenbedingungen, um die Versorgung im öffentlichen Gesundheitssystem sicherzustellen.

Wohnortnahe Versorgung sichern & ausbauen

Im Jahr 2025 werden fast 60 Prozent jener HausärztInnen, die heute einen Kassenvertrag haben, das 65. Lebensjahr erreicht haben. Schon jetzt wird es – vor allem am Land – immer schwieriger, Kassenpraxen nachzubesetzen. Gleichzeitig werden die WahlärztInnen immer mehr (plus 20 Prozent in den letzten fünf Jahren). Das bedeutet, es braucht attraktive Modelle und Rahmenbedingungen, um die Versorgung im öffentlichen Gesundheitssystem sicherzustellen – vor allem für die hausärztliche Versorgung (Primärversorgung). Wir müs-

sen gute Bedingungen für die KassenärztInnen schaffen, damit wir auch jene, die heute lieber als WahlärztInnen tätig sein wollen, ins Kassensystem zurückholen. Dazu wollen wir neue Modelle der wohnortnahen Erstversorgung fördern, in denen die Gesundheits- und Sozialberufe (HausärztInnen, TherapeutInnen, PflegerInnen oder auch SozialarbeiterInnen) in Teams enger zusammenarbeiten – in lokalen Netzwerken oder Zentren, mit einem umfassenden Angebot nahe am Wohnort und längeren Öffnungszeiten. Das muss rasch bei den Menschen ankommen, deshalb sind jetzt die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen und der Ausbau ist zügig voranzutreiben.

Ein paar gezielte Eingriffe in das Gesundheitssystem können die Zufriedenheit aller Beteiligten und die Gerechtigkeit in diesem Bereich steigern. Darunter fallen etwa die Angleichung der Leistungen der Kassen, die Abschaffung von Selbst-behalten oder die Garantie für PatientInnen, dass sie dringend notwendige Untersuchungen rasch erhalten, sowie weitere strukturelle Innovationen im Dienste der PatientInnen und ÄrztInnen.



Fachärztliche Versorgung unter einem Dach

Die niedergelassene Facharztversorgung ist überwiegend in Einzelordinationen organisiert. Es gibt wenig Vernetzung und kaum interdisziplinäre Zusammenarbeitsformen zwischen den Fachrichtungen und Gesundheitsberufen. Die Wege zur Abklärung von Beschwerden sind oft lang, die Qualität und Effektivität der Behandlung leidet. Auch, um den (kostenintensiven) Spitalsbereich zu entlasten, soll der ambulante Bereich durch Facharztstrukturen unter einem Dach ausgebaut werden (Bsp. Schmerzversorgung) – mit längeren Öffnungszeiten, einem umfassenden Leistungsangebot und kurzen Wegen für PatientInnen. Die rechtlichen Voraussetzungen sollen so rasch wie möglich geschaffen werden.

Was tun mit Rücklagen in den Sozialversicherungen?

Die Krankenversicherungsträger verfügen über rund 2,65 Milliarden Euro an Rücklagen (Stand 2015). Die Bilanzpositionen

Herzensangelegenheit psychische Gesundheit

Frau Gruber ist stark Burnout-gefährdet. Ihr Hausarzt rät ihr ganz dringend zu einer Psychotherapie. Die Therapie tut ihr gut – sie zahlt privat pro Stunde 89 Euro, von denen sie 21,80 von der Krankenkasse zurückbekommt – erste Erfolge sind spürbar, gut Ding braucht jedoch Weile und Frau Gruber kommt insgesamt auf 30 Wochen Therapie. Kostenpunkt: 2.016 Euro, die wir für Frau Gruber durch entsprechende Reformen gerne reduzieren möchten:

Im ersten Schritt:

Erhöhung des Kontingents von kostenlosen Therapieeinheiten um 50 Prozent

Ende 2017:

Einfacher Zugang zu umfassender psychotherapeutischer Versorgung und freie Wahl des/r Therapeuten/in bei entsprechender Diagnose.

Mehr Geld für den Aus- und Umbau der psychotherapeutischen Versorgung und zur Bekämpfung der neuen Zivilisationskrankheit kann kein Schaden sein.

Wertpapiere, gebundene Einlagen und kurzfristige Einlagen beliefen sich auf rund 3,7 Milliarden. Stolze Summen, die aber unterschiedlich verteilt sind. Manche Träger wie die BVA können jährlich Rücklagen aufbauen. Im Gegensatz dazu haben die Gebietskrankenkassen unterschiedliche Risikogruppen. Hier sind auch arbeitslose oder armutsgefährdete Personen wie BezieherInnen der Mindestsicherung geschützt.

Sie sorgen damit im Gegensatz zu anderen Trägern für einen Ausgleich zwischen Gesunden und Kranken und den gesellschaftlichen Gruppen. Das hat klarerweise auch Auswirkungen auf die Finanzsituation der Gebietskrankenkassen. Diese unterschiedlichen finanziellen Möglichkeiten haben in Teilbereichen unterschiedliche Leistungsregime herausgebildet (Stichwort Zwei-Klassen-Medizin).

Die Rücklagen könnten wir gleich für die Verbesserung der ärztlichen Versorgung einsetzen. Schließlich sollen die Beiträge der Versicherten auch diesen zugutekommen, anstatt gehortet zu werden. ■

Gepflegt helfen.



Österreich ist ein glückliches Land: Jene 5 Prozent der Bevölkerung, die pflegebedürftig sind, werden bei uns mit hochqualitativer Pflege und finanziellen Mitteln versorgt wie in kaum einem anderen Land. Aber Verbesserungen sind auch im Bereich der Pflege notwendig.

Wie geht's, wenn es nicht mehr geht? Diese Frage stellt sich für fast eine halbe Million Österreicherinnen und Österreicher mit Pflegebedürfnissen. Sich helfen lassen (müssen) ist in unserer Gesellschaft aber oft eine riesige Herausforderung für den Einzelnen. Manchmal geht es dann nämlich sehr schnell: Gestern war Oma noch die, die in jeder Lebenslage hilft und einspringt, heute hat sie die Angst, vielleicht schon morgen eine Belastung für die Familie zu sein.

Das bringt neben allen gesundheitlichen Problemen auch noch emotionale Belastung mit sich – für Pflegenden und Gepflegte. 73 Prozent der Menschen, die gepflegt werden, leben zuhause. Das sind 330.000 Menschen, um die sich in der Mehrzahl die Angehörigen kümmern. Um die Sache beim Namen zu nennen: Es sind die Frauen, die ihre Eltern, Schwiegereltern oder andere Verwandte pflegen. Da wird dann Pflegearbeit zur unbezahlten Frauenarbeit. Aber Pflege, das geht uns alle

an. Denn wir wollen eine Gesellschaft, in der Alter und Schwächen einfach zum Leben dazugehören.

und Jugendliche unter 18 Jahren, die in ihren Familien die Pflege übernommen haben. Für uns gibt's da nur eine Antwort: Das geht gar nicht. In unserem Land soll es kein Kind geben, das mit einer so schweren Aufgabe allein gelassen wird.

Wir brauchen also mehr professionelle Pflege und müssen dort, wo offenbar noch Lücken bestehen, diese Lücken schließen.

Pflege geht uns alle an. Wir wollen eine Gesellschaft, in der Alter und Schwächen einfach zum Leben dazugehören.

Pflegegeld jährlich anpassen

Gerade in solchen Situationen ist es wichtig, dass der Staat und die Gesellschaft dem Einzelnen das Gefühl geben: Wir sind da. Du bist nicht allein. Und da ist noch einiges zu tun: Es sind rund 40.000 Kinder

Und wir wollen, dass das Pflegegeld jährlich an die Teuerung angepasst wird. Wenn die Kosten steigen, dann muss es auch das Geld tun. Eine Forderung von 1,2 Millionen Menschen (also Pflegebedürftigen und Angehörigen), der wir uns gerne und voll anschließen.



Einfach
beruhigt
altern





Eigenregress abschaffen

Wer heute in einem Pflegeheim oder einer anderen stationären Einrichtung lebt, gibt 80 Prozent des Pflegegeldes und der Pension an das jeweilige Bundesland ab. Auch wird auf das vorhandene Vermögen der pflegebedürftigen Personen zugegriffen (Eigenregress). Bei Personen, die ihr Vermögen nicht »rechtzeitig« übertragen, kann der Eigenregress das gesamte Vermögen erfassen, was letztlich einer 100-prozentigen Erbschaftssteuer gleichkommt. Der ganze Wohlstand, der ein Leben lang aufgebaut wurde, ist weg. Zu erben bleibt nichts.

Kleine Erbschaften sind besonders betroffen, weil hier die Pflegekosten umso schneller das Erbe überschreiten. Nicht zuletzt aus Gründen der Fairness muss das Risiko der Pflegebedürftigkeit solidarisch von der Gesellschaft getragen werden. Menschen sollen keinesfalls aus Angst vor Verlust ihres erarbeiteten Vermögens von bedarfsgerechter Versorgung abgehalten werden. Das bedeutet für uns ganz klar: Abschaffung der Eigenregressregelungen (der Bund ersetzt den Bundesländern die Kosten über den Pflegefonds).

Die Gegenfinanzierung soll über eine Erbschafts- und Schenkungssteuer erfolgen –

Bei der Pflege besteht Handlungsbedarf sowohl für jene Menschen, die Hilfe brauchen, als auch für jene, die Hilfe leisten.

aber erst ab einem Vermögen von einer Million Euro. Durch den hohen Freibetrag ist sichergestellt, dass 97 bis 98 Prozent der Haushalte nicht davon betroffen sind. Nur die reichsten 2 bis 3 Prozent besitzen ein Vermögen, das so hoch ist, dass eine Erbschaft auch bei mehreren Kindern steuerpflichtig ist (der Freibetrag steht jedem/r Erben/in einzeln zu). Betriebsübergaben von KMUs werden begünstigt, wenn die Anzahl der Beschäftigten am Standort gehalten oder ausgebaut wird (»Schäuble-Modell«). Mit diesen Mehreinnahmen streichen wir die »100-Prozent-Erbschaftssteuer Eigenregress« und ersetzen sie durch eine gerechte Erbschaftssteuer.

Ein Beispiel:

Frau M. hat immer gearbeitet und bescheiden gelebt. Ihre Wohnung (Wert ca. 200.000 Euro) gehört ihr und sie hat sich sogar einen finanziellen Polster von 25.000 Euro auf ein Sparbuch legen können. Nach einem Schlaganfall braucht sie dauerhaft Pflege mit Beatmung. Sie erhält Pflegegeld der Stufe 5, da ihre beiden Kinder Familie haben und berufstätig sind, kommt sie ins Pflegeheim in Baden. Dort entstehen Kosten von 9.170 Euro monatlich. 80 Prozent ihrer 1.200 Euro Pension und 920 Euro Pflegegeld reichen bei Weitem nicht aus. Was passiert? Nach nicht einmal 4 Monaten ist das Barvermögen aufgebraucht. Das Land NÖ geht zur wei-



450.000 Menschen in Österreich beziehen Pflegegeld, 73 Prozent von ihnen werden zu Hause gepflegt. Wir sind als Gesellschaft für die Finanzierung mitverantwortlich, aber auch dafür, dass die Angebote für Pflegedienstleistungen ausgebaut und erleichtert werden, um die Angehörigen zu entlasten und dabei sogar noch Arbeitsplätze zu schaffen.

teren Absicherung ihrer Ausgaben »ins Grundbuch« der Wohnung. Nach 26 Monaten stirbt Frau M. bedauerlicherweise und die verbliebene Forderung des Heimes schluckt den kompletten Wert der Wohnung. Das Erbe ist weg.

Oder anders gesagt: 100 Prozent Erbschaftssteuer bedeuten den Verlust des hart erarbeiteten und ersparten Vermögens. Hätte Frau M. ein paar Jahre früher ihre Wohnung an ihre Kinder übertragen, wäre das nicht passiert. Ist das fair?

Ausbau des Betreuungsangebotes

Von den 450.000 PflegegeldbezieherInnen werden 41 Prozent zuhause, ausschließlich von Angehörigen (und davon 80 Prozent von Frauen), zu 31 Prozent unter Zuhilfenahme mobiler Dienste, gepflegt. Die Folgen: enorme psychische Belastung von Angehörigen sowie deren Verdrängung vom Arbeitsmarkt, die direkt in Altersarmut und finanzielle Abhängigkeit mündet.

Ein Blick nach Holland

»Buurtzorg« lautet das Zauberwort, das von den Niederlanden aus weltweit Furore gemacht hat. Es bedeutet auf Deutsch so viel wie »Betreuung in der Nachbarschaft« (oder auch Community Carers) und wurde 2006 von ein paar PflegerInnen gegründet. Mittlerweile umfasst die Organisation 850 eigenständig und lokal organisierte Teams zu zwölf aus- und stetig weitergebildeten Personen, die für jeweils bis zu 50 KlientInnen den kompletten Bedarf an Pflegeleistungen abdecken.

Unterstützt wird der Pflegeprozess durch die neuen Medien – alle PflegerInnen haben ein Tablet, über das alle Schritte zentral dokumentiert werden. Kommunikation im Team findet regelmäßig statt, große Innovationen und Ideen werden über eine Plattform ausgetauscht. Schweden, Belgien, Japan und die USA sind bereits dabei, das Modell zu implementieren. Und wir sollten die Nächsten sein, die auf dieses Modell setzen.

Noch ein Beispiel:

Frau A. möchte – auch aus Angst vor dem Verlust ihres hart erarbeiteten Vermögens – zu Hause gepflegt werden, ohne eine Agentur für 24-Stunden-Betreuung zu beauftragen. Ihre Tochter kündigt ihren Job und übernimmt die Betreuung. Sie verliert dadurch nicht nur ihr Gehalt, sondern auch wertvolle Versicherungszeiten für die Pension. Gleichzeitig gibt es in der Umgebung von Frau A. eine hohe Anzahl arbeitsloser Frauen, die bereit wären, sich in den Bereich Pflege umschulen zu lassen oder dies schon getan haben. Ein Anstellungsverhältnis haben sie jedoch nicht gefunden.

Kümmern wir uns um mehr faire Anstellungsverhältnisse mit fairen Löhnen und verhindern wir finanzielle Mehrbelastungen für zu pflegende Personen. Durch gezielte Förderung von regional vorhandenen Trägern vermitteln wir qualifizierte arbeitslose Personen und entlasten pflegende Angehörige. Machen wir Pflegearbeit auch für jene attraktiv (das AMS finanziert jährlich rund 1.000 Ausbildungen zur Heimhilfe), die bei uns leben, unsere Sprache sprechen und oft sogar bereits bei uns die Ausbildung dafür gemacht haben. ■

Lohnschere Männer-Frauen

| | |
|-----------------|------|
| 1. Estland | 28,3 |
| 2. Österreich | 22,9 |
| 3. Tschechien | 22,1 |
| 4. Deutschland | 21,6 |
| 5. Slowakei | 21,1 |
| EU-Durchschnitt | 16,1 |
| 6. Frankreich | 15,3 |
| 7. Ungarn | 15,1 |
| 8. Schweden | 14,6 |
| 9. Italien | 6,5 |
| 10. Slowenien | 2,9 |



DA
F HILT
DOCH
WAS!

Plan A für Aufbruch

Der Abschied vom Unterschied.



Frauen

22,9%

Gehalt weniger

DAHER DER PLAN

Über Gerechtigkeit referieren ist das eine, sie umzusetzen ist unser fester Plan: Lohntransparenz & Lohngerechtigkeit zwischen Frau und Mann sind überfällig. Und zwar mit einem eigenen Lohntransparenzgesetz nach international erprobtem Vorbild, das Wirkung zeigt und diese Gerechtigkeit herstellt.

Lohntransparenz ist ein entscheidender Schritt auf dem Weg zu Lohngerechtigkeit und einem System, in dem sich Leistung lohnt.

Endlich

gleich zahlen

bitte!

In Sachen Gleichberechtigung nimmt Österreich im europäischen Vergleich einen fragwürdigen Spitzenplatz ein: Mit rund 23 Prozent Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern sind wir mit Rang zwei nämlich ziemlich Spitze, was die Größe des Unterschieds angeht. Ein Lohntransparenzgesetz ist ein entscheidender Schritt auf dem Weg zum Ziel der Lohngerechtigkeit und zu einem System, in dem sich Leistung lohnt.

Die Gleichberechtigung der Geschlechter ist eine Fortsetzung des Kampfes um soziale Gerechtigkeit, der Frauen die Hälfte des Einkommens und Männern die Hälfte der Familie sichert. Frauen stecken allerdings bei bezahlter Arbeit immer noch zu Gunsten der Betreuung von Kindern und pflegebedürftigen Verwandten zurück. Am Gehaltszettel ist die Gleichberechtigung nicht sichtbar. Die Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern sind mit 22,9 Prozent in Österreich sehr groß, wir liegen damit deutlich schlechter als der EU-Schnitt (rund 16 Prozent).

Was bisher geschah

Freiwillige Maßnahmen, Einkommensberichte oder die Angabe des Mindestentgelts haben bisher kaum Wirkung gezeigt. Wie sonst ist es zu erklären, dass Österreich im EU-Schnitt nach wie vor an vorletzter Stelle (vor Estland) in Bezug auf den »Gender Pay Gap« steht? Und das, obwohl es seit 1979 in Österreich ein gesetzlich verankertes Recht auf gleiches Entgelt für gleiche bzw. gleichwertige Arbeit gibt.

Wenn eine Frau jedoch nicht weiß, wieviel ihr männlicher Kollege mit gleicher Ausbildung, Berufserfahrung und Tätigkeit verdient, kann sie schon gar nicht wissen, dass sie für die gleiche Tätigkeit weniger bezahlt bekommt. Sie kann daher ihr gutes Recht auch nicht durchsetzen.

Alles offenlegen ist machbar

Anfangs hört es sich nach einer waghalsigen Idee an: alle Löhne offenlegen, damit jeder sein Gehalt mit dem der anderen vergleichen kann. Zunächst kann diese Maßnahme für Unzufriedenheit sorgen, da gerade Personen, die wenig

Da haben am Ende alle was davon

1. Unternehmen:

Marktgerechte Löhne erhalten die Wettbewerbsfähigkeit, denn zu hohe Lohnkosten wirken sich negativ auf die Produktionskosten aus, während zu niedrige Lohnkosten auf die Leistungsbereitschaft und die Zufriedenheit im Unternehmen drücken.

2. MitarbeiterInnen:

Mehr Lohntransparenz (in Verbindung mit einem Auskunftsanspruch für Beschäftigte in Betrieben mit einer bestimmten Anzahl an MitarbeiterInnen) vermindert sowohl Gehaltsexzesse im Management als auch Diskriminierung auf allen Ebenen und aus allen Gründen. Die Lohnspannen pendeln sich auf ein ausgewogenes Maß ein.

3. Ganz Österreich:

Neben dem emotionalen Effekt einer Steigerung der Lohnzufriedenheit verringert sich der Gender-Pay-Gap. Und: Dem Staatshaushalt erwachsen durch die Schaffung eines Lohntransparenzgesetzes keine Kosten.

verdienen, sich schlecht honoriert fühlen. Kolleginnen und Kollegen erhalten ja zum Teil mehr Geld für weniger Leistung – wenn es auch oft nur subjektiv so empfunden wird.

Während in Österreich beim Thema Lohntransparenz noch immer gerne geschwiegen wird, ist in vielen anderen Ländern (wie z. B. in Schweden, Großbritannien oder den USA) ein offener Umgang mit dem eigenen Verdienst völlig normal. Im Jahr 2001 wurde diese Idee auch in Norwegen in die Praxis umgesetzt. Das hatte neue Verhandlungen in Bezug auf Lohn und Gehalt zur direkten Folge. Eine gute Mitarbeiterin konnte mehr Geld verlangen, da sie mit dem realen Durchschnittseinkommen plötzlich ein schlagkräftiges Argument hatte. Auch in Deutschland gibt es bereits einen Entwurf für ein neues Gesetz für mehr Lohngerechtigkeit.

Zeit, das Thema Lohntransparenz auch in Österreich offensiv – per Gesetz – anzugehen. ■

Frauenquote?



Über die Sinnhaftigkeit von Frauenquoten wird seit geraumer Zeit auf allen und für alle Ebenen diskutiert. Die Zeit sollte also reif sein, eine Entscheidung zu treffen und einen Plan zu fassen. Ein Bekenntnis zur Quote – auch in der Privatwirtschaft.

Eine Studie der Boston Consulting Group unter dem Titel »Frau Dich« hat erneut gezeigt: Mehr Gleichstellung am Arbeitsmarkt bringt auch bessere wirtschaftliche Ergebnisse – sowohl für die einzelnen Unternehmen als auch gesamtwirtschaftlich gesehen. Berechnungen zufolge würde in Österreich bei einer besseren Erschließung der Potenziale der Frauen die Wertschöpfung um mindestens 5 Prozent steigen. Das entspricht rund 17 Milliarden Euro.

Gutes Beispiel Bund

Der Bund geht hier mit gutem Beispiel voran: Der Frauenanteil in Leitungsfunktionen des Bundesdienstes liegt mittlerweile bei 34,5 Prozent. In staatsnahen Unternehmen ist der Anteil an Frauen, die der Bund in die Aufsichtsräte entsendet, mittlerweile auf 38 Prozent gestiegen. Wirft man einen Blick in die Chefetagen der 200 umsatzstärksten Privatunternehmen, zeigt sich ein deutlich anderes Bild. Dort findet man in der Geschäftsführung lediglich 7,2 Prozent Frauen, in den Aufsichtsräten immerhin 17 Prozent. Das zeigt: Verbindliche Quotenregeln funktionieren tatsächlich, ohne sie ist der Frauenanteil deutlich geringer.

Ein Blick nach außen

Zwei Länder, die in der Frage der Frauenquote klare Entscheidungen getroffen haben, sind Norwegen und Deutschland. Die Skandinavier haben im Jahr 2003 als erster europäischer Staat im Gesellschafts-

sind, ab 2016 bei der Besetzung von Aufsichtsratsposten einen 30-Prozent-Anteil einhalten müssen.

Ja zu Quoten

Mehr und verbindliche Gleichstellung am Arbeitsmarkt hat viele positive Effekte: Für die Frauen, für die Unternehmen und für Österreich. Wenn wir Gleichstellung nicht nur als Begriff vor uns hertragen, sondern Realität werden lassen wollen, braucht Österreich neben anderen Maßnahmen endlich auch eine Quote von 40 Prozent in Aufsichtsräten und Leitungs-

Gehen wir diesen wichtigen Schritt in die richtige Richtung – nicht nur für die Frauen, für uns alle.

recht eine gesetzliche Quotenregelung für die Besetzung von Aufsichtsräten in Unternehmen eingeführt. Seit 2006 gilt zudem, dass 40 Prozent der Aufsichtsräte börsennotierter Unternehmen weiblich sein müssen. Konzernen, die dem nicht nachkommen, kann die Börsenzulassung entzogen werden. In Deutschland gilt seit Frühjahr 2015 ein Gesetz, das zur Folge hat, dass rund hundert börsennotierte Unternehmen, in denen die ArbeitnehmerInnen voll mitbestimmungsberechtigt

funktionen in der Privatwirtschaft. Wir wollen die gläserne Decke durchbrechen und den Anteil an Frauen in den wirtschaftlichen Entscheidungsgremien deutlich und rasch erhöhen. Das ist nicht nur gerecht und ein überfälliger Schritt in Richtung voller Gleichstellung, sondern hilft auch der Wirtschaft. Es ist Zeit für ein klares Bekenntnis. Um Mandatsanhäufungen zu verhindern, ist eine Limitierung der Mandate auf maximal fünf pro Person vorgesehen. ■



Das macht Sinn!

DAHER DER PLAN

In Aufsichtsräten von Unternehmen wird über einen Stufenplan eine 40-Prozent-Quote eingeführt. Danach sollen in einem zweiten Schritt Quoten für Leitungsfunktionen eingeführt werden. Mandatsanhäufungen bei einzelnen Frauen sind zu vermeiden, vielmehr wollen wir uns verjüngen und verbreitern und auf maximal fünf Mandate limitieren.

Unser Plan A für Zusammenleben

Fakt:

40.000
Obdachlose

Und jeder ist
einer zuviel.

Unser Ziel: Gruft & Kluft schließen!
Es liegt an uns, der Armut in einer wohlhabenden Gesellschaft die Grundlage zu entziehen. Ebenso wie der Spaltung und der Ausgrenzung. Generell das Gemeinsame wieder ganz nach oben auf die Agenda stellen, um weiterhin sicher und friedlich zusammenleben zu können.

Was sonst?

Politik mit Liebe

Das ist unsere
Überzeugung.

Wohnst du schon?



Das Thema Wohnen hat viele Facetten und muss dementsprechend umfassend behandelt werden. Dabei spielen Interessen der MieterInnen ebenso eine Rolle wie jene von Investoren oder gemeinnützigen Wohnbauträgern. Mit innovativen Ideen kann man beiden Seiten gleichermaßen gerecht werden.

Für alle Beteiligten liegt eine Zielsetzung klar auf der Hand: Die Kosten müssen auf ein erträgliches Maß beschränkt bleiben. Das wünscht sich der Bauherr und umso mehr die Menschen, für die die Leistbarkeit von Wohnraum trotz geförderter Neubautätigkeit zunehmend zum Problem wird. Denn vor allem in den Ballungszentren haben sich die Preise für Wohnen deutlich, teilweise sogar dramatisch erhöht.

Wie wir wohnen

2015 existierten etwa 3,8 Millionen Privathaushalte in Österreich. Bis zum Jahr 2020 soll die Zahl der Haushalte, bedingt durch Zuwanderung und die steigende Tendenz zu kleineren, vor allem 1-Personen-Haushalten, auf rund 4 Millionen anwachsen. Ein Umstand, auf den der Wohnungsmarkt nur unzureichend vorbereitet ist.

Gegenwärtig werden etwa 50.000 neue Wohnungen pro Jahr fertiggestellt. Für die kommenden Jahre rechnet der Verband gemeinnütziger Bauvereinigungen mit einem Bedarf von 60.000 Wohnungen jährlich. Damit droht ein Mangel von etwa 10.000 Wohnungen. Das Problem besteht aber nicht nur

in der Verfügbarkeit, sondern vor allem in der Leistbarkeit. Ein ordentlicher Anteil des Einkommens geht monatlich für Mieten und Betriebskosten drauf. Die Ausgaben für Wohnen betragen im Jahr 2014 im Schnitt

Die Grundsteuer sowie Verwaltungs- und Versicherungskosten sollen nicht mehr als Betriebskosten auf die MieterInnen abgewälzt werden dürfen.

21 Prozent des verfügbaren Einkommens, 12 Prozent der österreichischen Haushalte gaben mehr als 30 und 9 Prozent der Haushalte mehr als 35 Prozent dafür aus. Nach einer aktuellen Wifo-Studie können sich 11 bis 15 Prozent keine angemessene Wohnung leisten. Um Wohnen für alle verfügbar und leistbar zu machen, muss an mehreren Schrauben gleichzeitig gedreht werden.

Mietenbegrenzung durch Richtwertmietensystem

Das österreichische Mietrecht und die derzeitige Preisgestaltung sind ziemlich undurchsichtig. Oft wissen MieterInnen

nicht einmal, wie sich ihre Miete genau zusammensetzt, da weder die Art noch die Höhe der »Zuschläge zum Richtwert« gesetzlich begrenzt sind und diese auch im Mietvertrag nicht angegeben werden müssen. So betragen die Überschreitungen im Durchschnitt mittlerweile rund 60 Prozent (bei befristeten Verträgen sogar 100 Prozent). Somit ist das »Mietenbegrenzungssystem«, das schon 1994 in Kraft getreten ist, in der Praxis völlig wirkungslos, weil zahnlos.

Um ihm wirklich Kraft zu verleihen, braucht es:

- Eine klare gesetzliche Regelung der Zuschläge zum Richtwert nach Art und Höhe
- Eine gesetzliche Obergrenze für die Summe der Zuschläge
- Eine Verpflichtung des Vermieters, alle Zuschläge nach Art und Höhe im Mietvertrag anzugeben

Senkung der Betriebskostenbelastung

Die Grundsteuer sowie Verwaltungs- und Versicherungskosten sollen nicht mehr als Betriebskosten auf die Mieter abgewälzt werden dürfen. Die Grundsteuer ist eine Vermögenssteuer, die mit der Nutzung durch den Mieter nichts zu tun hat. Reparaturkosten müssen eigentlich vom Vermieter getragen und aus den eingehobenen Mietzinszahlungen gezahlt werden. Durch die Miteinbeziehung der Versicherungskosten in den Betriebskostenkata-



DAHER DER PLAN

Wenn die gesuchte Bleibe leistbar sein muss, wird es für viele schwierig, etwas Geeignetes zu finden. Die Lage hat sich in den letzten Jahren auch keineswegs verbessert.

Dem muss gegengesteuert werden: Mit Plänen zur Begrenzung von Mieten und Anreizen für gemeinnützige Wohnbauträger sollen die Mietkostensteigerungen beschränkt, jährlich 10.000 zusätzliche Wohnungen geschaffen und leistbarer Wohnraum garantiert werden.

log werden aber die Reparaturkosten auf die MieterInnen abgewälzt. Ähnliches gilt auch für Verwaltungskosten. Die Hausverwaltung ist in der Regel im Namen und zum Vorteil der VermieterInnen tätig, zum Beispiel, um Mieterhöhungen gegen die MieterInnen durchzusetzen. Auch hier gilt: Solche Kosten dürfen in Zukunft nicht mehr weiterverrechnet werden. Allesamt Maßnahmen, mit denen man sich beispielsweise in einer 80 Quadratmeter großen Altbauwohnung bis zu 600 Euro im Jahr sparen würde.

Abschaffung Maklerprovision für MieterInnen

In der Regel sind es die VermieterInnen oder VerkäuferInnen der Wohnung, die eine/n Makler/in engagieren und dessen Dienste in Anspruch nehmen. Der Makler erspart dem Vermieter zum Beispiel die Besichtigungen, während der Aufwand des Mieters immer gleich bleibt, egal ob mit oder ohne Makler. Ihm ent-

stehen also letztlich keinerlei Vorteile aus dem Einschalten eines Maklers.

Befristungsmöglichkeiten einschränken

Befristete Mietverhältnisse bedeuten für die MieterInnen enorme Rechtsunsicherheit bzw. tragen zu einer weiteren Verteuerung der Wohnkosten bei und sollen deshalb eingeschränkt werden.

Gemeinnützige Bauträger motivieren

Durch die Beseitigung bestehender Barrieren für Investitionen sollen verstärkt Mittel in den Bau von leistbaren Wohnungen durch gemeinnützige Bauträger fließen. Wie kann das funktionieren?

1. Gemeinnützige Wohnbauträger spielen eine wichtige Rolle bei der Bereitstellung von leistbaren Wohnungen. Im Moment können institutionelle Anleger (wie Versicherungen) allerdings nur sehr eingeschränkt in gemeinnützige Wohnbauträger investieren,

da solche Anteile nur eingeschränkt handelbar sind. Durch entsprechende Anpassungen könnte die Investition in gemeinnützige Wohnbauträger für institutionelle Anleger deutlich interessanter werden. ExpertInnen gehen von einem Potential von ca. 2 Milliarden Euro pro Jahr bis 2020 aus, was jährlich etwa 10.000 zusätzlichen Wohnungen entspricht.

2. Eine Öffnung der Veranlagungsvorschriften für die prämiengünstige Zukunftsvorsorge könnte ebenfalls mehr Mittel für leistbares Wohnen mobilisieren. Aktuell werden entsprechend der herrschenden Gesetzeslage ca. 30 Prozent der Mittel aus der prämiengünstigen Zukunftsvorsorge in Aktien investiert. Wenn diese Mittel auch in Projekte für leistbares Wohnen umgelenkt werden, steht jährlich ein Potential von bis zu 2 Milliarden Euro zur Verfügung.

Wohnraum schaffen und diesen (und bestehenden) leistbar gestalten – das sind wir vor allem den jungen Menschen schuldig. ■

Integration beginnt gestern.



Integration wird uns als zentrale gesellschaftspolitische Herausforderung noch einige Zeit begleiten. Den Kopf in den Sand stecken kann keine brauchbare Strategie sein. Niemandem ist geholfen, wenn wir über tatsächliche Probleme hinwegsehen und verharmlosen. Es gilt: Die Anzahl der Flüchtlinge müssen wir auf ein Niveau reduzieren, das Integration ermöglicht. Wer kommt, muss sich an unsere Regeln halten, Deutsch lernen, die Werte akzeptieren. Wer das tut, ist Teil von Österreich.

Wir haben die Verpflichtung, den ÖsterreicherInnen und den Menschen, die legal bei uns sind, eine Perspektive zu geben, indem wir diese Herausforderungen meistern. Wir brauchen: klare Ansagen, realistische Ziele und umsetzungsstarke Strukturen. Wir müssen Zuwanderung begrenzen und die Kontrolle darüber haben, wer zu uns kommt. Deshalb haben wir eine Obergrenze, die klar macht: Bis hierher können, wollen und werden wir Menschen auf der Flucht helfen. Wir werden sie unterstützen und aufnehmen. Mehr geht dann aber nicht. Die Obergrenze gilt, weil sie definiert, was wir leisten können. Wir müssen den ÖsterreicherInnen Sicherheit geben und wir haben einen Plan für alle, die zukünftig unsere Gesellschaft mitbauen wollen.

Oder auf den Punkt gebracht: Wir haben in 70 Jahren ein Land aufgebaut, in dem Menschen frei und gleich, friedlich und demokratisch mit- und nebeneinander leben. In dem Frauen gleich viel wert sind wie Männer, in dem das Recht vom Gesetz und nicht vom Glauben ausgeht, in dem die Staatsgewalt herrscht und nicht Gewalt im Staat. Wer sich an diese Regeln hält, der bleibt. Wer glaubt, unseren Wohlstand,

reich kommen, haben Rechte und Pflichten. Wer die Rechte in Anspruch nimmt, muss auch die Pflichten erfüllen.

Ein Beispiel: Die Schulpflicht gilt für alle Kinder in Österreich. Niemand in unserem Land darf seinen Kindern, ob aus ideologischen Gründen oder aus Desinteresse, die Chance auf Bildung verwehren. Das ist eine klare Regel. Unsere Schulen und unsere Behörden werden darauf achten, dass sie eingehalten wird. Wer sich daran nicht hält, wird deutliche Sanktionen zu spüren bekommen. Je schneller Integration funktioniert und je schneller sich die Menschen

Wer Rechte in Anspruch nimmt, muss auch Pflichten erfüllen.

unsere Sicherheit, unsere Toleranz zum Aufbau einer unfreien, ungerechten und ungleichen Parallelgesellschaft zu nutzen, der muss auch wieder gehen.

Wir setzen auf praktikable Lösungen im Sinne einer echten Integrationspolitik für ganz Österreich. Menschen, die nach Öster-

selbst erhalten können, desto einfacher ist es für alle. Darum setzen unsere Bemühungen bereits bei den AsylwerberInnen an. Das Integrationskonzept, das mit ExpertInnen, NGOs, VertreterInnen der Länder und der Sozialpartner erarbeitet wurde, fordert Engagement und fördert Eigenverantwortung.



Zusammenleben
*möglich
machen*





Radikalisierung schnell und klar unterbinden.



Im Rahmen eines flächendeckenden Integrationsprogramms müssen fünf zentrale Herausforderungen für geregelte Zuwanderung gelöst werden:

1. Arbeitsmarkt und Selbsterhaltungsfähigkeit

Durch die Fluchtsituation im Jahr 2015 ist mit einer steigenden Anzahl arbeitslos gemeldeter Asylberechtigter zu rechnen. Die durchschnittliche Vermittlungsdauer beträgt je nach Qualifikationsniveau drei bis sieben Jahre. Die logische Konsequenz liegt darin, den Integrationsprozess vom ersten Tag an zu starten. Denn Verzögerungen und Erschwernisse im Integrationsprozess bedeuten langfristig Mehrkosten.

- Verpflichtendes Integrationsjahr für Asylberechtigte und AsylwerberInnen: beinhaltet Integrationsvereinbarung, Integrationspfad, Betreuung durch IntegrationsberaterInnen, Kompetenzchecks, Sprachmaßnahmen, Arbeitstraining, Bewerbungstraining. Derartige Pilotprojekte sind bereits im Laufen.
- Ausweitung »Implacementstiftungsprogramm«: arbeitsplatznahe Qualifizierungsmaßnahmen
- Aktion 1000: Mit großen Unternehmen

Je schneller Integration funktioniert und je schneller sich die Menschen selbst erhalten können, desto einfacher ist es für alle.

wird eine Vereinbarung verhandelt, sich zu verpflichten, für Asylberechtigte 1000 Stellen zur Verfügung zu stellen. Qualifizierungsprogramme und eine 80-Prozent-Deckung des Gehalts für das 1. Jahr werden von staatlicher Seite zur Verfügung gestellt.

- »Fast-Track-System«: Sozialpartner einigen sich auf Mangelberufsfelder, in denen Asylberechtigte mittels Qualifizierung in der Muttersprache auf schnellstem Weg in die Arbeit gebracht werden.

2. Klare Zuständigkeiten bei Asylverfahren und im Integrationsprozess

Im Zuge des Asylverfahrens gibt es in der Grundversorgung wechselnde Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern bis hin zu Gemeinden. Das Verfahren wird beim

Bundesamt für Asyl geführt, die Rückkehrberatung ist an NGOs ausgelagert, das Integrationsministerium und der Österreichische Integrationsfonds sehen ihre Zuständigkeit erst ab Zuerkennung des Asylstatus. Und wenn die Asylberechtigten schließlich zum AMS gelangen, gibt es keine systematisch dokumentierten Spracherwerbsnachweise. Folge dieses Kompetenz- und Zuständigkeitschaos sind lange Verfahrensdauern, fehlendes Schnittstellenmanagement und fehlende Dokumentation der Integrationsbemühungen. Engagierte Gemeinden, die aufgrund der fehlenden flächendeckenden Angebote integrationspolitisch in Vorlage gegangen sind, dürfen nicht im Stich gelassen werden.

- Klare Zuständigkeiten: Es braucht klare Verantwortlichkeiten.
- Beschleunigung der Asylverfahren und



Helfen wir jenen, die aus gutem Grund bei uns angekommen sind, auch in unserer Gesellschaft anzukommen – immer unter Rücksichtnahme auf das richtige Maß, das wir bewältigen können und das durch die Obergrenze bestimmt wird. Sagen wir jenen, die sich nicht an unsere Regeln halten, dass sie keinen Platz in unserer Gesellschaft haben. Fördern und fordern wir jene Dinge, die aus unserer Sicht zu einem gelungenen und bunten Zusammenleben der Kulturen beitragen. Das hat unser Land immer ausgezeichnet und das soll es auch weiterhin tun.

begleitend einen »Mitwirkungsbonus« bei der Identitätsfeststellung (wodurch etwa der Zugang zum Integrationsjahr für AsylwerberInnen ermöglicht wird)

- Eine Behörde, vom Asylantrag bis hin zur Integrationsbegleitung oder zur Rückführung. Nur so haben wir einen klaren Überblick über die Integrationsbestrebungen, können steuern und besser vollziehen. Internationale Beispiele in Schweden und Deutschland zeigen, wie es geht.

3. Struktur auch für nicht mehr schulpflichtige AsylwerberInnen

10 Prozent der AsylwerberInnen sind minderjährig, der Großteil davon ist nicht mehr schulpflichtig. Für diese Zielgruppe gibt es keine flächendeckende Beschäftigungsstruktur. Perspektivlosigkeit und langfristige Integrationsprobleme sind die Folge.

- Ausrollung Projekt Jugendcollege: Qualifizierungsprogramm für nicht mehr schulpflichtige jugendliche AsylwerberInnen, Asylberechtigte und Drittstaatsangehörige
- Qualifizierungsverpflichtung bis 25 Jahre: Aktuell können jugendliche AsylwerberInnen nur in Mangelberufen eine Lehre absolvieren. Gerade, um dieser Gruppe möglichst rasch eine Be-

schäftigungsperspektive zu geben und um sie nicht zum Nichtstun zu verdammen und einem Abrutschen in die Kriminalität Vorschub zu leisten, müssen wir sie für unseren Arbeitsmarkt tauglich machen.

- Überregionale Lehrstellenvermittlung

4. Radikalisierung und Extremismus bekämpfen

Menschen, die sich abgrenzen oder gar die Gesellschaft spalten wollen, sollen wissen, dass sie bei uns keine politische, kulturelle oder wie auch immer geartete Zukunft haben. Das gilt für Fundamentalisten ebenso wie für hetzerische Nationalisten und alle, die mit der Art, wie wir Gemeinschaft verstehen, nicht einverstanden sind.

In der Vergangenheit wurden in der Integrationspolitik Fehler gemacht, die sich bis heute auswirken. Fehlender Anschluss an die Gesellschaft oder selbstgewählte Isolation sind der Nährboden für Radikalisierungstendenzen. Grundwerte wie die Gleichberechtigung von Mann und Frau, Schulbildung und Jobchancen für alle sowie ein gerechter und ausgewogener Sozialstaat sind – neben vielem anderem – für uns nicht verhandelbar. Somit müssen wir Ra-

dikalisierungstendenzen schnell und klar unterbinden. Bei Straftaten muss selbstverständlich die volle Härte des Gesetzes zur Anwendung kommen. Um Radikalisierung entgegenzuwirken, ist es notwendig, alle wichtigen Entscheidungsträger zusammenzuführen und bestehende Maßnahmen und Programme verstärkt aufeinander abzustimmen und auszuweiten.

- Salafistische Verteilaktionen verbieten
- Radikalisierung auch im Netz effizient bekämpfen

5. Rückführungen und Kooperationen ausbauen

Integration kann nur funktionieren, wenn zugleich klar ist, dass jene, die kein Recht haben, hier zu sein, Österreich auch wieder verlassen müssen. Bei der freiwilligen Rückkehr wurden hier in den letzten Jahren wichtige Fortschritte gemacht – die Programme müssen wir weiter ausbauen. Zugleich müssen wir auch die Kooperation der Herkunfts- und Transitländer einfordern. Wir können es uns nicht leisten, Hilfszahlungen an Regierungen auszubehalten, die bei der Rücknahme ihrer Staatsangehörigen nicht kooperieren. Umgekehrt müssen wir Anreize für Länder, die mit uns zusammenarbeiten, weiter verstärken. ■



5,541 Chronologisch

304 Mal geteilt

Melina Schuster Ein Bundeskanzler wie er im Buche steht. Weiter so 🙌
 Gefällt mir · Antworten · 37 · Geostern um 14:26

Wolfgang Panholzer Ja gut gemacht schönen Nikolausstag noch ihr Kinderlein
 Gefällt mir · Antworten · 8 · Geostern um 14:28

Alexandra Hallerer Vanessa 🙌🙌🙌
 Gefällt mir · Antworten · 3 · Geostern um 14:30

Elke Kahr Herr Bundeskanzler Kain, ich muss sagen, ich hab Sie soo gern...
 Gefällt mir nicht mehr · Antworten · 57 · Geostern um 14:32
 12 Antworten

Petra Öhr Ein Kanzler der Herzen.
 Gefällt mir nicht mehr · Antworten · 11 · Geostern um 14:33

Josef Reusbacher Der beste Kanzler seit vielen Jahren...
 Gefällt mir · Antworten · 22 · Geostern um 14:38

Bernhard Reiss Lügenpresse 🙄
 Gefällt mir nicht mehr · Antworten · 6 · Geostern um 14:38
 3 Antworten

Günther Egger Beste Kanzler!
 Gefällt mir · Antworten · 16 · Geostern um 14:39

Andy Dobersberger Sehr gut! Bei einem Nikolaus von FPÖ und ÖVP hätte ich schredes Angst, dass er den Kindern was weggenommen statt schenkt... 🙄
 Gefällt mir · Antworten · 64 · Geostern um 14:40
 9 Antworten

Brigitte Hahn-Wimmer SAFEP Herr Kain 🙌
 Gefällt mir nicht mehr · Antworten · 1 · Geostern um 14:40
 Vorherige Antworten anzeigen

Christian Kain Haben es geändert! Danke!
 Gefällt mir nicht mehr · Antworten · 9 · Geostern um 15:00
 Weitere Antworten anzeigen

Stefan Hinterberger Cooles Foto, cooler Kanzler 🙌
 Gefällt mir · Antworten · 9 · Geostern um 14:41

Marie Göblin Freundschaft 🙌
 Gefällt mir · Antworten · 3 · Geostern um 14:44

Ingrid Kramer 🌈
 Gefällt mir · Antworten · 1 · Geostern um 14:45

Besser kindliche Entscheidungen als ewige ein Recht auf Wahlfreiheit, gleiche Chancen Von Anfang an. Raben-, Helikoptereltern,

Endlich!
**Grosse
Schritte**

Für kleine Füße.



Elke Käfer über Bundeskanzler Kern, ich muss sagen ich hab Sie soo gern...
Gefällt mir nicht mehr · Antworten · 5P · Gestern um 14:33
+ 12 Antworten anzeigen

Petra Gler Ich auch
Gefällt mir · Antworten · 2 · Gestern um 14:33

Sabine Gaudler Ich auch
Gefällt mir · Antworten · 4 · Gestern um 14:38

Eva Peschl

Gefällt mir · Antworten · 1 · Gestern um 14:38

Eleonora Koch Ich auch
Gefällt mir · Antworten · 2 · Gestern um 14:38

Wienke Ecker Ich auch!
Gefällt mir · Antworten · 2 · Gestern um 15:02

Brigitte Kain

Gefällt mir · Antworten · 1 · Gestern um 15:12

Marie Götzl Auf dieser Seite gibt es weingelbe noch Handtücher ❤️
Gefällt mir · Antworten · 5 · Gestern um 15:42

Leah Weichenthal Ich auch.
Gefällt mir · Antworten · 1 · 22 Std.

Christine Penschel schicke mich auch an...!
Gefällt mir · Antworten · 2 · 22 Std.

Diana Demmelmaier Ich auch!
Gefällt mir · Antworten · 1 · 22 Std.

Eva Peschl ja und ich auch ❤️

**kindische Diskussionen. Weil alle
und liebevolle Betreuung haben.
GlückInnen, Mütter, Väter.**

Christian Kern war davon begeistert.

Falsche Entscheidungen? Gibts nicht.

Lösungen

für Kinder

Statt kindischer
Diskussionen.

Was hat die ewige Diskussion um die Vereinbarkeit von Kind und Job nicht alles an ideologischen Gräben aufgerissen, aus denen keiner mehr rauskommt und von denen niemand was hat. Dabei geht es doch nur um eins: Wahlfreiheit, Chancengerechtigkeit und ein Recht auf Kinderbetreuung.

Alle wollen für ihre Kinder nur das Beste – aus welcher ideologischen Position sie auch immer kommen. Der klaren Idee, wie man Familienleben und Beruf unter einen Hut bekommt, steht dann jedoch oft das wirkliche Leben mit seinen Anforderungen und Chancen, die sich bieten, im Weg.

Die Fakten

Betrachtet man die Wünsche österreichischer Erwerbstätiger, die Kinder zwischen 0 und 12 haben, wird klar, dass Handlungsbedarf besteht: Denn 38 Prozent von ihnen wünschen sich explizit ganztägige Betreuungsangebote, aber nur 8 Prozent der Befragten haben dementsprechende Möglichkeiten. Es gibt also eine riesige Lücke zwischen Angebot und Nachfrage. Auch betreffend Wunsch und Wirklichkeit sind die Zahlen ein klarer Auftrag: Laut Statistik Austria arbeiten zwei Drittel aller Teilzeitbeschäftigten nur deshalb Teilzeit, weil es sich nicht anders mit der Familie vereinbaren lässt. Darüber hinaus fallen laut OECD Länderbericht 2015 in der Regel Frauen im Arbeitsleben zurück und die Lohnschere zwischen Frauen und Männern geht auf, wenn das erste Kind geboren wird. Im Kindergartenjahr 2015/16 wurden rund 24 Prozent der Kinder unter 3 Jahren sowie rund 93

Prozent der Kinder von 3 bis 6 in institutionellen Einrichtungen betreut. Im Schnitt waren die Einrichtungen 22 Tage geschlossen – wobei auch hier eine große Schere aufgeht: Wien kommt nur auf 3,4 Schließtage, während andere Bundesländer mehr als 8 Wochen im Jahr geschlossen haben.

Klare Ziele

Daraus ergibt sich eine ganz klare Zielsetzung für die nächsten Jahre: Sollen Eltern Beruf und Familie bestmöglich vereinbaren können, so bilden flächendeckende und qualitativ hochwertige Kinderbetreuungs- und -bildungseinrichtungen die Voraussetzung dafür. Für Kinder sind dies Orte, an denen sie soziales Leben erlernen und die Chancen für sie und ihre Eltern schaffen, um zu einer Gesellschaft zu kommen, wo Bildung und Familieneinkommen nicht vererbt, sondern gleichberechtigt allen ermöglicht werden. Aus frauenpolitischer Sicht wiederum handelt es sich um eine der wichtigsten Maßnahmen, wenn wir endlich ernsthaft zu einer gerechteren Verteilung von Arbeit und Einkommen gelangen und echte Wahlfreiheit ermöglichen wollen – abseits von irgendwelchen ideologisch bevormundenden Debatten.

Gründe genug also, beim Ausbau der Kinderbetreuungsplätze den Turbo einzuschalten, um in letzter Konsequenz einen Rechtsanspruch auf einen Gratisplatz ab dem 1. Lebensjahr gesetzlich zu verankern.

In 3 Stufen zum Ziel

Es wäre nicht der Plan A, gäbe es nicht einen konkreten Fahrplan zur Umsetzung dieses ambitionierten Zieles. Die erste Stufe steht unter dem Titel »Ausbauoffensive Krippenplätze«. Im Zeitraum bis 2020 soll eine »Krippenmilliarde« für den weiteren Ausbau des Angebotes und zusätzliche Kosten für Betrieb und Betreuung zur Verfügung stehen und zu einer Betreuungsquote von 40 Prozent im Bundeschnitt bei den unter 3-jährigen führen (das entspricht einem Plus von 36.000 Plätzen). In der Stufe zwei bis 2018 soll ein Rechtsanspruch auf einen Gratis-Kindergartenplatz für 3- bis 6-jährige eingeführt werden, der ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr beinhaltet. In der Stufe drei (bis 2020) schließlich soll der Rechtsanspruch auf alle Kinder ab dem ersten Lebensjahr ausgeweitet werden.

Um bei all den Maßnahmen nicht die Qualität des Angebotes zu vernachlässigen, sind die Betreuungseinrichtungen verpflichtet, einen Kriterienkatalog zu erfüllen, etwa im Bereich der Anzahl der Schließtage oder bei den Öffnungszeiten. Das heißt konkret: Das Geld fließt vor allem in die Schaffung von gut betreuten Ganztagsplätzen, die wirkliche Vereinbarkeit ermöglichen und zur bestmöglichen Zukunft für alle Kinder beitragen. ■



NICHT

*von schlechten
Eltern*

**Daher
der Plan**

Gute Kinderbetreuungsplätze bedeuten echte Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie Chancengerechtigkeit für Kinder. Wir schaffen damit vor allem für Frauen die Voraussetzung, Vollzeit zu arbeiten und ohne Nachteile durchs Berufsleben zu gehen. Ab spätestens 2020 haben alle Kinder im Alter von eins bis sechs ein Recht auf ganztägige, kostenfreie und hochwertige Kinderbetreuung und Bildung, vom Boden- bis zum Neusiedler See!

Seid so frei!

Wir wollen
können
dürfen.

48%

aller Befragten fühlten sich in den vorangegangenen zwölf Monaten aufgrund ihrer sexuellen Ausrichtung diskriminiert

33%

aller Befragten fühlten sich in den vorangegangenen zwölf Monaten außerhalb von Beschäftigung und Beruf aufgrund ihrer sexuellen Ausrichtung oder ihrer Geschlechtsidentität diskriminiert

20%

aller Befragten fühlten sich in den vorangegangenen zwölf Monaten in der Arbeitswelt aufgrund ihrer sexuellen Ausrichtung oder ihrer Geschlechtsidentität diskriminiert

Sexuelle Selbstbestimmung ist ein zentrales Schutzgut der Europäischen Menschenrechtskonvention. Viele Menschen fühlen sich aber aufgrund ihrer sexuellen Orientierung im täglichen Leben diskriminiert.

Befragt man die ÖsterreicherInnen, ob jegliche Form sexueller Diskriminierung beseitigt werden soll, liegen wir im europäischen Vergleich im vorderen Mittelfeld. Dennoch gibt es in Österreich – besonders im Privatleben – immer noch nicht die gleichen Rechte für alle, unabhängig davon, wen man liebt. Das muss sich ändern.

Online-Erhebungen der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) haben 2014 ergeben, dass sich viele Menschen in Österreich in unterschiedlichen Bereichen des Lebens diskriminiert fühlen. Grund dafür ist ihre sexuelle Orientierung oder ihre Geschlechtsidentität. Der Weg zur gesellschaftlichen Akzeptanz scheint ein langer.



Niemand darf aufgrund des Umstands, wen er oder sie liebt, diskriminiert werden – nicht vor dem Gesetz oder dem Standesamt, nicht im Arbeitsleben oder am Wohnungsmarkt, nicht in Bildung und Freizeit. Erst dann schaffen wir die Grundlagen für echte Gleichstellung und Akzeptanz.

Eurobarometer Diskriminierung in der EU im Jahr 2015

Ob schwul, lesbisch oder bisexuell. Ob Transgender oder transsexuell: Das sollte im Zeitalter von Life Ball & Co. im wahrsten Sinne des Wortes gleich sein. Doch wie sieht die Akzeptanz und Haltung dazu in Österreich im Alltag aus?

70% sagen JA und fordern: Schwule, lesbische und bisexuelle Menschen sollen dieselben Rechte haben wie heterosexuelle Menschen.

67% sagen JA und meinen: An einer sexuellen Beziehung zwischen zwei Personen des gleichen Geschlechts ist nichts Falsches.

62% sagen JA und fordern: Gleichgeschlechtliche Ehen sollen in ganz Europa erlaubt sein.

Gleiche Rechte auf allen Ebenen

In der Arbeitswelt gilt bereits ein einheitlicher Schutz vor Diskriminierung. Dort verbietet das Gesetz eine Ungleichbe-

handlung aufgrund ethnischer Zugehörigkeit, Geschlecht, Alter, sexueller Orientierung oder Behinderung.

In anderen Lebensbereichen ist das Gleichbehandlungsgesetz jedoch noch nicht so weit. Doch was in der Arbeitswelt gilt, muss auch sonst sichergestellt werden. Es sollte egal sein, wen du liebst und küsst, wenn du eine Wohnung suchst oder in einer Bar etwas trinken gehst.

Derzeit ist es das nämlich nicht: Wer eine Wohnung mieten möchte, darf zwar nicht aufgrund seines Geschlechts oder seiner Hautfarbe benachteiligt werden, bekommt jemand aber wegen seiner sexuellen Orientierung einen Mietvertrag nicht, so ist das nicht verboten. Auch beim Eintritt in eine Bar ist man vor dem Rauswurf nicht geschützt, wenn man als gleichgeschlechtliches Paar dort nicht gern gesehen ist. Was wir also brauchen, ist die Ausweitung des Diskriminierungsschutzes, der die Gleichbehandlung aller Menschen in allen Lebensbereichen sichert (sogenanntes »Levelling-up«) – neben jener am Arbeitsmarkt auch im Privatleben beim Zugang zu Gütern (zum Beispiel Wohnungen) und zu Dienstleistungen (zum Beispiel Bar-Besuch).

Kostenvorteil, ganz nebenbei

Wussten Sie, dass Ehegleichstellung Kosten spart? Durch den Abbau der Parallelstruktur an den Standesämtern zum Beispiel, um nur einen Aspekt zu nennen.

Mehr Respekt, keine Diskriminierung

Wie in jedem Bereich gibt es Befürworter, aber auch Gegner. Unsere Herausforderung wird sein, Bewusstsein zu schaffen. Aufklärungsmaßnahmen wie Awareness-Kampagnen können einen wesentlichen Beitrag zum besseren Verständnis, zur Sensibilisierung und letztendlich zur Aufklärung in der Gesellschaft leisten.

Und das sind die konkreten Maßnahmen auf dem Weg zur echten Gleichstellung:

1. Die „sexuelle Orientierung“ soll als Schutzgrund in den Gleichbehandlungssatz der Bundesverfassung (Art. 7 Abs. 1 B-VG) aufgenommen werden.
2. Ehe für alle gleich: Das Eheverbot im § 44 ABGB für gleichgeschlechtliche Paare soll aufgehoben werden.
3. Levelling-up: Anpassung des Gleichbehandlungsgesetzes für gleiche Rechte nicht nur am Arbeitsmarkt, sondern etwa auch bei Wohnungssuche & in der Freizeit. ■

Der richtige Ton.



Hasspostings und Falschmeldungen in sozialen Medien sind inzwischen ein (mit-)bestimmender Faktor für »Meinungsbildung« und politische Debatten geworden. Mit Demokratie hat das reichlich wenig zu tun. Der Diskurs scheint manchmal komplett aus dem Ruder zu laufen. Zeit, ihn wieder auf die richtige, konstruktive Bahn zu bringen.

Anhand der Diskussionen im Präsidentschaftswahlkampf war zu erkennen, dass auch in Österreich soziale Medien mittlerweile eine große Rolle spielen. Während die Gesamtzahl von Hasspostings und Falschmeldungen schwer zu schätzen ist, gibt es einen deutlichen Anstieg von Anzeigen und Verurteilungen. Die Rechtslage ist durch die Novellierung des Verhetzungsparagrafen und die Schaffung des Straftatbestandes Cyber-Mobbing sehr solide, das Problem liegt bisher in der Strafverfolgung und Verurteilung. Hierzu sind von Seiten des Bundesministeriums für Justiz Maßnahmen geplant, um die Strafverfolgung eff-



fizienter abzuwickeln. Dies ist ein erster entscheidender Beitrag zur Problemlösung. Allerdings sind viele Falschmeldungen und problematische Postings weder polizeilich noch juristisch zu fassen.

Um den entglittenen Diskurs wieder einzufangen, benötigt es eine Reihe von Maßnahmen – nicht nur auf juristischer, sondern auch auf der emotionalen Ebene. Die Antwort auf das Phänomen kann eben nicht nur in Strafen und der Entfernung von Postings liegen, sondern muss auch Gegenrede und positive Narrative verstärken.

Wesentliche Punkte zur Eindämmung des Problems:

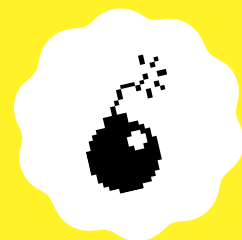
- # Verstärkung und Förderung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten
- # Medienrecht auch für Foren und Social-Media-Plattformen.
- # Verbesserung der Ahndung von strafrechtlich relevanten Delikten
- # Beratung und Hilfe für betroffene und verunsicherte NutzerInnen

Melden, beraten, eingreifen

Eine massive Nachfrage gibt es nach einer unabhängigen Melde- und Beratungsstelle, die über Telefon, Chat oder persönlich erreichbar ist. Sie soll NutzerInnen der sozialen Netzwerke im Umgang mit Cybermobbing und Hasspostings beraten und abklären, ob und wie die Postings zur Anzeige gebracht werden können, ob Inhalte strafrechtlich relevant sind und wie weitergehende Hilfe für Betroffene geleistet werden kann. Nicht zu verwechseln ist diese Stelle mit der bereits bestehenden Möglichkeit, einschlägige Postings anonym an das Innenministerium zu melden. ExpertInnen und NGOs, die im Bereich »Hate Speech« arbeiten oder direkt betroffen sind, fordern diese Einrichtung vehement und zu Recht.

Kommt es zu einer Meldung, dann müssen Konsequenzen und Verantwortung folgen. Social-Media-Plattformen dürfen nicht nach eigenem Ermessen entscheiden, ob und wann eingegriffen wird. Hier setzen wir klare Regeln. Verstoßen Kommentare und Postings gegen diese Regeln, müssen Betreiber auf jede Meldung reagieren, und das sofort. Dafür ziehen wir sie zur Verantwortung. Das gilt auch für Fake-News.

Net



de-Platform Security

Daher der Plan

Um im politischen Diskurs in den sozialen Netzwerken wieder zu einer respektvollen Gesprächskultur zurückkehren zu können, müssen entsprechende Maßnahmen gesetzt werden. Diese reichen von der Einrichtung einer unabhängigen Melde- und Beratungsstelle über die Ausbildung von »Digitalen Zivilcourage-Messengern« bis hin zu einer effizienteren Strafverfolgung bei Verhetzung und Cyber-Mobbing.



Digitale Zivilcourage-Messenger

Durch die Schaffung der ehrenamtlichen Funktion von »Digitalen Zivilcourage-Messengern« wird in Vereinen, Unternehmen und Schulen für digitale Zivilcourage geworben und Wissen, wie man sich im Netz verhalten soll und dort eine faktenbasierte Diskussion geführt werden kann, vermittelt.

Interessierte Freiwillige können an einer eigens geschaffenen und regional abrufbaren Ausbildung teilnehmen und werden so zum »Digitalen Zivilcourage-Messenger« ernannt und an interessierte Institutionen für Vorträge und

Trainings vermittelt. Über eine eigene Plattform und durch regelmäßige Treffen erfolgt die Vernetzung unter den Ehrenamtlichen und mit unorganisierten BürgerInnen.

Social-Media-Plattformen dürfen nicht nach eigenem Ermessen entscheiden, ob und wann eingegriffen wird. Hier setzen wir klare Regeln und ziehen sie zur Verantwortung. Das gilt auch für Fake-News.

Die Ausbildung findet im Rahmen von drei Tagesseminaren statt und vermittelt Wissen und Kompetenzen im Bereich Gegenrede und Produktion von Gegennarrativen. Weiters werden technische Skills zum Umgang mit Plattformen sowie rechtliche Grundla-

gen vermittelt. Auch Falschmeldungen und deren Entkräftung sollen ein Teil der Ausbildung sein. Durchgeführt soll die Ausbildung von ExpertInnen aus diesem Bereich werden. Ziel für 2017 ist die Abhaltung eines

Lehrgangs pro Bundesland. Das Projekt wurde im Rahmen des Round Table zu #Gegenhassimnetz und des Vernetzungstreffens #Gegenhassimnetz mit VertreterInnen

der Zivilgesellschaft besprochen und weiterentwickelt. Der Wunsch nach der Ausbildung/ehrenamtlichen Funktion kommt von den Organisationen selbst.

Ein Wunsch, dem wir in unser aller Interesse schnell entsprechen sollten. ■



Die Bedingungen, unter denen Vertreter unseres Staates – von PolizistInnen bis LehrerInnen – tagtäglich arbeiten müssen, haben sich in den letzten Jahren massiv erschwert. Sie sind allzu oft mit verbaler oder physischer Gewalt konfrontiert, Ausbildung und Ausrüstung sind verbesserungswürdig. Und: Wir müssen Respekt und Anerkennung für ihre Arbeit viel deutlicher zeigen.

Der Ton im Alltag ist heute oftmals rau. Das kann man nicht nur im Straßenverkehr beobachten, wo Hupen und wilde Gesten zum Standardrepertoire gehören. Auch VertreterInnen des Staates sind in Ausübung ihres Berufes immer öfter mit Aggressionen konfrontiert. Geahndet werden solche Delikte derzeit selten oder nur mit großer Zeitverzögerung, wenn vor der Verfolgung erst die Behörde ihr Einverständnis zum Verfahren geben muss. Gerade bei Gruppen mit erhöhter Gewaltbereitschaft müssen wir eine klare Sprache sprechen – und das von Anfang an.

Frühzeitig eingreifen

Die Folgen einer mangelnden Eindämmung der Gewaltspirale: Selbst LehrerInnen müssen in der Schule mit immer schwierigeren Situationen zurechtkommen, fast 1.000 PolizistInnen werden pro

troffenen die nötige Sicherheit in der Erfüllung ihrer Aufgaben gegeben werden.

Unterstützen wir unsere PolizistInnen, LehrerInnen, Zollbeamte, das Sicherheitspersonal in unseren Zügen – alle, die für das Funktionieren unseres Staates

Sie sind allzu oft mit verbaler oder physischer Gewalt konfrontiert, Ausbildung und Ausrüstung sind verbesserungswürdig.

Jahr durch Fremdeinwirkung verletzt. Anstelle erst bei schweren Verletzungen durchzugreifen, müssen bereits bei Beleidigungen klare Sanktionen greifen – ob Geldstrafe, Verwarnung oder die Verpflichtung zu gemeinnütziger Arbeit. Bei tätlichen Übergriffen muss härter durchgegriffen werden. Nur so kann den Be-

und unserer Gesellschaft auftreten – wo es nur geht. Das muss uns unsere Sicherheit wert sein.

Auch bei Vereinigungen, die das Ziel haben, die demokratische Grundordnung des Staates zu untergraben, darf mit Konsequenzen nicht gewartet werden, bis



FREUND UND HELPER STÄRKEN

DAHER

Jenen Menschen, die unsere Sicherheit gewährleisten, müssen auch wir ihre Sicherheit garantieren.

Das beginnt bereits in der Ausbildung, hat in puncto Personal zu geschehen, durch entsprechende zeitgemäße Ausrüstung und strukturelle Verbesserung, um für den Kampf gegen moderne Formen der Kriminalität gerüstet zu sein.



eine tatsächliche Bedrohung entsteht – egal ob es sich um »Reichsbürger« oder Salafisten handelt.

Unsere Polizei, unsere Sicherheit

Tagtäglich leisten die Polizistinnen und Polizisten in unserem Land exzellente Arbeit, um für unsere Sicherheit zu sorgen. Wir müssen ihnen die richtigen Rahmenbedingungen geben und sie an den richtigen Stellen einsetzen.

Das bedeutet: modernes Sicherheitsmanagement anhand der tatsächlichen Anforderungen. Objektivierbare und transparente Personalzuteilung basiert auf einer durchdachten Planung, die regionale, räumliche und sicherheitskritische Besonderheiten wie Kriminalitätsrate, Aufklärungsrate, Einsatzwege oder nahe Staatsgrenzen berücksichtigt.

Vor allem große Städte leiden darunter, dass neu aufgenommene Polizisten schon oft nach kurzer Zeit weiterversetzt wer-

Der Job unserer PolizistInnen wird nicht leichter. Daher ist es unsere Pflicht, allen die beste Ausrüstung und die modernsten Mittel zur Verfügung zu stellen.

den. Das hat zur Folge, dass im Ernst- und Einsatzfall oft nicht die erfahrensten und bestgeschulten Kräfte zur Verfügung stehen. Eine Verpflichtung, nach der Grundausbildung 10 Jahre lang im Ballungsraum vor Ort zu bleiben, würde mehr routinierte Einsatzkräfte garantieren. Zugleich soll es mehr regionale Unterstützungseinheiten geben, die in gefährlichen Situationen in großen Städten/ Ballungszentren bereitstehen und die Bezirkskräfte vor Ort stärken.

Aus der Praxis lernen, Ausbildung verbessern

In Polizeischulen kommen oft Lehrkräfte zum Einsatz, die schon längere Zeit vom »Dienst auf der Straße« weg sind. Gerade auszubildende PolizistInnen sind auf die Erfahrung von KollegInnen angewiesen, die aus der Praxis kommen und Verständnis für aktuelle Herausforderungen mitbringen. Diesen Anteil an PraktikerInnen müssen wir in der Polizeigrundausbildung erhöhen.



FÜR IHRE SICHERHEIT UMGESETZT

**In den letzten Jahren haben wir massiv in Personal
bei den Sicherheitsbehörden investiert.**

Polizei

- 2015 bis 2017: plus 1.772 Planstellen
- Insgesamt liegen wir mit 27.816 PolizistInnen um mehr als 13 Prozent höher als noch 2003.

Bundesheer

- Seit letztem Jahr rekrutiert das Österreichische Bundesheer wieder aktiv SoldatInnen .
- Die Folge: ein Anstieg von 61 Prozent bei der Zahl der Bewerbungen.
- Bis 2020 sollen 3.800 BerufssoldatInnen neu aufgenommen werden.

Zusammenarbeit

- Durch den ausgeweiteten Assistenzinsatz des Bundesheeres – etwa bei der Bewachung von Botschaften – wird die Polizei entlastet, um ihre Kernaufgaben wahrnehmen zu können. Diese Unterstützung wollen wir nachhaltig absichern.

Beste Ausstattung

- Bis 2018 werden über 288 Millionen Euro in die Anschaffung der besten Ausrüstung für unsere PolizistInnen investiert.
- Auch beim Bundesheer wird auf die geänderte Lage reagiert und Investitionen werden aufgeholt – von 2016 bis 2020 wird über eine Milliarde Euro in das beste Gerät für die Sicherheit unseres Landes investiert.

Neue Sicherheitsstruktur

- Letztes Jahr hat die Bundesregierung beschlossen, eine neue Struktur für den Ernstfall vorzusehen. Der Bundeskanzler, der Innen- und der Verteidigungsminister bilden mit den anderen betroffenen Regierungsmitgliedern das Sicherheitskabinet. Das bringt schnellere Entscheidungen und bessere Koordinierung, wenn es darauf ankommt.

Neueste Technik – Öffentlich- keit mit Sicherheit

Die Aufgaben für die Polizei werden komplexer. Daher ist es unsere Pflicht, unseren PolizistInnen die beste Ausrüstung und modernsten Mittel zur Verfügung zu stellen.

In der Öffentlichkeit muss man sich sicher fühlen können. Hier kann uns die Technik unterstützen – angefangen bei ausreichender Beleuchtung bis hin zu den modernsten technischen Möglichkeiten der Videoüberwachung.

Schon heute werden Kameras und entsprechende Beleuchtung erfolgreich eingesetzt, um durch Aufklärung an Hot

Spots präventiv zu wirken. Zugbegleiter und Zugbegleiterinnen nutzen Body-Cams, um Gefahrensituationen zu entschärfen. Kameras in der Verkehrsüberwachung sind heute in der Lage, Kennzeichen zu erkennen. Diese Technik kann auch in der Aufklärung und Prävention von Verbrechen einen wichtigen Beitrag leisten. Nutzen wir doch diese Möglichkeiten.

von Verzögerungen in einem Bereich, bei dem Justiz und Sicherheitsbehörden besonders schlagkräftig sein müssten.

Zur effizienteren Kriminalitätsbekämpfung sollen österreichweit agierende spezialisierte Gruppen der Staatsanwaltschaft für Schlepperei und organisierte Kriminalität als regionsübergreifende Einheiten geschaffen werden. ■

Organisierte Kriminalität und Schlepperei bekämpfen

Derzeit ist nur in Wien eine auf organisierte Kriminalität spezialisierte Gruppe der Staatsanwaltschaft tätig, während in den anderen Bundesländern immer wieder unterschiedliche Staatsanwälte eingesetzt werden. Das birgt das Risiko

Vorsicht!

Politik mit Inhalt

Ab sofort
erhältlich.

Unbedingt!

Seien Sie skeptisch!

Aber lesen Sie trotzdem weiter.
Vielleicht können wir Sie
ja überzeugen.

Endlich!

New Stil

Und damit ist nicht
der Anzug gemeint.



**Ja darf der
Kern denn
das?!**

Mein Verständnis von Politik ist ein ernsthaftes und fokussiertes, jenes von Gesellschaft und Zusammenleben ein positives und offenes. Das sollte zusammenpassen.

Energie braucht Strategie.



Es sind Themen wie sichere Arbeitsplätze, eine wettbewerbsfähige österreichische Wirtschaft, die leistbare und verlässliche Grundversorgung der Menschen sowie der Klimaschutz, die uns beschäftigen. Themen, die insbesondere durch innovative und konsequente Energiepolitik vorangetrieben werden sollen. Denn Energie wird in den nächsten Jahren zu einem weltweit bestimmenden Bereich werden – mit enormem Wachstumspotenzial für unsere Unternehmen.

Worum geht es eigentlich genau, wenn wir über Österreichs Energiepolitik sprechen? Es geht um konkrete Fakten – und keineswegs um Selbstzweck. Österreichs Energiepolitik leistet einen wichtigen Beitrag, um Investitionen anzukurbeln und um die Arbeitslosigkeit im Land zu senken, indem Arbeitsplätze in Klein- und Mittelbetrieben wie auch in der Industrie geschaffen und gesichert werden. Es geht aber vor allem darum, den Wirtschaftsstandort Österreich wie auch die Umweltpolitik zunehmend attraktiver, nachhaltiger und stabiler zu gestalten. Mittelfristig wie langfristige. Wie kaum ein anderer Bereich befindet sich Österreichs Energiesektor ak-

tuell stark in Veränderung. Ein Prozess, der vernünftige und gangbare Wege zur Erreichung der Klimaziele beschreitet – und somit auch wirtschaftliche Chancen eröffnet. Denn vorab gilt es wichtige Herausforderungen zu meistern.

daran, dass andere Länder ihren Industriebetrieben Begünstigungen gewähren bzw. diese Betriebe von Ökostrombeiträgen befreit sind. Eine mögliche Trennung der Strompreiszone mit Deutschland würde einen Teuerungsschub bei Strom bringen. Die Mehrkosten würden sich laut ExpertInnen auf 300 Millionen Euro belaufen.

Ein Prozess, der auch wirtschaftliche Chancen eröffnen kann.

Fünfmal herausgefordert

1. Österreich will und muss seinen wichtigen Beitrag zum globalen Klimaschutz leisten.

2. Für unsere (energieintensive) Industrie sind Energiekosten ein wichtiger Wettbewerbs- und Standortfaktor.

Bei den Energiepreisen für IndustriekundInnen liegen wir derzeit etwas höher als manche vergleichbare Länder. Das liegt

3. Die Energieversorgung der österreichischen Haushalte muss leistbar und sicher bleiben.

Die Strompreise für heimische HaushaltskundInnen haben sich in den letzten fünf Jahren von 18 Cent/kWh auf 20 Cent/kWh erhöht. Dieser Anstieg entspricht ziemlich genau der allgemeinen Teuerung in diesem Zeitraum (VPI plus 11 Prozent). Die Gaspreise für österreichische Haushalte stiegen im gleichen Zeitraum um rund 15 Prozent.

Die Energie Perspektiven

Die effiziente Verwendung von Energie ist der Schlüssel zu einer zukunftsfähigen Energiepolitik. Will man eine längerfristige Sicherstellung der Energieversorgung erreichen, ist es wichtig, sich mit der derzeitigen Aufteilung des Energieeinsatzes/ Energieverbrauchs in Österreich zu beschäftigen.

32%

Mobilität verursacht den größten Energieverbrauch.

26%

Raumwärme und Warmwasser (Niedertemperaturanwendungen) stehen an zweiter Stelle.

20%

Industrielle Anwendungen (Hochtemperaturanwendungen) rangieren auf Platz drei.

12%

Vierte Stelle für Licht, Elektronik und ähnliches.

10%

Fünfter Platz für so genannte nichtenergetische Zwecke (z. B. Erdöl in der Kunststoffproduktion).

*Verwendung von Energie nach Funktion (2015)



Ziel:
36%
CO₂-Reduktion
bis 2030



4. Österreich ist seit der Jahrtausendwende Netto-Importeur von Strom.

„Seit rund 15 Jahren importiert Österreich mehr Strom als es exportiert. Derzeit stehen wir bei einem Eigendeckungsgrad von nur 85 Prozent. Diese Situation hat sich aufgrund der Marktlage in einer gemeinsamen Preiszone mit Nachbar Deutschland gerade in den letzten fünf Jahren noch weiter verstärkt. Mittlerweile ist eine Größenordnung erreicht, im Zuge derer sich Fragen in Bezug auf die Versorgungssicherheit und die politische Akzeptanz bei den Nachbarländern stellen.“

5. Das Energiesystem muss zukunfts- und krisensicher sein.

„Um die Versorgungssicherheit gewährleisten zu können, müssen ausreichend Reserven im System berücksichtigt und Speicherkapazitäten ausgebaut werden: Lieferausfälle, Preisschwankungen oder technische Gebrechen können somit abgefangen oder zumindest abgefedert werden.“

Die Umsetzung dieser Projekte führt zu Investitionen von rund 40 Mrd. bis zum Jahr 2030. Davon sind 25 Mrd. inländische Wertschöpfung.

Auf den Punkt gebracht.

Reden wir über Klimaschutz. Und reden wir darüber, welche konkreten Ziele sich Österreich bis zum Jahr 2030 gesetzt hat. Denn Umwelt- und Klimaschutz braucht eine verlässliche Basis.

1. CO₂-Reduktion

Die Treibhausgasreduktion um 36 Prozent ist das Ziel für 2030.

2. Weniger Energieverbrauch

Den Energieverbrauch um 24 Prozent zu senken ist das Ziel für 2030.

„Geht man davon aus, dass sich der Industrieanteil in Österreich bis zum Jahr 2030 nicht verringert, und berücksichtigt man die technischen Entwicklungen bis dahin, dann lässt sich aus heutiger Sicht der be-

nötigte Energiebedarf für das Jahr 2030 ziemlich gut berechnen. Die Hochtemperaturanwendungen im industriellen Bereich sowie die so genannten nichtenergetischen Zwecke (z. B. Erdöl in der Kunststoffproduktion) bleiben voraussichtlich konstant. Im Bereich Licht, Elektronik und Ähnliches halten sich Effizienzsteigerungen und zunehmende Nutzung die Waage. Im Endeffekt wird der Energieverbrauch in diesem Bereich also konstant bleiben. Große Einsparungspotenziale bringen die beiden Bereiche Niedertemperaturanwen-



Ein Ziel:
**100% Strom
 aus Austria**
 ab 2030

dungen (Raumwärme, Warmwasser etc.) sowie Mobilität mit sich. Gerade auf diesen Gebieten hat man durch den Einsatz von technologisch ausgereiften und effizienten Maßnahmen – wie zum Beispiel durch den Einsatz von Wärmepumpen oder Elektro-Mobilität als wichtigen Hebel in der Energiewende – einen technologischen Effizienzsprung geschafft. Das gilt es nun in der Praxis umzusetzen.

3. Strom aus Österreich

Der Eigendeckungsgrad von annähernd 100 Prozent bei Strom ist das Ziel für 2030.

Wie schon zuvor erwähnt, stoßen die hohen Nettostromimporte Österreichs politisch wie auch physisch an ihre Grenzen. Politisch in Bezug auf ein eventuelles Ende der deutsch-österreichischen Strompreiszone. Physisch, da die Leistungskapazitäten bereits heute ausgeschöpft sind. Unser Ansatz: Wir streben mittelfristig an, die Erzeugungskapazitäten von Strom in Österreich auszubauen.

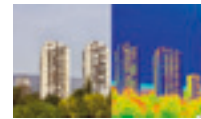
Damit könnten wir über das Gesamtjahr, die Nettobilanz betreffend, rund 100 Prozent des österreichischen Bedarfs decken. Erneuerbare Energieformen (Wasserkraft, Windkraft, Biomasse und Photovoltaik) leisten ihren wichtigen Beitrag in der heimischen Stromerzeugung.

Die konkreten Projekte.

1. Kosteneffiziente Ökostromförderung

Fangen wir mit dem Ende an. Unser Plan wird in Österreich

- Strom billiger machen
 - Industrie und Haushalte profitieren
- Stromerzeugung fast zur Gänze aus erneuerbaren Quellen ermöglichen
 - die Umwelt profitiert
- 40 Milliarden Euro an Investitionen auslösen – Wirtschaft und ArbeitnehmerInnen profitieren
- 45.000 neue Jobs schaffen
 - der Arbeitsmarkt profitiert



Ein Beispiel: An einem kalten, bewölkten und windarmen Wintertag steht Österreich derzeit eine Erzeugungslleistung von 4 GW zur Verfügung (2,5 GW Laufwasser, 1 GW KWK und 0,5 GW Biomasse/ Biogas). Demgegenüber steht eine Spitzenlast (Energiebedarf) von bis zu 9 GW. Die Differenz – oder auch Versorgungslücke – zwischen Inlandsstromverbrauch und erzeugter Strommenge wird durch Stromimporte ausgeglichen.

- die Eigenversorgung mit Strom sicherstellen – über das Jahr wird in Österreich gleich viel Strom produziert wie verbraucht
- das hohe Niveau an Versorgungssicherheit weiter gewährleisten

Wie wir das machen? Bis 2030 werden wir die geförderte Ökostrommenge um etwa 260 Prozent steigern (von derzeit neun TWh auf 33 TWh), damit steigt die gesamte Stromproduktion in Österreich um 14 Prozent. Warum dieser große Anstieg beim Strom, wenn es doch das Ziel ist, den Gesamtenergieverbrauch um 24 Prozent zu senken? Das ergibt sich aus der Verschiebung weg von fossilen Brennstoffen hin zu Strom. Am stärksten wird der Effekt im Gebäude- (z. B. Wärmepumpe statt Ölkessel) und im Mobilitätsbereich (E-Mobilität) sein. Aber auch im Bereich Industrieproduktion

kommt es zu einer sukzessiven Abnahme fossiler Brennstoffe und einer Zunahme von Strom.

Und warum wird es trotz Milliardeninvestitionen billiger für die Endkunden als in den Nachbarstaaten? Erstens wird die Ökostromförderung viel, viel effizienter. Derzeit wird zum Beispiel eine kWh aus Biogas oder Biomasse mit bis zu 19 Cent gefördert. Für manche alte Solaranlage laufen sogar noch Verträge für 50 Cent und mehr. Mit dem neuen Modell werden es im Schnitt 5 bis 7 Cent pro kWh sein. Zweitens wird die erzeugte Menge und damit das



Das schafft:
45.000
Arbeitsplätze
dauerhaft
bis 2030

Angebot in Österreich stark gesteigert. Dadurch entsteht eine Preisreduktion, welche die Mehrkosten für die Investitionen übersteigt.

Gleichzeitig wird der Ausbau der Übertragungs- und Verteilernetze sowie die Anbindung der Ökostromanlagen forciert.

Wer profitiert von den 40 Milliarden Investitionen (davon 25 Milliarden inländische Wertschöpfung)? Zuerst einmal in- und ausländische Hersteller von Wasserkraftwerken, Windrädern, Sonnenkollektoren und deren MitarbeiterInnen. Viele österreichische Firmen sind in Teilbereichen Weltmarktführer und werden ihre Position auf Grund dieser Investitionen ausbauen können. Ebenso die MitarbeiterInnen der Baufirmen, Elektriker und Installateure in Österreich, die die Anlagen errichten, anschließen und warten. Insgesamt werden 45.000 Arbeitsplätze in Österreich geschaffen. Und dann profitieren zu guter Letzt natürlich wir alle – durch weniger Arbeitslose, weniger Öl- und Gasimporte und eine bessere Umwelt.

Ein neues Modell soll helfen, die **Stromimport-Abhängigkeit Österreichs weiter zu senken und die Marktintegration von erneuerbaren Energien zu fördern.**

2. Energieeffizienzpaket

Stellen Sie sich vor, es gäbe Energieeffizienzmaßnahmen, die nichts bringen. Oder nicht messbar sind. Im Sinne von Einsparungen und Umwelt- und Klimaschutzziele. Aber genauso funktioniert heute das System. Wie zum Beispiel die »Sprintspar-App«. Wenn jeder Autofahrer diese App auf seinem Handy installiert, gelten mehrere Tausend MWh pro Jahr automatisch als eingespart. Doch überprüfen lassen sich diese »Pro-Forma-Maßnahmen« nicht.

__Künftig müssen alle Maßnahmen vor der Anerkennung von unabhängigen Gutachtern geprüft werden. Durch diese Änderung werden kosteneffiziente Energieeinsparungen von rund 1.500 GWh pro Jahr

erwirkt. Die Kosten für die Effizienzmaßnahmen dürften sich im Bereich von drei bis zehn Cent/kWh bewegen.

__Im Gebäudebereich sind in den nächsten Jahren prozentuell die größten Energieeinsparungen möglich.

Damit wir dieses Potential realisieren können, sind folgende Maßnahmen notwendig:

- Bedingung für die Wohnbauförderung ist eine energieeffiziente Bauweise
- Stufenweise Anhebung der Vorgaben für Energieeffizienz in den Bauordnungen (Neubau)
- Verstärkte Förderung von thermischer Sanierung (Bestand) in der Höhe von 100 Millionen Euro pro Jahr

- Verstärkte Förderung des Umstiegs auf energieeffiziente Heizungs- und Warmwassersysteme (Wärmepumpe, Fernwärme, Solarthermie etc.) in der Höhe von 100 Millionen Euro pro Jahr

3. Elektromobilität

Elektromobilität ist eines der wichtigsten Zukunftsthemen. Sowohl aus Umweltsicht als auch aus wirtschaftlicher Sicht – denn Österreich gilt als verlässlicher und gefragter Zulieferer für die internationale Automobilindustrie.

„Ziel muss es sein, einerseits den Umstieg auf Elektromobilität in Österreich zu forcieren und andererseits Österreichs Unternehmen in diesem Bereich an die internationale Spitze zu bringen.“

„In einem ersten Schritt wird derzeit bereits eine ganze Reihe von Maßnahmen auf den Weg gebracht, wie zum Beispiel ein Förderprogramm für Elektrofahrzeuge oder der Ausbau der Ladeinfrastruktur.“

„Künftig müssen wir diese Anstrengungen noch verstärken. Die Forschungsprogramme im Automotive-Bereich sollen ausgebaut werden (v. a. in der Elektro- und Wasserstoff- bzw. Brennstoffzellentechnologie).“

4. Innovation und Systemintegration

Die bevorstehende Umstellung des Energiesystems beruht insbesondere auf technischen und organisatorischen Innovationen. Österreichs ForscherInnen und Unternehmen nehmen international bereits jetzt eine Vorreiterrolle ein. Ziel ist: Wir werden Weltspitze. So soll die Forschung gestärkt und spezielle Innovationsschwerpunkte gesetzt werden:

- Verdoppelung der Forschungsausgaben von 100 auf 200 Millionen Euro pro Jahr
- Konzentration der Forschung auf fünf Innovationsschwerpunkte, nämlich:



Investitionen, die sich lohnen:

Die Umsetzung dieser Projekte führt zu Investitionen von rund 40 Milliarden Euro bis zum Jahr 2030. Davon sind 25 Milliarden Euro inländische Wertschöpfung. Das schafft 45.000 Arbeitsplätze (dauerhaft bis 2030) und spart fast zwei Mrd. Euro pro Jahr an importierten fossilen Energieträgern. Das hat Zukunft.

EXKURS

Geplant ist eine Versteigerung von Investitionszuschüssen in Kombination mit einem Marktprämienmodell.

Wir fördern nur die effizientesten Technologien. Ein planwirtschaftliches System wird durch ein marktwirtschaftliches ersetzt. Im Vergleich zum deutschen Modell werden zusätzlich zu den Investitionszuschüssen noch einige kostensenkende Anpassungen eingeführt:

- Geringere (oder keine) Quoten für Erzeugungstechnologien (in Deutschland gibt es eine jeweils separate Quote für Wind, Solar, Biomasse etc.). Den Zuschlag erhält die kostengünstigste Technologie.
- Keine Förderung für (neue) Biogas- und Biomasseanlagen.
- Weniger (kostentreibende) Ausnahmen für private Kleininitiativen bzw. Kleinanlagen.

1. Energiespeicher (Strom & Wärme)
2. E-Mobilität
3. Gebäude
4. Digitalisierung der Netze (Strom, Gas und Wärme)
5. Erneuerbare Erzeugung aus Wind, Solarenergie und Wasserkraft

„Um die positive Veränderung des Energiebereichs zu unterstützen, bedarf es auch neuer Strategien und Rahmenbedingungen. Das Energiesystem muss tatsächlich als System betrachtet werden und nicht als einzelne Teile wie Treibstoff, Warmwasser, Stromerzeugung etc. Ein Beispiel dafür ist die Integration von dezentraler Strom- und Wärmeerzeugung. Wo immer Strom lokal durch Sonnenenergie erzeugt wird, sollten auch die Wärmeerzeugung (z. B. durch eine Wärmepumpe) und Speichermöglichkeiten bedacht werden. Unabdingbar für diese intelligente Integration ist die Digitalisierung aller Komponenten. Stichwort: Smart Meter, Smart Grid, damit diese miteinander kommunizieren und ihre Arbeit aufeinander abstimmen können.“

Auch wirtschaftlich ist es wichtig, die richtigen Anreize zu setzen, damit für alle Beteiligten (Energielieferanten und -verbraucher) ein gemeinsames Interesse besteht, Energie möglichst effizient zu nutzen. Zwei konkrete Maßnahmen sind daher:

- Erstellung einer österreichischen Strategie für Strom- und Wärmespeicherung
- Schaffung eines rechtlichen und steuerlichen Rahmens für Energiedienstleistungen (z. B. Mietrecht).

Seit Amtsantritt

1700

Kindergartenkinder
& Schülerinnen
in Ö besucht

Insgesamt

195

Tweets seit
Amtsantritt

Wöchentlich

02

Lebensmittel-
einkäufe

Seit Amtsantritt

06

Telefonate mit
Angela Merkel

Täglich im Schnitt

0,33

Telefonate mit
Landeshauptleuten

Täglich

02

Telefonate mit der
Frau im Schnitt

Täglich

0,1

Griff in die Schokolade-
Lade im Schreibtisch

Täglich

02

koffeinhaltige Soft-
drinks im Schnitt

Täglich

2,8

Liter herrlichen
Wiener Leitungswassers

Seit Mai

670

Kilometer im
Laufschritt

Seit Mai

330

Minuten im
Liegestuhl



Im Schnitt

05

Gespräche mit BürgerInnen
bei einer Überquerung des
Minoritenplatzes

Gesamt

23

Fußballstar-Autogramme
in seinem Besitz

Seit Mai

04

besuchte
Fußballspiele

Seit 1966

09

Meistertitel
von Rapid Wien

Seit 1966

15

Nationalratswahlen
in Ö

Täglich

84

geschüttelte
Hände (im Schnitt)

Seit 1966

16

Meistertitel
von Austria Wien

Seit 1966

13

Nationalratswahlen
mit SPÖ
auf Platz 1

Täglich

16

gelesene
Zeitungen

Der Kern in Zahlen

Ja, auch eine Nummer
Eins lässt sich auf
Zahlen reduzieren.
Beachtliche, beträcht-
liche, überraschende,
persönliche Zahlen
und Zahlen, die
Freude machen.

Seit Mai

09

besuchte
Bundesländer

Seit Mai

57

besuchte
Betriebe

Im Schnitt

11

Selfies bei
Betriebsbesuchen

Wolfgangsee
(Salzburg + OÖ)




3. Am Wolfgangsee (zumindest dem Großteil davon) dürfen sie dann ohne Begleitperson übernachten, wenn keine besonderen Bedenken vom Standpunkt des Jugendschutzes bestehen, und dürfen, solange sie nicht in eine Gaststätte gehen, bis 23 Uhr unterwegs sein – ausgenommen die Nächte vor Sonn- und Feiertagen, da bis Mitternacht.



**Ein
Sommer-
märchen?**



**Oder
nur ein
schlechter
Traum?**



4. Ganz wichtig aber: Wenn zwei müde werden und lieber per Autostopp nachkommen wollen, dürfen sie das erst ab Hallstatt, denn (nur) in der Steiermark ist Autostoppen in ihrem Alter verboten.



Keines von beiden. Es ist eine Lektion in Geografie und – noch wichtiger – Überreglementierung: Eine Pfadfindergruppe, alle 15 Jahre alt, macht eine Mehrtageswanderung vom Grundlsee über den Hallstätter See bis zum Wolfgangsee. So muss es wohl auch so manchen UnternehmerInnen gehen ...



Grundlsee
(Steiermark)



1. Am Grundlsee dürfen sie nur mit Begleitperson übernachten und alleine bis 23 Uhr weggehen.

Hallstätter See
(Oberösterreich)

2. Am Hallstätter See dürfen sie alleine übernachten, wenn sie die Zustimmung ihrer Eltern haben, und bis 24 Uhr fortgehen.



PLAN

Wieder mal entrümpeln.



Entbürokratisierung. Ein Begriff, der viele ÖsterreicherInnen gefühlterweise ein Leben lang begleitet. ExpertInnen haben immer wieder darüber diskutiert, es hat an manchen Stellen auch gut funktioniert. Aber ein Denken »outside the box«? Nehmen wir diese wichtige Aufgabe wahr: Den fleißigen Menschen und Unternehmen dieses Landes zu helfen und sie zu unterstützen, statt sie zu behindern und zu belästigen.

So kann's gehen: Vor wenigen Wochen haben wir die Notariatspflicht für die Neugründung von Ein-Personen-GmbHs abgeschafft. Ganz einfach. Weil es notwendig war und weil es möglich war. Und so soll es auch weitergehen: Wir müssen hinterfragen, ob der Bestand und die Prozesse noch am Puls der Zeit sind. Verwaltung, die Qualität, Sicherheit, Standards und Schutz bietet und sich an neue Herausforderungen anpasst – gerne. Verwaltung, die das nicht tut, sich nur fürchtet und unbeweglich ist, wollen und können wir uns in Zukunft nicht mehr leisten. Weg mit dem Speck, her mit der Substanz.

Reform Bottom-up

Heute verfügen wir über die technischen Möglichkeiten, über Verwaltungsreform mit jenen zu reden, die davon betroffen sind: den Verwalteten selbst. Warum also nicht die BürgerInnen – gemeinsam mit

den Fachressorts – zu »Reformern« machen und sie aufrufen, uns zu sagen, Schwachstellen im System aufzuzeigen? Wo es schneller gehen, was sich ändern kann und soll. Sie sind die ExpertInnen unseres Landes. Die BürgerInnen wissen, wo der Schuh drückt – weil sie ihn anhaben. Und so kommen wir auch zu der Reform, die Österreich braucht, um wieder leistungs- und hand-

- Die BürgerInnen sollen sich zukünftig mit allen Anliegen an die Bezirksverwaltungsbehörde wenden können.
- UnternehmerInnen: Lohnnebenkosten und alle Steuern und Abgaben, die am Faktor Arbeit anknüpfen, einheitlich vollziehen, Gebietskrankenkasse und zuständiges Finanzamt verteilen an alle anderen Ebenen weiter.

Verwaltung, die Qualität, Sicherheit, Standards und Schutz bietet und sich an neue Herausforderungen anpasst.

lungsfähiger zu werden. Aber werden wir anhand einiger weniger Beispiele – es gäbe noch unzählige weitere – konkret.

Zuständigkeiten bündeln

1. One-Stop-Shop-Prinzip ausbauen und Staffelläufe eindämmen

- Verfahren und Dokumente online: Wenn die Behörden die Dokumente haben, sollen sie diese herumschicken, nicht die BürgerInnen von einem Schalter zum nächsten.
- Digital ist besser: Schon mal von Datenbanken mit Push-Funktion gehört?

2. Forschung und Entwicklung: Die Forscher fördern, nicht den Dschungel!

- In Österreich wäre Daniel Düsentrieb im Moment Verwaltungsexperte, Albert Einstein wohl weiterhin ein kleiner Beamter im Patentamt. Aber im Ernst: Forscher ran an die Experimente.
- Deshalb eine Forschungsstrategie für Österreich: Reduktion der Förderstellen von zehn auf drei – zur Schaffung von organisatorischen und thematischen Synergien. Verwaltet wird nur mehr, was notwendig ist – und das im geringstmöglichen Ausmaß.



DAHER DER PLAN

Reformen, die diesen Namen auch wirklich verdienen. Ein Fitnessprogramm, das durch Bewegung überschüssige Kilos runterbringt. Alles im Sinne von Gerechtigkeit. Und dem Sparen von Nerven und Kosten.

»One size fits all« oder »Geht nicht gibt's nicht«

- Machen wir die Dinge nicht noch komplizierter – wie die vielen Sonderregeln zum Gewerberecht. Früher, ganz früher, war vieles davon wohl notwendig, heute müssen wir neu denken. Haben wir den Mut zu einem Recht für alle. Und wenn es dann ein Schlupfloch gibt, reparieren wir. Das soll überhaupt das neue Credo sein: Probleme lösen, wenn sie da sind, aber keine erfinden.

- Wir müssen nicht jeden Moment unseres Arbeits- und Geschäftsalltags regeln. Das ist gut für Anwälte – für ein Unternehmen hingegen hinderlich. Deshalb: Alles ist erlaubt, solange es nicht verboten ist!

- Heute werden Außenstände im Cent-Bereich vorgeschrieben und eingefordert. Rechtlich ist das vollkommen ok. Aber ist es wirklich sinnvoll, jemanden für 20 Cent 3 Stunden lang arbeiten zu lassen

WAS BISHER GESCHAH:

Das Deregulierungsgesetz 2017 –
alles ganz einfach

Einfacher für BürgerInnen:

- > Amtswege werden auf Wunsch durch elektronische Kommunikation ersetzt (Familienbeihilfe, RSb-Briefe, Wohnsitzwechsel, Zulassungsschein, automatische ArbeitnehmerInnenveranlagung – alles online!)

Einfacher für Unternehmen:

- > GmbH-Gründung wesentlich billiger und schneller
- > One-Stop-Shop-Prinzip bei der Unternehmensgründung
- > Entfall der Aushangpflicht für Vorschriften zum ArbeitnehmerInnenschutz
- > Ab 2020 volle Umstellung auf rein elektronische Zustellung für behördliche Schriftstücke

und die Forderung mit einer 30-Cent-Briefmarke zu verschicken?

Unser Haus, unsere Regeln – und zwar für alle.

Für unsere Regeln gilt der Grundsatz: sie gelten. Und sie gelten für jeden. Und zwar gleich. Wir machen also keine Unterschiede zwischen dem hunderte Jahre alten Familienunternehmen und dem super-hippen Start-up. Zimmer im Internet buchen wird genauso behandelt wie die Frühstückspension der Nachbarin. Weil das so sein muss für echten und fairen Wettbewerb. Ganz einfach.

Jedenfalls müssen Bund, Länder und Gemeinden involviert werden, um gemeinsam an einem Strang zu ziehen und für ein gemeinsames Ziel zu arbeiten. Was die Kosten betrifft, ist eines klar: Intelligente Regulierung spart nicht nur dem Staat Geld, Zeit und Nerven, sondern auch den Unternehmen und BürgerInnen. ■

Warum kompliziert?



Symbiose – oder nicht. Zwei, drei, zehn parallel agierende Rechte – oder nicht. In Österreich entstehen Kosten und Unklarheiten vor allem deswegen, weil Bundes- und Landesrecht nebeneinander agieren. Das lässt sich in Form bringen.

Die Wahrheit ist konkret. Also, gehen wir das mal so an, wie es dann in der Realität auch passiert: Will ein Unternehmen eine Anlage errichten, dann müssen sowohl nach Bundesrecht als auch nach Landesrecht Bewilligungen eingeholt werden. Konkret geht es um Gewerbeordnung, Baurecht, Raumordnung, aber auch Naturschutz. Das kostet – und zwar Zeit, Nerven und oft auch viel Geld. In einem Land wie Österreich, in dem kleine und mittlere Unternehmen die Träger der Wirtschaft sind, ist das ein Problem. Da bedeutet jeder dieser Schritte dann: nicht arbeiten, keine Jobs schaffen, keine Aufträge an Land ziehen.

Richtig sinnvoll

Die gute Nachricht: Wir können etwas dagegen tun. Und wir werden etwas dagegen

tun. Wir können Maßnahmen setzen, die in all den zuvor angeführten Bereichen nachhaltige Entlastungen bringen und die Zuständigkeiten klären; zum Beispiel, indem wir die bestehenden parallelen Gesetzgebungszuständigkeiten in sämtlichen wirtschaftsrechtlichen Bereichen aufheben, die sich auf Unternehmen (vom

Eines für alle

All diese Überlegungen zielen konkret auf eines ab: auf eine einheitliche Rechtsordnung für Unternehmen, die den Vollzug insgesamt erleichtert. Das brächte auch österreichweit tätigen Betrieben erhebliche Erleichterungen.

Kosten und Unklarheiten entstehen deswegen, weil Bundes- und Landesrecht nebeneinander agieren.

Baurecht bis zur Raumordnung) beziehen. In den ökonomisch relevanten Bereichen – von Abfallwirtschaft und Krankenanstaltenrecht über Elektrizitätswesen und Datenschutz bis hin zum Landarbeitsrecht – reicht eine Kompetenz und ein Gesetz.

Nicht nur bei der Anlagenerrichtung, sondern vor allem auch finanzieller Natur. Einheitliche Regelungen würden darüber hinaus historische Absurditäten begraben. Beim Landarbeitsrecht etwa kommen immer noch zehn Gesetze auf rund 20.000 Landarbeiter zur Anwendung – neben dem





Bundesgrundsatzgesetz und neun Landarbeitsordnungen wohlgerneht. Warum müssen Vorschriften, die in der gesamten EU einheitlich geregelt sind und einheitlich gelten, in Österreich neun- oder zehnmals umgesetzt werden? Ein Gesetz reicht.

Besser und effizienter

Was für unsere Unternehmen gilt, Effizienz und Übersichtlichkeit, gilt auch und umso mehr für uns ÖsterreicherInnen. Denn toller Staat – super. Gute Leistungen – auch klar. Das wird vielleicht manchmal nicht so billig sein, wie es sich der eine oder andere vorstellt. Denn am Ende erwarten sich die Bürgerinnen und Bürger ja nicht nur einen schlanken Staat, sondern vor allem gute Leistungen – etwa im Bereich der Gesundheitsvorsorge, Bildung, Seniorenheime, Polizei oder Infrastruktur wie Straßen und Bahn. Trotzdem: Es braucht ein klares Bekenntnis zu effizienteren staatlichen Strukturen. Immer mit einem Ziel: bessere Leistungen des Staates und eine geringere Schulden- und Abgabenquote bei gleichzeitiger Nutzung aller sich bietenden Einsparungspotenziale.

Es braucht ein klares Bekenntnis zu effizienteren staatlichen Strukturen. Das Ziel: bessere Leistungen des Staates, sinkende Schulden- und geringere Abgabenquote.

Weg mit Parallelstrukturen

Wer zuständig ist, soll auch entscheiden dürfen – ohne viel Hin und Her.

- Reduktion der Einvernehmensherstellungen & Zustimmungspflichten zwischen Bund, Ländern & Ministerien
- Ausgliederungsreform und Reduzierung der Rechtsträger:
Die Ausgliederungen im staatlichen oder halbstaatlichen Bereich sind auf über 6.000 verschiedene Rechtsträger verteilt, das bedeutet auch 6.000 Vorstände.
Das Ziel: Ausgliederungen auf ihre Sinnhaftigkeit und Effizienz überprüfen und diese gegebenenfalls zusammenlegen oder wieder eingliedern.

A) Klare Regeln für alle

- Vereinheitlichung der Gesetzgebung im Wirtschaftsbereich
Beispiel 1: Denkmalschutz und Baubewilligung bei einer Behörde. Damit nicht etwa die eine Behörde eine Rampe vorschreibt, die die andere verbietet.
Beispiel 2: einheitlicher Naturschutz. Es kann nicht sein, dass das eine Ende eines Tunnels umweltverträglich ist und das andere nicht (Semmering).
- Sunset Clause: Gesetze sollen grundsätzlich befristet beschlossen werden

Wir können etwas dagegen tun. Und wir werden etwas dagegen tun. Wir können Maßnahmen setzen, die nachhaltige Entlastungen hervorrufen und die Zuständigkeiten klären

Eine
**Kompe-
tenz**
reicht

(unbefristet nur in Ausnahmefällen). In einer Welt, die sich immer schneller ändert, müssen sich auch die Rahmenbedingungen regelmäßig anpassen. Unnötige Gesetze bleiben damit nicht automatisch in Kraft. Bereits jetzt sind verpflichtende Evaluierungen in der Wirkungsorientierung zwar festgelegt – oft aber ohne Konsequenz.

Beispiel: Zugangsbeschränkungen an Universitäten bereits jetzt immer befristet, da sich die Umstände rasch ändern

- Gebietsschutz bei Apotheken und Notaren überdenken
- Notariatspflichten bei Gründungen reduzieren

B) Zielgerichteter Mitteleinsatz

- Beseitigung von Doppelgleisigkeiten – vor allem im Bereich der Förderungen
- Subventionen auf Wirksamkeit prüfen und auf das notwendige Maß reduzieren
- Subventionsbremse: Neue Förderschieden werden in Zukunft nur genehmigt,

wenn alte Förderregime im selben Volumen auslaufen (One-in-one-out).

- Einheitliche Beschaffung für alle Gebietskörperschaften und Bereiche der öffentlichen Verwaltung
- Wir überprüfen, ob das eingesetzte Steuergeld auch seinen Zweck erfüllt. Geld ausgeben, um Geld auszugeben kommt nicht mehr in Frage. Wir wollen Erfolge sehen.

C) Verwaltungskosten einfrieren

Wir erwarten alle viel von unserer Verwaltung. Gutes Service für die Bürgerinnen und Bürger des Landes, eine rasche Abwicklung und nicht zuletzt Rechtsstaatlichkeit. Das darf uns natürlich auch etwas kosten. Trotzdem muss die Verwaltung effizient organisiert sein und auch Effizienzpotentiale heben können, die sich zum Beispiel durch neue Technologien ergeben. Darum sagen wir: gesamtstaatliche Verwaltungskosten einfrieren.

Nächstes Beispiel: der Bildungssektor

Alleine auf der Ebene der Ministerien sind die Kernkompetenzen im Bildungsbereich auf drei Ressorts verteilt: Kindergärten im Bundesministerium für Familien und Jugend, Schule und Erwachsenenbildung im Bundesministerium für Bildung und die Hochschulen im Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft. Bei der Sprachförderung von Kindern im Kindergarten gesellt sich ein vierter Kompetenzbereich hinzu: das Außenministerium. Und über die Länderebene haben wir hier noch gar nicht gesprochen.

Während also ein Kind aufwächst, den Eltern und Großeltern Freude macht, waren vom Kindergarten bis zum Ende der Uni meistens vier Ministerien für den Bildungsweg zuständig. Dabei geht es immer nur um ein Kind und ein Ziel: gescheit werden. Das Rüstzeug für ein gutes Leben kriegen. Und hin und wieder denen da oben auf die Finger schauen und schreien, wenn was nicht passt.



Schlanke Strukturen sowie klare Zuteilungen und Verantwortlichkeiten bringen Österreichs Staat wieder in Form. Parallel agierende Bundes- und Landesgesetze sind längst überholt.

Gerade was die Gesetze für Unternehmen betrifft, ist die Zeit jetzt reif für Reformen, die nachhaltig greifen. Das entlastet diese. Ein Bundesrecht für alle Unternehmen. Packen wir es an.



Da reicht ein Ministerium für alles. Bildung: Das ist keine Querschnittsmaterie, wo jeder ein bisschen rumprobiert und seine Ideen auslebt. Schön verteilt zwischen den Koalitionspartnern, damit jeder reinredet. Es sind unsere Kinder und unsere Zukunft. Da wollen wir einen Plan. Und zwar EINEN. Einen gescheitern, einen an den wir glauben und einen, der ihnen auch durch die schwere Phase des Erwachsenwerdens hilft.

Nicht nur die unterschiedlichen Ebenen und Kompetenzbereiche stellen ein Problem dar. Denn gerade bei den Kindergärten fehlen zentrale Kompetenzen zur Vorgabe einheitlicher Qualitätsstandards. Und im Schulbereich treffen gar verschiedene Verwaltungssysteme aufeinander. Bund, Länder und Gemeinden sind abwechselnd Schulerhalter und Arbeitgeber. Der Bund zahlt zwar die LandeslehrerInnen, wo sie eingesetzt werden, entscheidet dann aber jemand anderer. Die Gemeinden als Schulerhalter im Pflichtschulbereich sind für Unterstützungskräfte zuständig. Das ist mittlerweile sehr konkret, die beste Lösung ist es aber sicher nicht.

BürgerInnen erwarten zu Recht politisches Leadership und Entscheidungen von den stärksten Kräften. Es muss was weitergehen. Stillstand ist Rückschritt. Regieren statt Machtspielereien.

Frischer Wind im Bildungssystem

Vom Kindergarten bis zur Hochschule sollen in künftigen Regierungskonstellationen die Agenden in einem Ministerium gebündelt werden.

Wir brauchen in der Bildung klare Zuständigkeiten für gemeinsame Strukturen, transparenten Ressourceneinsatz, Steuerungsmöglichkeiten sowie für einheitliche Qualitätskriterien in ganz Österreich:

- Klare und bundeseinheitliche Verwaltungsstrukturen: schlanke Strukturen, die moderne Schulstandorte mit weitgehender Autonomie unterstützen
- Qualitätsmanagement anhand klarer Benchmarks und Standards: Modernes Controlling gibt Auskunft über Ergeb-

nisse und Coachingmöglichkeiten für Schulen, Schulleitungen und PädagogInnen und trägt zur Optimierung bei.

- Verantwortungskultur: Die Schulleitung ist für die Ergebnisse und Entwicklung ihrer SchülerInnen verantwortlich – unter Berücksichtigung der jeweiligen Herausforderungen und Schwerpunkte am Standort und unter Nutzung der Unterstützungs- und Diagnoseangebote. In selber Weise entwickelt die Schulleitung mit den PädagogInnen Zielsetzungen. Die PädagogInnen wiederum erarbeiten mit

Unser Wahlrecht formuliert keinen klaren Regierungsauftrag und keine klare Verantwortung. Man hat den Eindruck, Koalitionsverhandlungen und Machtpoker gehen oft vor Wählerwillen.

den SchülerInnen individuelle Lernziele, um vorhandene Potenziale zu erkennen und zu fördern. Die Kultur der Verantwortung und Zusammenarbeit muss von unten bis oben, ausgehend von den SchülerInnen über die PädagogInnen bis ins Ministerium gelebt werden.

- Gemeinsame Personalverwaltung für alle LehrerInnen mit moderner Personalentwicklung und Karriereöglichkeiten sowie klare Verantwortlichkeiten für jenes Personal, das für den ordentlichen Schulbetrieb notwendig ist – von Assistenzkräften bis hin zu Psychologen

Wahlrecht: entscheidende Reform

BürgerInnen erwarten zu Recht politisches Leadership und Entscheidungen von den stärksten Kräften. Es muss was weitergehen. Stillstand ist Rückschritt. Regieren statt Machtspielereien. Das österreichische Wahlrecht formuliert keinen klaren Regierungsauftrag und keine klare Verantwortung. Koalitionsverhandlungen und Machtpoker gehen da oft vor Wählerwillen, hat man den Eindruck. Dann werden Ministerien neu geschaffen und Kom-



petenzen umgebaut – ohne einer inhaltlichen Logik zu folgen, sondern nur im Interesse von Macht und Machtverteilung. Und so werden letztlich aus Wahlverlierern Verhandlungssieger und umgekehrt. Entschieden wird nicht an der Wahlurne, sondern in den Hinterzimmern.

Wir wollen die Rollen klar verteilen und klare Verhältnisse.

Für uns gilt der Wählerwille. Deshalb treten wir für ein neues Wahlrecht ein – für klare Verhältnisse:

- Die stimmenstärkste Partei erhält den Auftrag zur Regierungsbildung.
- Der Wahlsieger stellt den Bundeskanzler/die Bundeskanzlerin. Die Wählerstimmen sind für uns eine klare Ent-

scheidung und Auftrag genug. Und ehrlich: Der zweite Platz ist der erste Verlierer. Und unser Land ist zu wertvoll, um von VerliererInnen regiert zu werden.

- Die Zahl der Ministerien wird reduziert. Die Zuständigkeiten werden nicht für jede Regierung neu zusammengestellt, sondern sind fixiert. Ihre Mitglieder nehmen auch ihre Aufgabe im Nationalrat wahr und sind stimmberechtigt.
- Nach der Wahl muss die neue Bundesregierung innerhalb eines Monats die Arbeit aufnehmen. Denn nach der Wahl ist Zeit zur Arbeit – für die Österreicherinnen und Österreicher.

Das bringt Vorteile für BürgerInnen und Politik:

Die Wählerinnen & Wähler entscheiden: Wer darf – und muss – Verantwortung für unser Land übernehmen?

- Die Regierungsbildung erfolgt sofort nach der Nationalratswahl, rasche Handlungsfähigkeit ist sichergestellt.
- Regierungen ohne lange Koalitionsverträge sind möglich, für Gesetzesvorhaben werden flexibel Mehrheiten gesucht.
- Stärkung des Parlamentarismus, da alle Fraktionen stärkere Mitwirkungsmöglichkeiten an der Gesetzgebung haben. ■



Gut geschützt.



Die gute Nachricht zuerst: Seit Inkrafttreten des ArbeitnehmerInnenschutzgesetzes mit 1. Jänner 1995 sind die gemeldeten Arbeitsunfälle in Österreich deutlich zurückgegangen. Seit 2010 ist die Zahl der Arbeitsunfälle um 18 Prozent gesunken. Gute Gründe, Unfallverhütung, Schutz und Sicherheit am Arbeitsplatz weiterhin ernst zu nehmen.

Regulierungen dienen dazu, verschiedene Interessen gegeneinander abzuwägen, Gesundheit und Sicherheit von Menschen zu schützen oder fairen Wettbewerb zu ermöglichen. Wir sind stolz auf das, was unsere Arbeiter- und Unternehmens-VertreterInnen gemeinsam an Regeln geschaffen haben. Einen Rahmen, der Orientierung gibt. Aber so wie sich die Zeiten ändern, gibt es auch Dinge, die aus dem Rahmen und aus der Zeit gefallen sind. Das gilt es zu ändern und an neue Situationen anzupassen. Damit alle gewinnen und in manchen Bereichen wieder mehr Freude und Gelassenheit Einzug halten können, hier ein ganz konkreter Katalog von Regelungen, die sofort entrümpelt werden könnten (keine besonders spannende Liste – aber so oft sollte sie ja auch nicht mehr auftauchen):

- Reduzierung der Meldepflichten an die Arbeitsinspektion im Arbeitszeitgesetz und Arbeitsruhegesetz (§ 10, § 12 Abs. 3, § 17 Abs. 7 ARG)
 - Reduzierung von Genehmigungsverfahren durch die Arbeitsinspektion im Arbeitszeitgesetz, Arbeitsruhegesetz, Mutterschutzgesetz und Nachtschwerarbeitsgesetz (§ 4 Abs. 2 AZG, § 5 Abs. 3 und 4 sowie § 15 ARG)
 - Änderungen bei der Gesundheitsüberwachung: Vereinfachung bei der Ermächtigung von ÄrztInnen für die Durchführung von Eignungs- und Folgeuntersuchungen (§ 56 ASchG), Aufnahme einer gesetzlichen Grundlage für eine »Befunddatenbank«
 - Entfall der Verpflichtung, dass sich die Träger der Unfallversicherung bei der Einrichtung von Präventionszentren vorrangig externer Präventivfachkräfte bzw. sicherheitstechnischer/arbeitsmedizinischer Zentren bedienen müssen (§ 78a ASchG)
 - Reduktion der verpflichtenden regionalen Aussprachen der Arbeitsinspektorate mit den Interessenvertretungen von zwei- auf einmal pro Jahr sowie Regelung einer Verpflichtung auf Bundesebene, alle zwei Jahren eine Aussprache abzuhalten (§ 3 Abs. 5 ASchG)
 - Reduktion des Verteilers, der eine Aufforderung des Arbeitsinspektorates in Kopie erhält (§ 9 Abs. 1 ASchG)
 - Entfall der Verpflichtung, in jedem Arbeitsinspektorat Arbeitsinspektorinnen für Frauenarbeit zu bestellen, da es mittlerweile keine Sonderregelungen für Frauenarbeit (§ 17 Abs. 4 ASchG) mehr gibt
- Dieser Katalog zeigt auf, wie detailliert Regelungen sein können und wie mühsam es sein kann, diese auf ihre Sinnhaftigkeit und Wirksamkeit hin zu überprüfen. Das sind nur erste Vorschläge – wir laden alle dazu ein, sich an der Diskussion über weitere Vorschläge zu beteiligen. ■

Die nächsten Vereinfachungen des Arbeitnehmerschutzes sind insbesondere in folgenden Bereichen geplant:

- 1.** Reduzierung von Meldepflichten an die Arbeitsinspektion im Arbeitszeitrecht
- 2.** Reduzierung von Genehmigungsverfahren durch die Arbeitsinspektion (bzw. deren Beteiligung) in verschiedenen Bereichen
- 3.** Administrative Vereinfachungen im ArbeitnehmerInnenschutzgesetz und im Arbeitsinspektionsgesetz





Politik direkt:
**Infos
vor Ort**
Mit den Menschen sprechen.
Nicht über sie.





Foto: BKA/Andy Wenzel

On the Road
*Heimspiel in
Simmering*
Juli 2016

Kosten

Ziele

Finanzierung

Der Plan A besteht aus einer Fülle von Maßnahmen, die ein Ziel verfolgen:

Unser Land wieder auf die Überholspur zu katapultieren, zurück an die Weltspitze zu führen und den Menschen in unserem Land mehr zu bieten. Mehr Sicherheit, mehr Wohlstand, mehr Gerechtigkeit, mehr Chancen.

Aber es stellt sich auch die berechnete Frage: Wer soll das bezahlen? So ein Plan A, der kostet doch Geld. Damit es ein Plan bleibt und keine Wunschliste wird, haben wir uns genau das überlegt: Was wir anbieten, das können wir uns leisten. Nicht auf Pump, sondern durch neue Schwerpunkte.

Kosten:

| | |
|-----------------|-----------------|
| Mehrausgaben | 5,5 Mrd. |
| Steuersenkungen | 3,0 Mrd. |
| SUMME | 8,5 Mrd. |

Gegenfinanzierung:

| | |
|--------------------------------|-----------------|
| Einsparungen ¹ | 4,0 Mrd. |
| Gerechte Steuern ² | 2,5 Mrd. |
| Konjunkturreffekt ³ | 2,2 Mrd. |
| SUMME | 8,7 Mrd. |

¹ Einsparungen durch sinkende Arbeitslosigkeit
Effizienzsteigerungen in der Verwaltung

² Erbschafts- und Schenkungssteuer ab 1 Million
Verbreitung Finanzierungsbasis Sozialstaat
Konzernbesteuerung

³ Mehreinnahmen durch höheres Wachstum
und mehr Beschäftigung

Wir können uns das leisten!

1. Wir sparen. Ordentlich. Das Hauptziel des Plan A ist das Schaffen neuer Arbeitsplätze. Damit sparen wir uns die Folgekosten von Arbeitslosigkeit (allein 2016 haben wir dafür 8 Milliarden Euro ausgegeben).
2. Wir investieren, damit das auch andere tun. Wenn der Staat in den wichtigen Zukunftsbereichen wie Forschung, Wohnen oder Klima- und Energiepolitik investiert, dann sind auch private Geldgeber motivierter, dasselbe zu tun. Und davon profitieren am Ende alle Menschen in unserem Land.
3. Ja, in manchen Bereichen wie Pflege, Bildung & Universitäten wollen wir mehr Geld ausgeben als wir das heute tun. Dieses Geld werden wir an anderer Stelle einsparen müssen.
4. Mehr Wirtschaftswachstum und mehr Kaufkraft für die Bevölkerung sind das beste Budgetsanierungsprogramm. Das geben wir Ihnen schriftlich: Der Plan A senkt die Steuer-, die Abgaben- und die Schuldenquote. Das leisten wir uns.



Viele der in diesem Magazin verwendeten Fotos mit Bundeskanzler Christian Kern stammen vom Online-Fotoservice des Bundeskanzleramtes. Die Fotos zeigen Alltagssituationen des Bundeskanzlers. Die darin abgebildeten Menschen sind keine Models und haben sich auch nicht für Werbezwecke zur Verfügung gestellt, sondern wurden bei meist zufälligen Begegnungen mit Christian Kern fotografiert. Wir wissen nicht, ob sie UnterstützerInnen des Bundeskanzlers oder politisch anderer Meinung sind. Keinesfalls wollen wir ihnen unterstellen, dass sie in allen Fragen mit Christian Kern oder der SPÖ übereinstimmen.



Impressum:

Impressum & Offenlegung gem. §§ 24, 25 Mediengesetz sowie Anbieteridentifizierung gem. § 5/1 ECG.

Medieninhaber, Herausgeber, Hersteller und Eigentümer (zu 100%):

Sozialdemokratische Partei Österreichs, Bundesorganisation, 1010 Wien, Löwelstraße 18

Konzept & Gestaltung: Wagner Steinperl, Lektorat: MMag. phil. Linda Franz, Druck: Bachernegg

Mach ihn zu
**deinem
Projekt!**

Heute.

Den Plan A für unser Land kennen Sie ja jetzt. Und: Haben Sie jetzt auch das Gefühl, dass wir diesen Plan A unbedingt brauchen? Oder möchten Sie vielleicht sogar selbst an seiner Umsetzung in Ihrer Region mitarbeiten?

P L A N

FÜR AUSTRIA



a

PLAN
FÜR AUSTRIA

Die 1,5 Millionen Ein-Personen-
Unternehmen und Teilzeitbeschäftigten, die
300.000 Klein- und Mittelbetriebe – das
sind die neuen Ziegelerbeiter. **Sie** machen
ihre Jobs unter Selbstaussbeutung und haben
Angst vor der ersten Vorschreibung der Sozial-
versicherung. **Unser** Anspruch muss sein,
diese Menschen zu vertreten.

WORAUF-WARTEN.AT